Die lokale und regionale Wirtschaft als Grundlage der Volks- und Weltwirtschaft

(Eine wirtschaftswissenschaftliche Untersuchung, durchgeführt an der Wirtschaft des oberen Wiesentales)

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften der Philologisch-Historischen Abteilung der hohen Philosophischen Fakultät der Universität Basel vorgelegt

von

HANS HUBER

aus

Atzenbach

(Deutschland)

LÖRRACH 1937

BUCHDRUCKEREI KARL SCHAHL

Die lokale und regionale Wirtschaft als Grundlage der Volks- und Weltwirtschaft

(Eine wirtschaftswissenschaftliche Untersuchung, durchgeführt an der Wirtschaft des oberen Wiesentales)

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften der Philologisch-Historischen Abteilung der hohen Philosophischen Fakultät der Universität Basel vorgelegt

von

HANS HUBER

aus

Atzenbach

(Deutschland)

LÖRRACH 1937

BUCHDRUCKEREI KARL SCHAHL

Genehmigt von der Philologisch-Historischen Abteilung der Philosophischen Fakultät auf Antrag der Herren Professoren Dr. E. SALIN und Dr. F. MANGOLD.

Basel, den 26. April 1935.

Prof. Dr. F. STAEHELIN
Dekan

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Diese Arbeit sei meinen Eltern
in herzlicher Dankbarkeit zugeeignet.

Vorwort.

Allen, den Vertretern der Industrie, des Handwerks, der Behörden, des Handels und der Landwirtschaft, sowie den vielen Privatpersonen, für ihre Unterstützung bei der Materialsammlung für diese Arbeit namentlich zu danken, ist eine Unmöglichkeit.

Ungeachtet dessen fühle ich mich allen für Rat und Tat zu tiefstem Dank verpflichtet.

Allen meinen Lehrern bin ich für wertvolle Unterweisungen sehr verbunden. Überdies möchte ich an dieser Stelle Herrn Professor Dr. *E. Salin* für sein Interesse am Zustandekommen dieser Untersuchung meinen Dank bekunden.

Schopfheim, im Februar 1937.

Der Verfasser.

Inhaltsübersicht.

Einleitung:

Problemstellung 1
I. Vorfragen 5
II. Die lokale und regionale Wirtschaft als Grundlage der Volkswirtschaft 9
III. Das obere Wiesental als Region 12
IV. Methodologisches zur Erfassung des oberen Wiesentales als Region 21

Hauptteil:

I. Urproduktion 24
1. Die Landwirtschaft 24
2. Die Forstwirtschaft 38
3. Bergbau, Jagd und Fischerei 43
II. Gewerbe und Handel 45
1. Die Industrie 45
2. Die öffentlichen Unternehmungen 60
3. Das Handwerk 61
4. Das Fremdenverkehrsgewerbe 67
5. Der Handel, das Bank- und Kapitalwesen 72
a) Der Handel 72
b) Das Bank- und Kapitalwesen 75
III. Die öffentlich-regionalen Haushalte 76
IV. Bilanzmäßige Zusammenfassung der Zahlenergebnisse . . 82

Folgerungen:

1. Bilanzergebnis und Lebenshaltung 89
2. Bilanzergebnis und das Sparen 91
3. Bilanzergebnis und Bevölkerung 94

Schluß:

I. Zur Brauchbarkeit des Begriffs „Regionalität" als Methode und Gesamterkenntnis der Volkswirtschaft 102
II. Folgerung für die Wirtschafts- und Sozialpolitik . . . 104
III. Die lokale und regionale Wirtschaft als Grundlage der Weltwirtschaft 107
Schrifttum, Quellen und Anhang 111

Problemstellung.

Da die „Wirtschaft“ in ihrem Wesen keine feststehende und unabänderliche Erscheinung menschlicher Betätigung ist, kann folgerichtig auch die Wissenschaft, die sich mit dem Wesen und den Formen des wirtschaftlichen Geschehens beschäftigt, in ihrer Forschungsweise und in ihren gewonnenen Erkenntnissen nicht für alle Zeiten feststehend und unabänderlich sein. Neue geistige, auf das Wirtschaften bezogene Erkenntnisse bringen stets neue Formen zur Entfaltung [1]), wobei aber der Vollständigkeit halber auch zugegeben sei, daß auf Grund von Einfindungen, Entdekkungen oder Erfindungen neue Formen sich bilden, die allgemeine wirtschaftliche Erkenntnisse nach sich ziehen, um große und nachhaltige Wirkungen zu zeitigen [2]).

Niemand wird ernstlich in Zweifel ziehen wollen, daß demgemäß die wirtschaftswissenschaftliche Forschung in ihren Anschauungen und Lehrmeinungen äußerst zeitgebunden war und — immer sein wird [3]). Möglichen Einwendungen sollen, in Form eines kurzen Rückblickes, die Verschiebungen tatsächlicher und dogmengeschichtlicher Art vor Augen geführt werden. Nicht zuletzt zu dem Zweck: die Berechtigung eines neuartigen Weges zur theoretischen Schau auszuweisen, den diese Studie zu gehen sich vorgenommen hat.

So wie die Geschichte der Völker und Stämme im ganzen unterschiedliche Zeitabschnitte verschiedenen Inhalts umspannt, so ist auch der Inhalt der Wirtschaft nie unverändert geblieben. Die forschenden Versuche, den Formalinhalt einerseits in Begriffen wie Haus-, Stadt-, Volks- oder Weltwirtschaft, den Materialinhalt andererseits in Begriffen wie Tausch-, Verkehrs-, Bedarfdeckungs- oder Erwerbswirtschaft einzufangen, deuten auf die Erkenntnis dieser Wandlungen hin.

Während beispielsweise die Merkantilisten die Wirtschaft durch ihre „politische Brille“ sahen und eine territorial-politische Abgrenzung des Inhalts und der Mittel vollzogen, sahen und dachten die Verkünder und Vertreter des Liberalismus kosmopolitisch, im Sinne internationaler Arbeitsteilung, im Sinne einer durch bestimmte Vorteile bedingten Produktionsspezialisierung der einzelnen Länder. — *Friedrich List* wiederum sah vor sich als Ziel

die Nationalwirtschaft, die deutsche Volkswirtschaft, und entsprechend seiner Erkenntnis waren seine wirtschaftspolitischen Theorien und Mittel.

Das Anwachsen der Produktion durch den Fortschritt der Technik und ihre geschichtlich einmalige Zusammenballung in der Industrie, die historische Plötzlichkeit der Verkehrsentwicklung, dies — und noch viel anderes — erschloß dem Menschen des vorigen Jahrhunderts den Blickkreis. Die Reste theozentrischen und genossenschaftlichen Denkens wurden hinweggespült von den Wogen des entfesselten Freiheitsdranges der Individualität. Die geistige Forderung nach Freiheit erfaßte auch den Raum: Man dachte in Weltteilen! Und bis hin zum Weltkrieg vollzog sich das Wirtschaftsleben auf dem Rücken der weltweiten Politik zwischen den Völkern der Erde.

Diese sichtbare Entwicklung deutet auf die geistigen Hintergründe hin. Die Wirklichkeit schuf das Weltbild, und das Weltbild schuf Wirklichkeiten.

Mit wenigen Strichen sind so die Oberflächenerscheinungen zu einem flüchtigen Bilde vereint worden. Aber man tut gut, etwas nach dem Kern der Dinge zu suchen, um grundlegende Beziehungsgrößen aufzuspüren, die immer wieder in der nachfolgenden Darstellung Verwendung finden können. Wenn anerkannt wird, daß aus der Wirklichkeit heraus Weltbilder (lies Ideologien) geboren werden, und daß aus Weltbildern oder -anschauungen heraus Formen des Lebens entstehen, so wird man es auch als Wahrheit gelten lassen, daß im Bereich der Wirtschaft der Mensch mit seinen Lebensbedürfnissen auf der einen Seite, die Umwelt mit ihren Mitteln und Möglichkeiten, die Bedürfnisse dieses Menschen zu befriedigen auf der andern Seite, die Pole sind, die alle Beziehungen wecken. Der Mensch als Träger der Bedürfnisse und der Kraft der Tatsachenbemeisterung hat schon frühzeitig, natürlich entsprechend dem Stande der Lebenskultur, alles Verfügbare in seinen Dienst gestellt und sich so die wirtschaftlichen Bereiche geschaffen, aus deren Früchte er seinen Bedarf bestritt. Urerzeugung, Gewerbe und Handel sind die drei Wirtschaftspfeiler, die sich aus dem stationären Zustand der Wirtschaft herausentwickelt haben und deren Auseinanderfächern den Prozeß der stetigen Höherentwicklung eingeleitet hat bis zu jenem Punkte hin, an dem man es als eine Binsenwahrheit ansieht, daß von ihrem reibungslosen Ineinandergreifen der Bestand der Wirtschaft abhängt. Oder besser gesagt: Erst dort, wo Urerzeugung, Gewerbe und Handel wie ein Räderwerk ineinandergreifen und sich so in Gang setzen und in Gang halten, kann von Wirtschaftlichkeit als der Lebensgrundlage einer gesellschaftlichen Gruppe überhaupt die Rede sein.

Die Erforschung, Beschreibung, Erklärung oder gar der Versuch der Lenkung mittels theoretischer Systematik des hier zur

Voraussetzung gemachten Ineinandergreifens der drei Bereiche, kann man als den Inhalt der Wirtschaftswissenschaft betrachten, wobei die verschieden betonten Betätigungen von der geschichtlichen bis zur politischen als damit umschrieben angesehen werden können. Diese Behauptung finden wir bestätigt, wenn wir einen Blick in ein nationalökonomisches Werk tun, dessen Ausführungen nicht gerade auf eine Sonderfrage beschränkt sind [4]).

Wie sehr derartige theoretische Erkenntnisse, die in solchen Werken ihren Niederschlag gefunden, wiederum ihre praktischen Auswirkungen gezeigt haben, zeigt sich an den teilweise gelungenen Versuchen der Lenkung und Beeinflussung der Wirtschaft: Die autarke Dienstbarmachung oder die Hinordnung auf eine völkische (Volkswirtschaft), städtische (Stadtwirtschaft) oder stammbetonte (Stammeswirtschaft) Zielvorstellung verrät immer die geistige Haltung in der Schau der Dinge.

Um nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, als lehne dieser Standpunkt an liberalistisches Wirtschaftsdenken an, sei ausdrücklich bemerkt, daß diese Schrift kompromißlos über einen organischen Ganzheitsbegriff ihr Ziel zu erreichen sucht. Entsprechend der Einstellung des Verfassers werden materielle Voraussetzungen in ihrer Wirksamkeit nicht mißachtet; aber: weder ein Einzelinteresse noch die Hingabe an konstruktive Ideologien werden verfolgt. Die Prägung jeglicher Systematik soll als heuristisches Prinzip betrachtet, und dieses wird als solches auch getreulich anzuwenden versucht werden. Nicht der Einzelmensch, auch nicht die durch die lokale und regionale Abgrenzung in den Vordergrund gerückten Menschen des Untersuchungsgebietes, sind als tragende Mitte gefühlt und gedacht: den Geist- und Tatkreis der höchsten Wirtschaftsstufen — Volks- und Weltwirtschaft — gilt es in seiner wahren Existenz herauszuschälen.

Wenn man so die Zweckhaftigkeit der Wirtschaftswissenschaft betont, so drückt dies unmißverstehbar die Ansicht aus, daß die Theorie nicht um ihrer selbstwillen da sein kann, sie bleibt u. E. nur das Rüstzeug dafür, die vielen verworrenen Fäden zu ordnen und die Tatsachen zu erkennen.

Die als Titel gewählte Formulierung: „Die lokale und regionale Wirtschaft als Grundlage der Volks- und Weltwirtschaft“ [5]), drückt, rein oberflächlich gesehen, das Wissen aus, daß die theoretische und praktische Raumschweifigkeit der kosmopolitischen Wirtschaftsbetrachtung Widerspruch und Gegensatz gefunden hat. Inhalt und Weg dieses Betrachtungsansatzes kann man folgendermaßen andeuten: Die Volkswirtschaft — und die aus dem Verkehrszusammenhang vieler Volkswirtschaften entstehende Weltwirtschaft — können nicht als erste Wirtschaftswirklichkeit aufgefaßt werden, ohne dadurch die wahre Natur der vielen wirtschaftlichen Kräfte in ihrer Wirkung zu verkennen und ohne daß

dadurch die Theorie vielfach in die Irre geht. Man muß vielmehr die Volkswirtschaft als eine organische Ganzheit auffassen, die ihren organischen Charakter daher hat, daß sie die in den *lokalen* und *regionalen* Wirtschaftskörpern wirkenden Kräfte umfaßt und erst dadurch zur „lebensvollen Wirklichkeit“ [6]) wird, daß sie mannigfache Arteigenheiten von Mensch, Gebiet, Techniken, Formen und Äußerungen umspannt und auf ein Ziel hinordnet. Aus dieser Gestalt heraus ist sie auch die wahre Grundlage der Wesenserkenntnis weltwirtschaftlicher Beziehungen.

Die Wirksamkeit dieser Kräfte in einem begrenzten Wirtschaftsgebiet darzustellen, auf ihre bisherige Vernachlässigung oder Überspitzung hinzuweisen, dies ist der eigentliche Sinn dieser Untersuchung.

Um die Verschiedenheit der Wirtschaftskräfte aufzeigen zu können, wäre es wünschenswert, verschiedene Regionen darauf hin zu untersuchen und die Ergebnisse zu einem Bilde zu vereinigen. Da die vorliegende Untersuchung jedoch nur eine Region als Objekt heranzieht, haftet ihr ein Mangel an. Die Tatsache aber, daß es ihr gelingt, wenigstens die Aufmerksamkeit auf diesen Fragenbereich zu lenken und Wege der Erfassungsmöglichkeit zu zeigen, wiegt diesen Mangel einigermaßen auf.

Einleitung.

1. Vorfragen.

Die Volks- und Weltwirtschaftskrise der Gegenwart greift weit über das Nur-Wirtschaftliche hinaus: die vergangenen Jahrhunderte trugen bis hinein ins ausklingende Mittelalter die Züge verhältnismäßig statischer Verbundenheit aller Lebensbereiche. Alle Lebensgebiete: Religion, Politik, Wirtschaft usw. sind heute zerrissen und in ihrem eigenen Bestande fraglich bedroht . . . . Wenn man diese Tatsache nicht einfach eschatologisch deutet, sondern die Geschichte zur Lehrmeisterin nimmt, so wird sich aus dieser Gärung Wille und Weg zur Überwindung finden lassen. Eines zeichnet sich schon heute deutlich ab: einem individualistischen Kosmopolitismus ist auf der ganzen Linie ein kollektiver Nationalismus gefolgt. Was einst *Friedrich List* [7]) dem mechanistischen Kosmopolitismus als Forderung entgegensetzte, nämlich „die Natur der Nationalitäten und ihre besonderen Interessen und Zustände zu berücksichtigen", um sie erst nach dieser Berücksichtigung „mit der Idee der Universalunion und des ewigen Friedens in Übereinstimmung zu bringen", ist uns heute in seinen Anfängen geworden. Indessen ist dies alles mit recht viel Not erkauft worden.

Die durch die liberal-individualistische Lebensform geschaffene Kultursphäre, die Kultur- und Wirtschaftsgemeinschaft der zivilisierten Welt, ist durch den Weltkrieg zerrissen worden. Durch die unglückselige Scheidung der Völker in Sieger und Besiegte, durch stetig wachsendes Mißtrauen, durch die Versuche der Stabilisierung der völkischen Lebensmöglichkeiten, durch den daraus entstehenden Zwiespalt der Interessen sind die Nationen teilweise in eine Isolierung gedrängt worden. Die Krisenerscheinungen, die aus der Wirtschaft hervorgewachsen sind, haben die innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems ohnehin verschärften Lebensbedingungen gänzlich unterhöhlt [8]).

Diejenigen Betrachtungen, die Gesellschaft, Staat und Wirtschaft als je in sich eigenlebige Bereiche fassen, deren Gesetze mit physikalischer Notwendigkeit am Egoismus des Einzelmenschen entspringen, müssen zwangsläufig jenes Weltbild schaffen, das im Grunde die breite Not der Gegenwart erzeugt. Wenn Wert und Preis der wirtschaftlichen Güter zum Beispiel vom menschlichen Eigennutz, der sich am freien Markte trifft,

bestimmt werden, dann müssen auch Wert und Preis für die Bereitstellung dieser Güter, der Arbeitslohn also, vom Eigennutz diktiert werden. Die Grunderscheinungen des Wirtschaftsvorganges: Erzeugung und Verteilung des Sozialproduktes werden durch die Preisbildung am Markte quantifiziert. Diese mengenmäßige Vereinfachung des Seienden hat selbst das Qualitative des Menschen erfaßt und ihm den Sinn eines Körpers gegeben, der sich im Sozialraum als ein Masseteilchen, als Atom, ausnimmt. Die Schwerkraft der Masse hat sich über alle Lebensbereiche gelegt. Das Politische, d. h. die Gesellschaftsfunktion des Staates, hat mit wachsender Sorge die Eindämmung dieser Bewegung übernommen. Schutzzölle, Einwanderungsverbote, Goldabwertung u. ä. sind die Folgen der Erkenntnis organischer Not der Gesellschaft. An die Stelle des freien Gewährenlassens des Individuums sucht man die Hingabe an sinnvolle Ganzheit zu setzen. Daß dies nur von philosophischer und politischer Seite erfolgen kann, ist offensichtlich, denn die Wirtschaftslehre an sich „ist ein solches Außengebiet des menschlichen Lebens, von der philosophischen oder politischen Mitte soweit entfernt“ [9]), daß nur eine Zeit überstürzten Vorwärtsdrängens von wirtschaftlicher Seite eine Regelung des Daseins erwarten konnte. Die Schau des Ineinandergreifens aller Lebensäußerungen, was sich erst durch die Krise deutlich zeigte, wußte plötzlich wieder um die Ganzheit und ihre Gliedlichkeit. Soweit aber die Ganzheit nicht lebendig gewußt und empfunden, sondern nur in Reaktion gegen den Individualismus gesetzt ist, vermag sie im Wirtschaftlichen ihre überbrückende Wirkung nicht zu entfalten; sie wird als „intellektualistische“, als „voluntaristisch-emotionale“ oder „theologische“ Setzung politische — und vielleicht auch religiöse Wirkkraft besitzen . . . im Wirtschaftlichen, jenem Bereich, voll organischer Geistigkeit und anorganischer, physikalisch wirkender Dinglichkeit aber, wird die gesetzte Ganzheit nur den Charakter einer formalen Angelegenheit tragen. M. a. W.: Das aus intellektualistischer, emotionaler oder theologischer Absicht gesetzte Theorem einer Ganzheit im Sinne einer genetischen Wesenskraft [10]) vermag nicht, die im kapitalistischen Wirtschaftssystem entwickelten mechanischen Elemente und Formen zu beseitigen, die in allen wirtschaftlichen Relationen spielen und mitschwingen. In Rußland sowohl als auch in Italien gelang es bis heute noch nicht. Wie wenig umgestaltende Wirkung man in der praktischen Nationalökonomie von einer gedachten, konstruierten Ganzheit erwartet, beweist ein Ausspruch des Reichsbankpräsidenten *Schacht* [11]), wenn er sagt, daß man „mit der kategorischen Forderung, daß Angebot und Nachfrage aus der künftigen Wirtschaft einfach zu verschwinden haben, nur auf dem Papier geduldig operieren“ könne. Angebot und Nachfrage als Ausdruck eines liberalen Marktmechanismus aber widersprechen einer ganzheitlichen Wirtschaftsauffassung; deshalb ist von *O. Spann* [12]) die

Ausschaltung dieses kausalverknüpften Kräftepaares als einzige Möglichkeit „gerechter“ — auf der Gleichgewichtigkeit der Leistungen beruhender — Preisbildung angegeben worden.

Die auf fast allen Wissens- und Lebensgebieten wieder erstandene Ganzheitsbetrachtung bestätigt uns als Vorgang aber nur, daß das Natürliche, Gewachsene, Ursprüngliche an Ganzheit und Gemeinschaft immer war. Die rasche Entwicklung der Lebensformen, wie sie die Aufklärungszeit und der Liberalismus gebracht haben, erzwang nur die Dehnung dieses Rahmens. Denn „der Individualismus hat sehr Großes freigemacht; er hat die europäische Kultur geschaffen aus dem Rohstoff, den Instinkt, Gemeinschaft, Volksseele, Überlieferung, ja auch Rasse, Blut und Boden ihm boten“ [13]).

Fraglich bleibt bei dieser Erkenntnis nur, warum dieses Große als erreichtes Teilziel menschlicher Kultur die letzte Größe, die *Einheit* umlaufen konnte . . . Im Vorwärtsstürmen der Zeit scheint sich der Mensch in der Wahl der Mittel zur Wertsetzung vergriffen zu haben: Die Erreichung des Daseinszweckes — einer rein diesseitigen Eudaimonie — schien ihm nur durch säuberliche Trennung der Lebensbereiche möglich. Dies zeigt sich an den Formen des Staates, an der Religion und mindestens ebenso sichtbar an der Wirtschaft. Jedes dieser Gebiete wurde zur Angelegenheit bestimmter Gesellschaftsschichten. In der Wirtschaftswissenschaft stand im Vordergrund die Individualität als Beziehungspunkt, von dem aus auch die Erkenntnis der Dinge sich gestaltete.

Obwohl „es nicht eine Frage des Verfahrens, sondern eine Frage des menschlichen Wesens und Sehens (ist), ob man vom Vorrang und Vorsein des Ganzen vor den Gliedern weiß oder ob man ein Ganzes, z. B. den Staat, nur durch Übereinkunft, einen Vertrag der einzelnen Teile, z. B. der einzelnen Individuen denken kann“ [14]), so muß doch die methodologische Erfassung des Gegenstandes „Wirtschaft“ als Zweckmittel einer Theorie das Fundament liefern, von dem aus eine ganzheitliche Schau ermöglicht wird.

Die Gegenübersetzungen:

Universalismus	—	Individualismus *(Spann)*,
Dynamik	—	Statik (*Sombart*),
Kulturwissenschaft	—	Naturwissenschaft (*Sombart*),
Gebilde	—	Gefüge (*Harms*),
„anschaulich“	—	„rational“ (*Salin*) [15]),

sind, rein äußerlich betrachtet, Verfahrensmöglichkeiten, die zu typisch unterschiedenen Theorien führen, indem nämlich

Universalismus, Dynamik, Kulturwissenschaft, Gebilde und „anschaulich“ } darin übereinstimmen, daß sie im Grunde Ausdruck einer ähnlichen Wesenserkenntnis des Gegenstandes „Wirtschaft“ sind; diese Verfahren verwenden die Anschaulichkeit der mannigfaltigen Wesensäußerungen (Geschichte, Politik usw.) zur Begriffsbildung, während

Individualismus, Statik, Naturwissenschaft, Gefüge und „rational“ } deduktive Teilerkenntnis aus dem Bereiche des Gegenstandes geben, also mittels abstrakter Rationalität zur Wesenserkenntnis vorstoßen und immer eine Ursächlichkeit als Wesenskraft suchen. Die Gegensätzlichkeit dieser Systemgruppen wird am besten dadurch verdeutlicht, daß man sich den Grundgehalt einiger Schulen vor Augen führt: *David Ricardo*, dessen Erkenntnis sich im Rahmen des Individualismus bewegt, sucht z. B. im Bereich der abstrakten Ökonomie das Gesetz *der* Verteilung des Sozialproduktes, während *Friedrich List* oder *Othmar Spann*, die als typische Vertreter des Universalismus angesprochen werden müssen, neben die rein wirtschaftliche Wirkung immer die soziologische und historische Verknüpftheit der Gegebenheiten setzen. Was aber mit dieser Darlegung eigentlich gesagt sein soll, fassen wir in Folgendem kurz zusammen, um damit die eigene Anschauung über die Möglichkeit einer neuartigen Konzeption der Volkswirtschaftslehre auszudrücken: In ähnlicher Weise lassen sich zur Kennzeichnung des in der vorliegenden Untersuchung zu beschreitenden Verfahrensweges sowohl als auch zur Hervorhebung der Besonderheit unserer Erkenntnis, die „neuen“ Kategorien: „Regionalität“ — „Totalität“ prägen, deren ungewohnter Klang und Sinn dahin aufgelöst werden sollen, daß „Regionalität“ die ganze Fülle von geistigen, politischen, wirtschaftlichen, religiösen . . . Tatbeständen umfaßt, wie sie im örtlichen und nachbarörtlichen Leben gegeben sind, während „Totalität“ die Arteigenheiten und Spannungen dieser Äußerungen abstrahiert und in unzertrennbarer Ganzheit sieht. Der geistige Unterschied ist der: Bewegt sich die wissenschaftliche Denkfolge innerhalb des Begriffs „Totalität“, so wird die Volkswirtschaft — sagen wir die deutsche — zum unteilbaren und fiktiven Komplex unseres völkischen Wirtschaftslebens. So wie die Sozialstatistik, z. B. die Persönlichkeitswerte der Individuen auslöscht und „beliebig vertauschbare Einser“ [16]) hinterläßt, so wird in der fiktiven Schau der Volkswirtschaft als Totalität dem denkmöglichen und scheinbar einfachen Grenzfalle zuliebe, die natürliche Unterschiedlichkeit wirtschaftlicher, politischer und anderer Vorfälle aufgelöst und die Betrachtung wird trotz des scheinbar ganzheitlichen Charakters zur rationalen und individualistischen. „Wir sprechen vom natürlichen und ständigen, nicht aber vom zufälligen und schwankenden Preise . . .“, sagt *Ricardo* [17]). Wir sprechen vom objektiven Preis, vom charakteristischen Mittelwert, vom Hauptnenner, müßten wir *Ricardo* interpretieren, um damit klar auszudrücken, wie die im Bereiche des Eigenschaftswortes „Totalität“ sich bewegende Denkfolge die Dynamik zur Statik, den dehnbaren historischen und geographischen Spielraum zum *Gesetz* werden läßt.

Die „Regionalität“ als Erkenntnis und Verfahren umschließt das gesellschaftliche Teilstück, wie es sich in der Lokal- und

Regionalwirtschaft dem Beschauer zeigt. Der Gedanke der Organhaftigkeit wird — um einem Biologismus zu entgehen — ins wahre Licht gerückt, indem die Denkfolge die aufbauenden Stufen bis hinauf zur Ganzheit der Volkswirtschaft horizontal durchläuft, ganz im Gegensatz zur vertikalen Ausgliederungsmöglichkeit: Totalität — Individuum.

Die letztgenannte Möglichkeit muß immer wieder im Individualismus, in der Erfassung von Typen enden, weil keine Artunterschiede der Äußerungen anerkannt werden. Die verschiedenen gesellschaftlichen Funktionen wie Politik, Wirtschaft, Religion, Liebe, Feindschaft, Heimatgefühl, Nationalbewußtsein u.a.m. sind aber doch wahrlich kein unterschiedsloser soziologischer Komplex!

II. Die lokale und regionale Wirtschaft als Grundlage der Volkswirtschaft [18]).

Um eine Untersuchung im Sinne der „Regionalität" an einem geeigneten Objekt durchführen zu können, bedarf es von vorneherein der Erkenntnis, daß eine Nationalwirtschaft aus vielen Lokal- und Regionalwirtschaften besteht, denen die verschiedenen Gegebenheiten der Wirtschaft ein eigenes Gepräge geben. Um es noch einmal zu sagen: Nicht die Methode, mit der man die Wirtschaft forschend zu erfassen sucht, ist das Erstwesentliche, sondern des Forschenden Wesen und Sehen ist bestimmend für den Gehalt der Erkenntnis. Vom „rein" wissenschaftlichen Standpunkt aus wird diese Art der Forschung wohl verurteilt; sie tritt offenbar über den Rand der „Wissenschaft" hinaus in die Sphäre des Glaubens . . .[19]). *L. Brocard* [20]), der ähnliche Ideen vertritt, gab den Anstoß dazu, die vorliegende Untersuchung auf die herausgestellten Gesichtspunkte abzurichten. Die ganze Arbeit ist bewußt ein kühner Versuch, der es unternimmt, wenigstens die Ansatzpunkte, die sich als Ganzheitsbetrachtungen auf allen Wissensgebieten zeigen, bloßzulegen.

Ein kurzgefaßter Abriß der *Brocard*'schen Ideen soll uns weiter zum Kern des aufgeworfenen Problems hinführen: ausgehend von der Tatsache, daß das Studium der Wirtschaft im Hinblick auf die Erklärung und methodische Organisation bisher von zwei verschiedenen Standpunkten aus betrieben worden ist, nämlich einmal dem Standpunkt der klassischen und liberalen Schule, die den Wirtschaftsverkehr erforscht hat, ohne dabei dem Umstand Rechnung zu tragen, daß die Wirtschaftspersonen national gebunden sind, und dem Standpunkt der Nationalökonomie (*Friedrich List*), die gerade diesem Faktor Rechnung trug, versucht *Brocard* [21]) eine neue Theorie der Volkswirtschaft zu geben. Veranlaßt dazu sieht er sich, weil diese beiden Standpunkte im Laufe der Zeit eine gegenseitige Durchdringung erfahren haben, nicht ohne jedoch grundsätzlich verschieden zu

bleiben und zuweilen verschiedene, sogar weit auseinandergehende Richtungen, in der Wissenschaft darzustellen. U. a. meint *Brocard*, daß der Begriff der Volkswirtschaft als Ganzes noch nicht die Wirklichkeit in allen ihren Elementen repräsentiert.

Die Volkswirtschaft nimmt vielmehr eine Mittelstellung ein zwischen der abstrakten und der völlig konkreten Konzeption des Wirtschaftslebens. Die Nationalökonomie hat sich bisher hauptsächlich darauf beschränkt, zu untersuchen, welchen Einfluß die Tatsache, daß die Menschen einem und demselben nationalen Gefüge angehören oder nicht angehören, auf die wirtschaftliche Arbeit ausübt. Der Wirtschaftsverkehr innerhalb einer Nation vollzieht sich aber nicht ungeordnet zwischen allen Individuen und nicht unabhängig vom geographischen Raum, den sie in dem Gebiete der Nation einnehmen. In der Nation gibt es vielmehr wie in der Weltwirtschaft verschiedene Territorien, die durch bestimmte Verwaltungsgrenzen von einander getrennt sind, und aus denen vielfach wirkliche Staaten mit weitgehendster Autonomie hervorgehen. Das Wichtigste für den Fortgang dieser Untersuchung aber ist, daß innerhalb dieser Territorien noch weitere Abgrenzungen sich vollziehen, daß sekundäre Gefüge sich herausbilden. Diese Verwaltungs- und Wirtschaftsbezirke bestehen aus vielfachen Gruppen, die unter sich zusammenarbeiten und innerhalb deren die Individuen des Ortes viel aktiver zusammenarbeiten als die eines Gebietes, und die eines Gebietes wieder viel aktiver als die der Nation. Aus dieser Tatsache ergibt sich eine Reihe wichtiger Faktoren, die es bei der Grundlegung der Volks- und Weltwirtschaftsbetrachtung zu erkennen gilt. Es sind keine Neuentdeckungen; sie sind bisher wohl erkannt, aber nicht folgerichtig ausgedeutet oder aber zur alleinigen Systemstütze aufgenommen worden. Diese Faktoren bewegen sich im Rahmen der oben gegebenen Kategorien: *Regionalität — Totalität* und können, kurz gesagt, so ausgedrückt werden:

Was die Volkswirtschaft wesentlich charakterisiert und zu einem organischen, von den andern Volkswirtschaften zu unterscheidenden Ganzen macht, ist die Tatsache, daß alle Individuen trotz gegenseitiger Konkurrenz als Glieder einer Nation durch besonders geartete Bande der Solidarität geeint sind; denn die wirtschaftliche, soziale, psychologische, d. i. die menschliche Zusammenarbeit, ist in der Nation viel enger als zwischen den Nationen oder den Individuen der verschiedenen Nationen.

Die wirtschaftlichen, psychologischen und sozialen Faktoren nationaler Solidarität werden durch einen wesentlichen Faktor rechtlicher Natur verstärkt: die Tätigkeit des nationalen Staates verleiht seinen Angehörigen Rechtsschutz und läßt sie teilhaben an den Pflichten und Rechten der Volksgemeinschaft.

Diese Faktoren der Volkswirtschaft haben bisher in der Theorie wohl Anerkennung gefunden, aber sie sind teilweise wieder fallen gelassen oder gar überbetont worden (sozialrechtliche Schule!), weil sie — erfaßt man die Volkswirtschaft als unteilbares Ganzes — in ihren wahren Beziehungen gar nicht als entscheidend sichtbar werden können oder umgekehrt eine Überbetonung erfahren, weil sie zu konstruktiv empfunden und erkannt werden.

Um alle Ursachen und Wirkungen dieser Zusammenhänge zu erfassen, muß man von der Volkswirtschaft auf die regionale Wirtschaft, die allein die Volkswirtschaft vollkommen verständlich machen kann, und auf die lokale Wirtschaft zurückgreifen, die allein die regionale zu erklären vermag. Denn es zeigt sich klar, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Menschen fast ausschließlich lokaler Natur ist. Oder wenigstens ist sie nur regionaler oder nationaler Natur, sofern sie lokaler Natur ist. Der nationale Tauschverkehr und die daraus entspringende Solidarität sind aus der Zusammenarbeit der Regionen [22]) innerhalb der Nation und der Ortschaften in der Region entstanden. Regionen und Orte sind wirkliche wirtschaftliche Einheiten, die wohl ihre Orientierung in der Nation finden, aber trotzdem deutlich zu unterscheiden sind, weil sie in sich abgeschlossene Ganzheiten bilden. „Wenn es möglich wäre, die regionale Zusammenarbeit und Solidarität zu unterdrücken, so würde man zugleich die nationale Zusammenarbeit und Solidarität unterbinden". Es gibt nur einen [23]) rein nationalen Faktor nationaler Solidarität: den Staat [23]), der die regionalen Betätigungen ordnet.

Die Erkenntnis also, daß die wirtschaftliche Tätigkeit und Zusammenarbeit nur insofern nationaler Natur sein kann, als sie regionaler, und nur insoweit regionaler, als sie lokaler Natur ist, muß zwangsläufig dazu führen, in der Betrachtung in die Lokal- und Regionalwirtschaft hinabzusteigen. In der heutigen weitverästelten Verkehrswirtschaft scheint der lokale Charakterzug der Wirtschaft durch die indirekte Zusammenarbeit, durch den Tauschverkehr, der häufig auch die nationalen Grenzen überspringt, verwischt. Aber hinter all diesen Äußerungen steht die lebendige Wirklichkeit als Ursache dieser Marktbeziehungen: die unmittelbare Zusammenarbeit, die in der Arbeit allgemein besteht innerhalb desselben Unternehmens, desselben öffentlichen oder privaten Dienstes. Die Arbeit bedingt die persönliche und dauernde Berührung des Kooperierenden, d. h. sie bewirkt das Zusammenwohnen nicht nur im gemeinsamen Volkswirtschaftsraum, in der gleichen Region, sondern vor allem am selben oder benachbarten Orte [25]).

Von diesen skizzierten Voraussetzungen ausgehend, soll im Folgenden die Untersuchung am Objekt, an der Wirtschaft und den Wesensäußerungen wirtschaftlicher Beziehungen, des oberen Wiesentals, durchgeführt werden. Der Nachweis für die Berechtigung der Annahme, daß dieses Gebiet sich als Untersuchungsgegenstand eignet, soll im folgenden Abschnitt erbracht werden.

III. Das obere Wiesental als Region.

Dieser Abschnitt soll, wie schon zum Ausdruck gebracht, dem Leser das obere Wiesental als ein in sich geschlossenes Ganzes vor Augen führen. Die Geschlossenheit ist zwar als eine relative gedacht und zu verstehen.

Der geographische Raum des oberen Wiesentales, der sich im wesentlichen mit dem Gebiet des am 1. April 1924 aufgehobenen Amtsbezirkes Schönau deckt, ist nur von Süden her geöffnet. Im Osten und Westen ist die ganze Tallänge abgegrenzt durch die beiden, das Einzugsgebiet der Wiese umschließenden Bergketten; im Norden riegelt das Feldbergmassiv ab. Die Zugänge über die Höhenzüge im Norden, Osten und Westen sind nur in den Sommermonaten offen und in wirtschaftlicher Hinsicht nur wenig beansprucht. Der von Süden her von der Nebenbahn Zell—Todtnau getragene Verkehr ist — jedenfalls nach der Güterseite hin — wirtschaftlich am bedeutendsten. Daneben spielt allerdings der Stückgutverkehr der Reichsbahn mittels Kraftwagen zwischen Todtnau und Freiburg über den Notschreipaß eine gewisse Rolle. Den Personenverkehr vermitteln neben der schmalspurigen Nebenbahn die folgenden Kraftpostlinien: Freiburg—Todtnau—Schönau, Schönau—Todtnau—Feldberg, Todtnau—Notschrei—Schauinsland (Bergstation der Seilschwebebahn), Schönau—Bernau—St. Blasien, Schönau —Wieden — Staufen, Schönau — Multen — Belchen und Schönau—Badenweiler. Diese Kraftpostlinien sind Schöpfungen der Nachkriegszeit; sie verweben das obere Wiesental in den erweiterten Wirtschaftsraum Südbadens. Während der Wintermonate aber ist dieser Verkehrszusammenhang vielfach lahmgelegt, weil bei Frost und Schneefall die starken Steigungen und die Unmöglichkeit des Offenhaltens der Strecken zu großen Hindernissen werden. Die Straßen sind natürlich lange vor dem Kriege angelegt worden, aber sie fielen wirtschaftlich kaum ins Gewicht. Erst die dezentralisierende Wirkung des Automobils hat ihren endgültigen Ausbau gebraucht, und das Gebiet einigermaßen aus seiner Abgeschlossenheit herausgehoben.

Mit einer schematischen Darstellung des Untersuchungsgebietes soll einerseits seine geographische Abgeschlossenheit, andererseits aber auch seine Verkehrsverflechtung veranschaulicht werden.

Der ehemalige Amtsbezirk Schönau umfaßte seinerzeit auch die Gemeinde Neuenweg. Da diese Gemeinde in die vorliegende Betrachtung nicht einbezogen worden ist, decken sich Region und ehemaliger Amtsbezirk nicht mehr völlig. Entscheidende methodische Tatbestände ließen diese Ausscheidung ratsam erscheinen. Die Orientierung von Neuenweg nach der Region hin war nur eine verwaltungsrechtliche; Schönau war nur zuständiger Gerichtsort. Wirtschaftlich gesehen, ist Neuenweg durch ein Bergmassiv von der Regionalwirtschaft abgeschieden, seine Wirtschaftsverbindungen folgen in der Hauptsache der natürlichen Beschaffenheit

des Gebietes. So ist die Wirtschaft von Neuenweg (rund 500 Einwohner) ausgerichtet nach dem Lauf der „Kleinen Wiese", die die Richtung in das vordere Wiesental (Schopfheim, Lörrach) weist.

Nur diejenigen Gemeinden, die aus ihrer Lage heraus ausgesprochen regional orientiert sind, sind in den Kreis der Betrachtung einbezogen worden. Die schematische Darstellung zeigt, wie sehr berechtigt diese Abgrenzung ist. Die beiden Städte[26]) Schönau und Todtnau haben in ihren vorgelagerten Landgemeinden ein Einzugsgebiet, das folgendermaßen festgehalten werden kann:

Schönau:	Todtnau:
Aitern	Aftersteg
Böllen	Brandenberg
Fröhnd	Geschwend
Sehönenberg	Muggenbrunn
Tunau	Präg
Utzenfeld	Schlechtnau
Wembach	Todtnauberg
Wieden	

Über die Gründe dieser Ausrichtung, die nicht eine zufällige ist, wird der Fortgang der Untersuchung belehren.

Die Haltung der in relativer Abgeschlossenheit lebenden Menschen ist jedoch nicht allein vom Wirtschaftlichen bestimmt. Eine Reihe anderer Kräfte, wie religiöse Bindungen, Stammeseigenart, gemeinsame Sitten und Gebräuche ergeben zusammen das Gesamtbild der Region. Besonders diese Kräfte sind es, die sich von frühester Zeit her entwickelt und vertieft und dem Gebiet den regionalen, eigenwüchsigen Charakter verliehen haben. Selbst durch die Entwicklung der Technik, die eine weitgreifende Nivellierungskraft hat, und durch die Auflockerung durch die Verkehrsmittelentwicklung konnte das obere Wiesental nicht restlos aus seiner Abgeschiedenheit herausgehoben werden. Diese Tatsache[27]) beweist, daß eine Überwindung der regionalwirkenden Eigenart auch nicht durch die raffinierteste Technik möglich sein wird, weil aus der lokalen Gebundenheit der Kooperierenden heraus die Technik erst erwächst, also auch daran ihre Grenzen findet.

Zu den internen, überwirtschaftlichen Kräftewirkungen innerhalb eines Wirtschaftsraumes ist zu sagen, daß das politische, religiöse, in einem Wort: das kulturelle Leben, dem Beschauer einen ganz bestimmt gearteten Eindruck vermittelt, der auch für die Beurteilung des Wirtschaftslebens ausschlaggebend ist[28]).

In diesem Sinne ist für die Einheit des Untersuchungsgebietes von hervorragender Bedeutung die Tatsache einer fast einheitlichen konfessionellen Ausrichtung der Bewohner.

Es gehörten an:

Im Jahre 1825:	7991	= 99,7 %	dem Röm. Katholizismus
	3	= 0,3 %	der Ev. Landeskirche
Im Jahre 1900:	8530	= 97,0 %	dem Röm. Katholizismus
	262	= 2,9 %	der Ev. Landeskirche
	6	= 0,1 %	sonstigen Bekenntnissen
Im Jahre 1933:	8387	= 95,9 %	dem Röm. Katholizismus
	328	= 3,7 %	der Ev. Landeskirche
	22	= 0,4 %	sonstigen Bekenntnissen

Abgesehen von den Tiefenwirkungen in wirtschaftlich-weltanschaulicher Hinsicht [29]), die sich aus der vorwiegenden Lebenseinstellung auf der Grundlage des Katholizismus ergeben, findet an der Oberfläche die religiöse Lebensäußerung, auf das Wirtschaftliche bezogen, darin sichtbaren Ausdruck, daß die beiden Städte Schönau und Todtnau als „Metropolen" vieler Kirchspielgemeinden zu Brennpunkten wurden. Heute sind diese Beziehungen wirtschaftlicher Natur. Aber Schönau und Todtnau sind durch den Kirchgang zu wirtschaftlichen Brennpunkten geworden: Anläßlich des Kirchganges wurden schon von altersher die verschiedenen Geschäfte (Kauf von Lebensmitteln, Handwerkszeug, landwirtschaftlichen Geräten, Hinterlegung der Spargelder, Angebot von Vieh u. a. m.) erledigt und auch heute noch sind diese „Sonntagstreffen" wirtschaftlich wichtig für Handel und Handwerk. Die zentripetale Wirkung der wirtschaftlichen Orientierung wurde durch die Standortswahl der Industrien später noch verstärkt.

Das private Gemeinschaftsleben innerhalb der Region erhält seinen arteigenen Zug daher, daß innerhalb des Ortes und der Regionen der Austausch von Ideen und Begriffen, von primär menschlichen Beziehungen und Beeinflussungen viel stärker ist, als zwischen Individuen entfernter Gebiete und mit den Menschen der weniger entfernten Teilganzen viel reger, als mit solchen fremder Nationen. „Nicht zuletzt handelt es sich um den Austausch oder vielmehr die Vermischung ererbter Anlagen und Fähigkeiten durch Heirat, die sich sehr viel häufiger vollzieht zwischen Personen, die derselben Nation angehören, als zwischen den Angehörigen verschiedener Nationen", sagt *Brocard* [30]) — und nach unseren Feststellungen vollzieht sich dies noch häufiger zwischen den Menschen desselben Ortes und derselben Region, als zwischen Menschen anderer Regionen. Hierfür ein Beispiel: die Untersuchungen der Eheschließungen der ersten drei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts ergab für Todtnau [31]) folgendes Bild, wobei noch vorausgeschickt sei, daß die Ehegatten unabhängig von ihrem Geschlecht erfaßt wurden, und daß nur darauf Wert gelegt wurde, zu erfahren, woher die Eheschließenden stammen:

Zeit	Eheschliessungen	Ehegatten		Von den Ehegatten waren aus:									
				Todtnau		Region		Baden		übrige dtsche. Länder		Ausland	
			%		%		%		%		%		%
1900—1910	136	272	100	220	81,0	30	11,0	10	3,6	4	1,5	8	2,9
1911—1920	110	220	100	156	71,9	32	14,5	22	10,0	6	2,6	4	1,0
1921—1930	154	308	100	190	61,7	48	15,6	26	8,5	32	10,3	12	3,9

Die Dreiteilung nach der Zeit erfolgte, um gleichzeitig nachzuweisen, daß die Kriegs- und Nachkriegszeit eine Erschließung der Region gebracht hat, d. h. daß durch Kriegsteilnahme und Wanderungsbewegung der Krisenzeit (schon 1925/26) „fremdes Blut“ in die Region einströmte. Rein äußerlich beweist aber diese Untersuchung den vorausgesetzten Tatbestand, daß örtlich und regional der Austausch und die Vermischung von Ideen und Erbanlagen am intensivsten sind. Inwieweit gerade das Einströmen fremden Blutes auf die bevölkerungspolitische Einheit zersetzend wirkte, kann im einzelnen nicht verfolgt werden. Man darf aber nicht vergessen, daß in der Blutvermischung zumindest Gefahrenmomente beschlossen liegen, die sich in der Region in einer Art Zersetzung offenbaren: mit der Wendung von dichter Abgeschlossenheit zur weltoffenen Haltung der technisch und phänomenologisch vorangetriebenen Nachkriegszeit fanden auch jene negativen Lebens-„Kräfte“ Einlaß, die sich im Rückgang der Geburten, in einer Häufung der unehelichen Geburten und Abtreibungen, sowie in einer unverkennbaren Auflösung des Zusammenhalts innerhalb der dörflichen Gemeinschaft kundtun.

Auch die Sprache[32]) ist ein Faktor, der sich hinsichtlich der Abgrenzung der Region geltend macht. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß der Eindruck eines Menschen, den er mit der sprachlichen Wiedergabe seines Denkens auf seine Umwelt macht, oft die Beziehungen — und nicht zuletzt die wirtschaftlichen — bestimmt, obwohl die Gegenwart diesen psychologischen Grenzziehungen entschieden entgegentritt. Der Wiesentäler fühlt sich aber im Durchschnitt dem „fremdsprechenden“ Deutschen gegenüber unterlegen, weil er in der sprachlichen Gewandtheit auch gleichzeitig „gesellschaftliche“ und wirtschaftliche Gewandtheit miterblickt, was ihn fast immer mit Mißtrauen, zumindest aber mit starker Zurückhaltung dem andern gegenübertreten läßt.

Obwohl es nicht Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft sein kann, auf rassische Merkmale im Einzelnen einzugehen, so sei beiläufig doch vermerkt, daß die Regionalbevölkerung größtenteils von kleinem Wuchse ist; daneben weist die häufige Rundköpfigkeit und Schwarzhaarigkeit auf keltische Rassenmerkmale hin.

Wäre die Prägung einer dieser morphologischen Tatsache entsprechenden Geisteshaltung nicht zu konstruktiv (zu unserer Erkenntniskategorie „Regionalität“ steht sie jedenfalls in Widerspruch) und würde die Zusammenschau der vielen individuellen Arteigenheiten in einem Begriff nicht gerade jene Kräfte verkennen, die in ihrer Mannigfaltigkeit das wahre Bild des Lebens zeichnen, so könnte man sagen, daß der Menschenschlag des oberen Wiesentales sich durch sein leidenschaftsloses Temperament auszeichnet, das zur metaphysischen Tiefe vorstößt, dem aber betont der Blick für Weltweite fehlt.

Ein Abriß zur Wirtschaftsgeschichte des oberen Wiesentales und die Betrachtung seiner Wirtschaftsstruktur sollen den Regionalcharakter weiter beleuchten:

Das Gebiet umfaßt eine Fläche von 150,87 qkm und ist heute von 8737 Menschen (Wohnbevölkerung nach dem Stande vom 16. 6. 1933) bewohnt, d. h. auf 1 qkm entfallen rund 51 Menschen (Baden: 155; Reich ohne Saargebiet: 134). An dieser Bevölkerung sind beteiligt:

die Stadt Todtnau	mit	2337 Menschen
die Stadt Schönau	mit	1714 Menschen
	zusammen	4051 Menschen,

das sind 46,3 % der Gesamtbevölkerung, während sich der Rest von 4686 Einwohnern, das sind 53,7 %, auf 15 ländliche Gemeinden verteilt. Was dieses Gebiet aber als Untersuchungsobjekt im Sinne der Regionalität — neben der geographischen Abgeschlossenheit — besonders geeignet erscheinen läßt, ist mit die Tatsache, daß seine wirtschaftliche Struktur eine günstige [33]) ist. D. h.: Urproduktion, Gewerbe und Handel, die drei tragenden Wirtschaftspfeiler also, sind in relativ günstigem Maße entwickelt. Es betrug die Zahl der Erwerbstätigen:

	1907		1925		1933	
		%		%		%
Urproduktion	1953	43	1904	36,0	1233	40
Gewerbe und Handwerk	2254	48	2876	53,5	1525	48
Handel und Verkehr, einschl. Gast- und Schankwesen	330	8	544	10,0	325	10
Übrige	42	1	32	0,5	57	2
	4579	100	5356	100,0	3140	100

Auf die Gesamtbevölkerung der einzelnen Untersuchungsjahre bezogen bedeutet dies, daß 49,7 v. H., bezw. 57,5 v. H., bezw. 36 v. H. erwerbstätig waren.

An Urproduktion sind vertreten: Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Bergbau, Jagd und Fischerei. Das Gewerbe weist durch die beiden führenden Fertigwarenindustrien: Baumwoll- und Bürstenindustrie ein einheitliches Gepräge auf. Das Handwerk entfällt auf die üblichen Gewerbe der Nahrungsmittelbranche und des dörflichen Handwerks, ohne daß dazu Besonderes zu sagen wäre. Handel und Verkehr haben sich durch die anderen Wirtschaftszweige entwickelt. Das Fremdenverkehrsgewerbe entwikkelte sich im vorigen Jahrhundert aus dem neuerwachten Naturtrieb der Städter und dem Sportgedanken.

Bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts vollzog sich die wirtschaftliche Entwicklung des oberen Wiesentales fast völlig auf agrarer Basis. Das Lebensniveau stand auf einer dürftigen Stufe, weil die geologische und klimatische Beschaffenheit des Gebietes nur eine beschränkte landwirtschaftliche Erzeugung ermöglichte. An Getreidearten brachte der Ackerbau, entsprechend der Verschiedenheit der Höhenlagen (durchschnittlich 500 m ü. M.), Spelz, Roggen, Gerste und Hafer hervor; der gesamte Ackerbau aber vermochte auch damals nicht, den Vollbedarf an Brot zu befriedigen. Die Landwirtschaft, die durch all die Jahrhunderte hindurch in zwerg- und kleinbäuerlichen Betriebseinheiten geführt wurde, brachte auf der Grundlage des Wiesengeländes, der Weide und späterhin des Kartoffelbaues vorwiegend die animalischen Nahrungsmittel (Milch, Butter, Fleisch, Eier . . .) hervor. Die vegetabilischen dagegen, vor allem das Brot, vermochte sie nie ganz bereitzustellen. So beschnitten aber die ökonomische Lage der Bevölkerung auch war, und obwohl alle verfügbaren Erzeugnisse zur geregelten Ernährung der Menschen nötig gewesen wären, so stellt sich die Landwirtschaft der vergangenen Jahrhunderte als Ausfuhrwirtschaft dar: insbesondere führte die Landwirtschaft des oberen Wiesentals viel Vieh aus, das hauptsächlich nach Basel — ja sogar nach Paris, wo das zarte Fleich des Hinterwälder Viehs sehr begehrt war — geliefert wurde. Zahlenmäßige Belege sind hierfür nicht mehr erhältlich gewesen [34]).

Als im 17. Jahrhundert geordnete Verhältnisse in der Waldbewirtschaftung eintraten — vorher war der Wald nahezu ein freies Gut [35]) —, begann die Holzwirtschaft für die Talbewohner äußerst wichtig zu werden. Darüber, welche ungeheure Holzmengen aus den Wäldern des Wiesentales geschlagen und nach Basel geliefert wurden, findet man bei *Lais* [36]) eine Abrechnung wiedergegeben, die ein Mittelsmann des Klosters St. Blasien mit der Stadt Basel, mit der man einen zwanzigjährigen Vertrag geschlossen hatte, aufgestellt hat. Der Vertrag lautete auf eine jährliche Lieferung von 3000 Klafter Buchen- und Tannenholz.

Es wurden nach Basel geliefert:

im Jahre	1729	5 563	Klafter Buchen- und Tannenholz
im Jahre	1730	5 893	Klafter Buchen- und Tannenholz
im Jahre	1731	4 895	Klafter Buchen- und Tannenholz
im Jahre	1732	6 037	Klafter Buchen- und Tannenholz
	zusammen	22 388	Klafter (Basler Maß).

Bis in die jüngste Vergangenheit hinein blieb Basel mit seinem Einzugsgebiet der unbestrittene Absatzmarkt der Wiesentäler Holzwirtschaft. Abgesehen von den Holzmacherlöhnen, floß der Ertrag dieser Tätigkeit an die st. blasianische Grundherrschaft. Die Wirtschaft unserer Region hatte auf Grund der bäuerlich-herrschaftlichen Besitz- und Rechtsverhältnisse zum Kloster St. Blasien jährlich den „Zehnten", d. h. die Abgabe aus dem Ertrag des Getreidebaues, sowie die Grund-, Boden-, Haus- und Mühlenzinsen, zumeist in Naturalien, abzuliefern. Nach *Lais* [37]) wurden in den Jahren 1743—1748 durchschnittlich 400 Mutt Getreide (1 Mutt = rd. 112 Liter) jährlich als Zehnten abgeliefert. Dieser „Versand" [38]), der als Steuerleistung an den Grundherrn wirtschaftlich gesehen keine materielle Gegenleistung einbrachte, fiel mit der Aufhebung der Grundherrschaft durch Josef II. im Jahre 1782 fort, um fürderhin einem Realsteuersystem Platz zu machen.

Neben der Land- und Forstwirtschaft spielte auch schon der sogen. „gewerbliche Hausfleiß" eine gewisse Rolle. Es war in der Hauptsache Holz- und Schnitzstoffbearbeitung, die durch den Waldreichtum hinreichende und billige Rohstoffe zur Verfügung hatte. Es handelte sich bei dieser Betätigung vorläufig nur um Suplementärerwerb, d. h. die Kleinbauern gingen in Zeiten, in denen es wenig Feldarbeit gab, daran, irgendwelche Geräte (Haus- und Küchengeräte) aus Holz zu verfertigen und zu verhausieren. Daneben wurde in starkem Umfange — wie es die verlassenen Köhlerplätze heute noch beweisen — das Köhlerhandwerk betrieben, das seine Erzeugnisse nach dem Eisenwerk in Hausen, nach Basel, vor allem aber nach Mülhausen vertrieb. Auch die Erlöse dieses „Versandes" dienten zur Auffüllung des vegetabilischen Nahrungsmittelbedarfs. Ferner waren seit jeher die üblichen Dorfhandwerker vertreten: Schmiede, Schreiner, Drechsler, Schneider usw., aber der ganze Wirtschaftskörper befand sich bis ins erste Drittel des 19. Jahrhunderts in der Verfassung der naturalwirtschaftlichen Periode, da der Geldverkehr noch kaum eine Rolle spielte, wobei das Kloster St. Blasien und die Stadt Basel als städtisch-wirtschaftliche Orientierungspunkte in den Bezirk hineinragten. Eine Zunftverfassung gab es nicht; außer den Bäckern, Metzgern und Wirten, die von einer von der Gemeindeverwaltung zu gewährenden Konzession abhängig waren, war kein Gewerbe beaufsichtigt.

Bevölkerung und Wirtschaft stehen naturgemäß in engstem Zusammenhange. Wenn auch eine Verallgemeinerung der nachfolgenden Erwägung als Fehlschritt bezeichnet werden muß, weil

sie die psychologischen, religiösen und sittlichen Kräftewirkungen ausschaltet und übersieht, so darf doch gesagt werden, daß die Zu- oder Abnahme der Bevölkerung bis zu gewissem Grade Ausdruck eines wirtschaftlichen Auf- oder Abstieges ist. Vergleicht man z. B. die Einwohnerzahl verschiedener Orte zu verschiedenen Zeiten, so kann anhand dieser Zahlen schon die Entwicklungstendenz der Regionalwirtschaft aufgezeigt werden. Es betrug die Einwohnerzahl:

Gemeinde	In den Jahren:						
	1712	1786	1808	1827	1857	1900	1925
Schönau	400	—	813	955	961	1640	1764
Todtnau	—	674	1070	1441	1281	2200	2546
Geschwend	—	—	205	245	256	260	318
Utzenfeld	235	—	359	318	354	300	376
Schlechtnau	152	—	179	203	272	275	241

Aus dieser Gegenüberstellung geht klar hervor, wann und wo der wirtschaftliche Aufschwung einsetzte. Es ist nachgewiesen worden, wie im 18. Jahrhundert durch den Hausierhandel der Savoyarden auch „in die Psyche des . . . bodenständigen, privatwirtschaftlichen Einzelmenschen . . . die kapitalistische Idee [39]) hereingetragen wurde". Bald schoßen auch im Wiesental kapitalistische Unternehmungen empor. Die ärmliche Bevölkerung, die mit dem kärglichen Ertrage ihrer landwirtschaftlichen Betriebe nur schwer durchkommen konnte, begrüßte freudig jede Verdienstmöglichkeit. Schon 1680 ließen Züricher Verleger in Todtnau ihre Rohbaumwolle von Hand verspinnen [40]). Damit hielt, ursprünglich zwar in bescheidenem Rahmen, das Manufaktur- und Verlagssystem im oberen Wiesental Einzug, aus dem sich dann später der Industrialismus entwickelte. Durch den Reichsdeputationshauptschluß von 1803 kam das obere Wiesental, das bisher vorderösterreichisch war, zu Baden. Der Eintritt Badens in den Deutschen Zollverein (1836) ebnete auch der wirtschaftlichen Entwicklung des Wiesentales den Weg. Rasch entwickelte sich aus der handwerklichen Textilbearbeitung, aus dem Holz- und Bürstengewerbe eine gegliederte Industrie, die bald einen großen Teil des Überschusses an landwirtschaftlicher Bevölkerung absorbierte und die Umschichtung der Bevölkerung einleitete.

Im Jahre 1907 — mit diesem Jahr beginnt unsere Untersuchung — waren im ganzen Gebiet 343 handwerkliche und industrielle Betriebe mit einer Arbeiter- und Angestelltenschaft von 2254 Personen vorhanden. Neben Urproduktion, Handel und Verkehr war auch schon eine Reihe freier Berufe ausgebildet. War

früher die Landwirtschaft zu einem gewissen Teil durch Export („Versand") am Ausgleich der Existenzbilanz beteiligt, so übernahm später die Industrie allein die Rolle des „Exporteurs". Einzelheiten darüber wird die Untersuchung zu Tage fördern.

IV. Methodologisches zur Erfassung des oberen Wiesentales als Region.

Für die Untersuchung als solche ist die Verfahrensfrage schon abgeklärt worden: Es wird ein von „unten" nach „oben" in die Ganzheit der Volkswirtschaft einmündender Weg sein. Der Wirtschaftsraum des oberen Wiesentales wird als „geschlossenes" [41]) Gebilde, das durch Zollgrenzen (ohne Zölle) abgegrenzt gedacht ist, aus dem deutschen Volkswirtschaftsraum herausgenommen, um an diesem Teilgebilde die vorherrschenden Erscheinungen zu untersuchen. Die Wirtschaft der Region wird also als ein in sich geschlossener und in sich lebender Organismus betrachtet, der zusammen mit vielen andern Regionsorganismen den übergeordneten Wirtschaftskörper bildet. Die Region ist also gewissermaßen die Zusammenfassung noch kleinerer Glieder als Zellen (Familienwirtschaft, Dorfwirtschaft, Stadtverband) zu einem Zellgebilde, das gewissen, seinem Körper adäquaten Lebensgesetzen unterworfen ist. Diese Lebensgesetze, Äußerungen, Funktionalzusammenhänge – gegebenenfalls auch Störungen – gilt es aufzuzeigen, um aus den gewonnenen Ergebnissen Erfahrungssätze abzuleiten. Die Betrachtung fängt an jenem Punkte an, an dem durch die natürliche Gegebenheit der „Nachbarschaftlichkeit" und der Zusammenarbeit der Menschen in einem regionalen Wirtschaftsrahmen der „geschlossene" [41]) Wirtschaftsraum schon fertig dasteht.

Ein dynamischer Querschnitt, der durch die Jahre 1907, 1925 und 1933 gelegt wird, soll die Grundlage zur Beantwortung der Frage nach der Tauglichkeit der „Regionalität" liefern. Einen Widerspruch zur schon entwickelten „Regionalität" (als sinnliche Theorie!) könnte man darin erblicken, daß aus der Sphäre der Mechanik, dem Kräftepaar: Ursache—Wirkung entnommene Argumente herangezogen werden müssen, um dem gesteckten Ziele der Herausstellung regionaler Körperlichkeit näher zu kommen. Der rational-mechanische Anschein dieses Vorgehens sei aber dadurch auf das gesunde Maß zurückgeführt, daß ausdrücklich betont wird, daß es nur heuristisches Prinzip sein soll. Das Entscheidende bleibt auch hier das Wissen um die Ganzheit. Es kann also auch hier „nicht eine Frage des Verfahrens, sondern (nur) eine Frage des menschlichen Wesens und Sehens" [42]) sein, die bestimmend wirkt für den Gehalt einer Erkenntnis. Ein gewisses Maß von Rationalität und Mechanik, das immer in der Wirtschaft, zumindest in der technischen, liegen wird, ist beim Denken und

Untersuchen wirtschaftlicher Tatbestände nicht zu vermeiden. Das Festhalten der zahlenmäßigen Auswirkungen: Produktion, Löhne, Steuern, Zahl der Arbeiter u. a. bleibt ewig ein Verstandesakt [43]).

Hinsichtlich des Zahlenmaterials sind noch einige Bemerkungen anzufügen, wobei vorausgeschickt sei, daß die Untersuchung sich bewußt des Anscheins begibt, als wolle sie bis in Einzelheiten verbindliche Wertgrößen wiedergeben. Infolge der verschiedensten Umstände: Fehlen von Aufzeichnungen, Mißtrauen gegen Befragungen, Steuergeheimnisse, Betriebsgeheimnisse und dergleichen mehr, mußte man sich oft mit dem Mittel der Berechnung aus Typen, Schätzungen, persönlicher Rundgänge u. ä. behelfen. Da die Lücken aber aus weniger wichtigen Gebieten stammen, und sich auf bestimmte Größen (Löhne im Handwerk, im Fremdenverkehrsgewerbe) beschränken, verlieren die Feststellungen keineswegs an Wert. Dort, wo Schätzungen notwendig gewesen sind, wurden sie soweit als möglich in Zusammenarbeit mit Sachkennern der Behörden und der Wirtschaft durchgeführt. Schätzungen sind als solche kenntlich gemacht. Wo die Erreichung des Zieles: möglichst lückenlose Erfassung aller Äußerungen, trotz der Hilfsmittel, nur Ideal bleiben mußte, wird es genügen, Tendenzen aufzuzeigen [44]).

Den Erhebungen liegen die Termine der Volks- bezw. Betriebszählungen der Jahre 1907, bezw. 1910, 1925 und 1933 zugrunde. Um zeitlich und sachlich homogene Massen verwerten zu können, erstrecken sich die Aufnahmen bei der Landwirtschaft, der Industrie, dem Handwerk, dem Handel, den Behörden usw. ebenfalls auf diese Jahre. Soweit bei der amtlichen Statistik in den verschiedenen Jahren verschiedene Erhebungsgrundsätze geltend waren, sind die Ergebnisse für das Untersuchungsgebiet mit einander in Einklang gebracht worden. Ein Teil der Daten, wie sie die vorliegende Arbeit ausweist, wird infolge der Notwendigkeit, sie gruppenmäßig aufeinander abzustimmen, in amtlichen Veröffentlichungen nicht zu finden sein, weil für die amtlichen Zwecke andere Gruppierungen nötig waren.

Die Beschränkung auf die Erhebung und Verarbeitung der Größen wie Produktion, Rohstoffe, Hilfsstoffe, Löhne, Einkommen, Steuern, Sozialleistungen und Verschuldung erfolgte einmal unter Berücksichtigung der Tatsache, daß sie vermögen, die Wirtschaft in ihrer Hauptfunktion zu umreißen, zum andern aber auch aus Gründen der Unmöglichkeit einer restlosen Erfassung der übrigen Werte.

Die Darstellung der Wirtschaft weist ferner insofern eine Lücke auf, als über den Betrieb der Nebenbahn Zell—Todtnau keine Angaben gemacht wurden.

Wenn ferner, um zum Schlusse dieses Abschnittes zu kommen, im Verlaufe der Behandlung der Wirtschaftsäußerungen der Region von „Import“ oder „Export“ die Rede sein wird, so ist mit diesen Begriffen immer erfaßt, was als Waren oder Leistungen mit dem internationalen Markte direkt in Berührung kommt; die Grenze der Region ist in diesem Falle sozusagen politische Landesgrenze. Was vom interregionalen Markte (also irgendwo in Deutschland) kommt oder auf ihn geht, ist bezeichnet mit: „Empfang“ (also = Einfuhr!), bezw. “Versand“ (also = Ausfuhr!) [45]).

Hauptteil.

Die Wirtschaft des oberen Wiesentales als Beispiel eines geschlossenen Wirtschaftskörpers.

I. Die Urproduktion.

1. Die Landwirtschaft.

Obwohl für die Landwirtschaft nur die Erdoberfläche zur Bearbeitung und Nutzung in Frage kommt, so gibt die Kenntnis der geologischen Beschaffenheit des Bodens und der klimatischen Verhältnisse doch reichen Aufschluß über die Grenzen des landwirtschaftlichen Erzeugungserfolges. Der steinige, an natürlichen Nährsalzen arme Boden, die reiche Niederschlagsmenge, die oft 4 bis 5 Monate liegende Schneedecke, dies alles gestaltet die agraren Erzeugungsbedingungen äußerst schwierig.

Von der landwirtschaftlich genutzten Fläche (rd. 10 000 ha) sind etwa zwei Drittel ständige Weide, während von dem restlichen Drittel wiederum rund ein Drittel Ackerland und die restlichen zwei Drittel Wiesenland sind. Die Landwirtschaft des oberen Wiesentals ist somit in überragender Weise auf Viehzucht abgestellt, während der Ackerbau eine nur geringe Rolle spielt. Es ist bereits angedeutet worden, daß in der Vergangenheit die Landwirtschaft nicht in der Lage war, die vegetabilische Nahrung (Brotgetreide) hinreichend zur Verfügung zu stellen. Dies hat sich auch in der Zeit nach 1907 nicht geändert, weil durch die Möglichkeit, die nötigen Mittel zum Leben aus interregionalen oder internationalen Gebieten einzuführen, wenig Anreiz zur Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion gegeben war. Zudem erfolgte durch die Absorption landwirtschaftlicher Bevölkerungsteile durch die Industrie eine auf die Leistungskräfte bezogene Schwächung, die man den größeren Verdienstmöglichkeiten in der gewerblichen Wirtschaft zuliebe in Kauf nahm. Die Ausweitung des industriellen Sektors, die an sich eine strukturelle Umwandlung der Wirtschaft bedeutet, hat somit auch eine völlige Umschichtung der Bevölkerung herbeigeführt.

Es betrug	1907	1925	1933
die Landwirtschaftsbevölkerung	3031	2741	3317
davon waren dem Berufe nach Landwirte	1953	1904	2233

also selbständige Bauern, Knechte und Mägde, während der Rest Angehörige bezw. mithelfende Angehörige sind. Setzt man diese Zahlen mit der Gesamtbevölkerung in Beziehung, so ergibt sich folgendes Bild:

	1907		1925		1933	
		%		%		%
Gesamtbevölkerung	9212	100,0	9327	100,0	8737	100,0
Landwirtschaftsbevölkerung	3031	39,9	2741	29,4	3317	37,9
Gewerbe-, Handels- und Angehörige der freien Berufe	6181	67,1	6586	70,6	5420	62,1

Aus dieser Berechnung geht auch die Umschichtung der Bevölkerung hervor. Berücksichtigt man ferner, daß die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe

1907: 1549,
1925: 1123,
1933: 872

betrug, so wird man auch daraus der strukturellen Wandlung gewahr. Die zum Ausdruck gebrachte Zunahme der Landwirtschaftsbevölkerung darf aber nicht als Reagrarisierungsprozeß schlechthin angesehen, sondern muß weitgehend als Folge der Krisenerscheinungen in der Industrie gewertet werden: die aus dem Gewerbe verdrängten ehemals ländlichen Bevölkerungsteile, in der Hauptsache wird es sich um Söhne und Töchter landwirtschaftlicher Betriebsinhaber handeln, kehrten, um der Not einigermaßen zu entgehen, ins elterliche Haus zurück. Die Abnahme der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen aber in der Zeit von 1907—1925 deutet auf die fortschreitende Industrialisierung hin.

Die inneren Zusammenhänge zwischen Landwirtschaft und Industrie hinsichtlich der Erwerbstätigen geht aus folgendem deutlich hervor: parallel mit dem Abströmen der Bevölkerung aus den ländlichen Orten in die Industrieorte, d. h. parallel mit der fortschreitenden Industrialisierung des Wiesentals läuft eine Abnahme der Bewirtschaftung des Bodens, die in der Regel den kleinbäuerlichen und mittelgroßen Besitz trifft. Von den landwirtschaftlichen Betrieben hatten eine Fläche:

Jahr	Betriebe:				
	0—2 ha	2—10 ha	10—20 ha	20—50 ha	50 und mehr
1907	1100	431	11	7	—
1925	709	397	11	1	4
1933	438	399	30	5	—

Hinsichtlich des Rückganges der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen und der Betriebe ist noch auf einen Umstand hinzuweisen, der sicher an der Gestaltung des entworfenen Bildes nicht unwesentlich beteiligt ist: Die landwirtschaftlichen Betriebszählungen, die auch die Beschäftigten erfaßten, weisen sicherlich Verschiebungen nach unten auf. Indessen bestehen aber noch Differenzen, die auf erhebungstechnische Verschiedenheiten innerhalb der verschiedenen Jahre zurückzuführen sind. Einen Beweis für diese Behauptung möge u. a. auch die hier wiedergegebene Feststellung sein: Bei der Bearbeitung der einzelnen, im Original beim Badischen Statistischen Landesamt aufbewahrten Betriebszählungsbogen aus den amtlichen Zählungen der Jahre 1907, 1925 und 1933, sind einige dem Verfasser persönlich bekannte Landwirtschaftsbetriebe herausgegriffen und ihre Angaben an den jeweiligen Stichtagen verglichen worden. Es ergab sich der folgende Tatbestand: Die beobachteten Personen haben 1907 kleine landwirtschaftliche Betriebe geführt; 1925 haben sowohl die Angehörigen als auch der Betriebsinhaber selbst in der Industrie gearbeitet, den landwirtschaftlichen Betrieb aber noch gemeldet. Eine Meldung erfolgte dagegen 1933 nicht mehr, obwohl der Landwirtschaftsbetrieb neben der zum Hauptberuf gewordenen Fabrikarbeit noch weitergeführt wurde. Dies ist ein Beispiel; solche Fälle werden wohl nicht vereinzelt dastehen [46]).

Im Durchschnitt der Jahre 1907/1933 ergab sich eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von rund 100 qkm, das sind rund drei Viertel des Gesamtareals unseres Untersuchungsgebietes. Die Nutzungsfläche teilt sich auf in:

landwirtschaftlich genutzten Privatbesitz	rund	3750 ha
Privatwald	„	850 ha
Allmenden [47])	„	400 ha
Weideland	„	5000 ha

Es ist ein problematischer Versuch, für die Landwirtschaft unseres Untersuchungsgebietes rein zahlenmäßig die Auswirkungen der wirtschaftlichen Arbeit feststellen zu wollen, weil diese Rechenhaftigkeit in diametralem Gegensatz zu den traditionalen Kräften steht, die gerade in der Landwirtschaft verhältnismäßig stark wirksam sind. Darüber hinaus ergeben sich noch methodische Schwierigkeiten, die darin bestehen, daß gerade in der Landwirtschaft mit Typengrößen gearbeitet werden mußte, weil der Klein- und Mittelbauer nur unzulängliche Aufzeichnungen macht. Aus den typischen Erhebungen und amtlichen Angaben wurden Durchschnittssätze gesucht und in Anwendung gebracht, um ein Bild geben zu können.

Nach den Angaben der Anbau- und Ernteschätzer [48]) betrug die Flächennutzung in Hektar:

für	1925	1933
Getreide	209,5	170,5
Hülsenfrüchte in gartenmäßigem Anbau	0,5	0,5
Kartoffeln	249,5	225,0
Futterpflanzen	—	85,0
Gemüse (gartenmäßig)	—	1,0
Reps und Flachs	0,2	—
Brache	17,0	17,0
Gartenbau	68,0	70,0
Wiesen, bewässert	450,0	410,0
Wiesen, geringe	1 517,5	1 386,0
Weiden, gute	70,0	45,0
Weiden, geringe	5 252,0	5 051,0

Obwohl die in dieser Reihe ausgedrückten Werte den Charakter der Schätzung haben und damit eine gewisse Relativität in unsere Untersuchung hineintragen, geben sie als reine Umrisse die verschiedene Wertigkeit der einzelnen Nutzungsrichtungen wieder: Die große Weidenutzung ist der Ausdruck der großen Bedeutung, die die Viehwirtschaft hat; der Ackerbau ist — ausgenommen das Gebiet der sogen. Fröhnd (fronen!) — auf die Viehwirtschaft abgestellt (Futterpflanzen und Futtergetreide). Mit Ausnahme der Orte Wieden, Todtnauberg und Muggenbrunn spielt der Kartoffelbau eine bedeutende Rolle und liefert durchschnittlich 25 000 Doppelzentner jährlich, die im Eigenverbrauch und in der Schweinezucht aufgehen. Der Anbau der Kartoffel ersetzt heute teilweise die frühere Brache der Dreifelderwirtschaft. Nur um den Boden für den Kartoffelbau ruhen zu lassen, pflanzt man heute im Todtnauer Einzugsgebiet noch Getreide. Die Anbauordnung, die zwar nie restlos planmäßig war, hat somit eine Umkehrung erfahren. Die geringe, für den Getreidebau genutzte Fläche belegt wiederum die Unmöglichkeit der Bereitstellung des Brotgetreides. Um dies noch weiter zu belegen, sei der „Empfang" der Region an Mehl und Futtergetreide wiedergegeben. Die Region empfing vom interregionalen Markt:

1925

15 782 dz Mehl	im Werte von rund	587 000 Mk.
3 657 dz Futtermittel	im Werte von rund	58 000 Mk.
	Zusammen	645 000 Mk.

1933

13 654 dz Mehl	im Werte von rund	375 000 Mk.
3 992 dz Futtermittel	im Werte von rund	38 000 Mk.
	Zusammen	413 000 Mk.

Unter Mehl sind alle Brotmehlsorten zusammengefaßt. Selbstverständlich bezieht sich dieser „Empfang" auf die Gesamtbevölkerung; die Futtermittel dagegen finden in der Hauptsache in der

Landwirtschaft Verwendung. Auf den Kopf der Bevölkerung umgelegt, bedeutet dies einen Mehlverbrauch von

1925: 1,6 dz
1933: 1,5 dz

Für das Jahr 1933 konnte noch festgestellt werden, was die Landwirtschaft über ihre Ein- und Verkaufsgenossenschaften an Gütern bezogen hat, die sie selbst in hinreichendem Maße nicht pflanzen kann und zwar:

Mehl	600 dz im Werte v. 19 000 Mk.
Saatgetreide	96 dz im Werte v. 1 700 Mk.
Futtermittel (Getreide)	1000 dz im Werte v. 15 000 Mk.
andere Futtermittel (Melasse usw.)	1750 dz im Werte v. 40 000 Mk.
Landesprodukte (Filderkraut)	2500 dz im Werte v. 15 000 Mk.
Düngemittel	1600 dz im Werte v. 9 300 Mk.
	100 000 Mk.

Das in der Region erzeugte Getreide (es handelt sich um Roggen, Gerste, Hafer und Mengengetreide) wird neben dem eingeführten als Futtermittel zur Rinder- und Schweinezucht verwendet. Im Kriege 1914/18 wurden Versuche gemacht, Weizen als Brotgetreide anzubauen; die Erfolge blieben jedoch aus, denn der Getreidebau findet an den geschilderten geologischen und klimatischen Verhältnissen die größten Hindernisse. Nur solche Getreidearten, die weniger Ansprüche an die dünnschürfige, nährsalzarme Ackerkrume stellen, kommen deshalb in Anbau. Die Getreideanbaufläche verteilt sich auf die Getreidearten:

	1925	1933
	ha	ha
Roggen	141,0	109,5
Gerste	30,5	22,0
Hafer	20,5	39,0
Mengengetreide	17,5	—

Anhand dieser Anbauflächen läßt sich mit Hilfe von Mittelwerten eine relativ gültige Ertragsreihe aufstellen, die allerdings weit hinter den Erträgnissen Badens oder des Deutschen Reiches zurückbleibt. Z. B. betrugen die durchschnittlichen Ernteerträge pro Hektar in dz:

	In der Region	In Baden	Reichsdurchschnitt
Roggen	25,0	33,2	34,0
Gerste	18,0	31,8	37,2
Hafer	25,0	34,0	34,8

Wegen des niedrigen natürlichen Ertragsgewichtes auf der Flächeneinheit ist auch Getreide in unserer Region nur „Lückenbüßer". — Die durch den Ackerbau erzielte Produktion, die aus der Anbaufläche und den durchschnittlichen Ertragssätzen pro Hektar errechnet worden ist, ergibt folgende absolute Erträgnisse:

	1925	1933
	dz	dz
Roggen	1762,5	1375,0
Gerste	275,0	198,0
Hafer	206,0	438,0
Mengengetreide	157,0	—
Stroh	3955,0	3585,0
Heu	26823,0	34025,0
Öhmd	17690,0	16155,0
Kartoffeln	26290,0	24750,0

Diese Gewichtsmengen, auf der Grundlage der Landesdurchschnittspreise der amtlichen Notierungen der Mannheimer Produktenbörse, in Geldeswert übersetzt [49]), ergeben einen Ernteertrag im Werte von

1925: rund 896 000 Mk.
1933: rund 780 000 Mk.

In der Zeit schärfster Krisenwirkung sind oft Stimmen laut geworden, die im oberen Wiesental eine Reagrarisierung und die Intensivierung des Landbaues forderten [50]). Um auf diese Forderung kurz zurückgreifen und zu ihr Stellung zu nehmen, sei hier gesagt, daß eine Reagrarisierung und Intensivierung sich naturgemäß nur in sehr engen Grenzen halten könnte. Denkbar wäre vor allem eine Kultivierung der völlig verwahrlosten Weiden durch Be- und Entwässerung, Düngung und Entsäuerung u. a. m. Um dies durchzuführen, bedürfte es aber einer bewußten Wiederbelebung des Gedankens der Markgenossenschaft. Von ihrer Existenz zeugt heute lediglich noch die markgenossenschaftliche Weidenutzung; der ihr Wesen ausmachende Leistungswille für das Ganze ist durch moderne Gedankengänge und Formen (Lohnarbeit, Beschäftigung Erwerbsloser durch die Gemeinden) überlagert und teilweise ganz aufgehoben worden. Ein geeignetes Mittel zur Erweckung gemeinschaftsverantwortlicher Leistung bietet der Arbeitsdienst: eine Art örtlicher Arbeitsdienst, wie ihn das sog. „Gemeine Werk“ (von allgemeinem Werk!) einst darstellte, wäre u. E. einem aus fremden Arbeitskräften zusammengestellten Arbeitsdienst aus folgenden Gründen vorzuziehen: die aus heimischen, jungen Kräften zusammengestellte Arbeitstruppe empfindet lebendig die Pflicht gegenseitiger Hilfe, weil ihre Leistung einem Kreise nützt, den sie selbst bildet und in dem sie verwurzelt ist. Diese Art der Organisation aber würde die wünschenswerte Verwurzelung mit „Blut und Boden“ bringen. Diese Abschweifung sollte zugleich die Notwendigkeit, aber auch die Grenzen der Möglichkeit landwirtschaftlicher Produktionssteigerung betonen. Im übrigen wären noch andere einfache Mittel anwendbar: Eine Neueinteilung der Allmendfelder [51]), Flurbereinigungen u. ä. könnten ebenfalls zur Intensivierung beitragen. Dies sind nur einige Möglichkeiten von vielen.

Mit dem Rückgang der Industrie in der Krise ist auch die Möglichkeit der Einfuhr von Lebensmitteln zurückgegangen. Denn der Sinn der Ausfuhr kann ja nur die Einfuhr sein, d. h. um Lebensmittel kaufen zu können, bedarf es einer Gegenleistung. Diese kann — auf die ganze Region bezogen — nur in Erzeugnissen bestehen, die die Region in irgend einem ihrer Wirtschaftssektoren herzustellen in der Lage ist. *Ware* wird nur gegen *Ware* bezahlt! Frägt man sich nun, ob bei einem weiteren Rückgang der Export- bezw. „Versand"-Möglichkeiten die Import- bezw. „Empfangs"-Unfähigkeit, die eine Herabsetzung der Lebenshaltungskosten im Gefolge hat, eine entsprechende Steigerung der regionalen Agrarproduktion Platz greifen könnte, so treten viele Schwierigkeiten in Erscheinung, die die bereits erwähnten Steigerungsmöglichkeiten in Frage stellen: der verhältnismäßig hohe Zinssatz für Investitionskapital (Maschinen, Düngemittel usw.) wirkt hemmend. Ferner bedeutet die natürliche Beschaffenheit der Erdoberfläche ein Hindernis, das eine maschinelle Produktionsmöglichkeit entscheidend beeinflußt. Die Art der Bodenbewirtschaftung vollzog und vollzieht sich fast ausnahmslos in traditionalen Bahnen. Das zähe Anklammern an die altüberkommene Wirtschaftsweise der Vorfahren, das sich in einer dem Bauernstande eigentümlichen Abneigung gegen alles Maschinelle äußert, ist durch die Moderne nur wenig zurückgedrängt worden. Wenn trotzdem einige Maschinen Einlaß fanden, so sind dies, wie die nachfolgende Zusammenstellung zeigt, nur solche, die eine Wirtschaftsweise nicht umgestaltend beeinflussen können. Im Jahre 1932 waren in der Landwirtschaft in Gebrauch:

Elektromotoren mit 6 PS und mehr	91
Bodenfräsen	1
Mähmaschinen	12
Heuwender	17
Samenreinigungsmaschinen	33
Dreschmaschinen	2
Schrotmühlen	35
Milchzentrifugen	306
Melkmaschinen	1
Obstpressen	8
Höhenförderer	7
Obstspritzen	4
Lastkraftwagen	1

Diese Tabelle hebt deutlich hervor, wie wenig Anteil maschinelle Technik an der Erzeugung der regionalen Landwirtschaft hat. Die Hilfsmittel für unmittelbare Bodenbearbeitung sind ganz unbedeutend.

Die weitaus wichtigste Rolle spielt die Tierhaltung. Die Zahl der Milchzentrifugen könnte zum Teil Beweis dafür sein. Eine nähere Betrachtung dieses Zweiges aber liefert entscheidendere Blickpunkte. Die Landwirtschaft vermag durch die Tier-

zucht soviel an animalischer Nahrung (Milch, Fette, Fleisch, Eier) hervorzubringen, daß damit nicht nur der regionale Bedarf gedeckt, sondern daß auch noch verschiedene Erzeugnisse in das vordere Wiesental „versandt" werden können. Es waren vorhanden:

Jahr	Rindvieh		Schweine		Ziegen		Federvieh		Schafe	Pferde	Bienenstöcke
	a	b	a	b	a	b	a	b			
1907	5575	1,8	1665	0,5	882	0,2	6582	2,1	13	170	762
1925	5396	1,9	1349	0,4	1033	0,3	7583	2,7	131	161	455
1933	5319	1,6	1409	0,4	552	0,1	7270	2,1	15	115	582

a = die absolute Zahl;
b = auf den Kopf der Landwirtschaftsbevölkerung bezogen.

Stichtag für die Feststellungen der Tierbestände war jeweils der 1. Dezember des jeweiligen Erhebungsjahres[52]). Bei oberflächlicher Betrachtung der Bestände könnte man finden, daß eigentlich nur geringe Verschiebungen stattgefunden haben. Wer sich aber einigermaßen auskennt, weiß, daß beispielsweise die Bestände an Rindvieh und Schweinen am Ende der durch den Krieg verursachten Zwangsbewirtschaftung nicht einmal mehr halb so groß waren, wie vor dem Kriege. Nicht nur die anfallenden Geburten des Rindviehs mußten an den Kommunalverband abgeliefert, sondern auch ältere Tiere mußten zur Schlachtung abgeführt werden. Die annähernde Auffüllung hat allerdings in verhältnismäßig kurzer Zeit erfolgen können; sie ist mit ein Zeichen für die Intensität der Viehzucht. Die Schafbestände, die im Kriege höher waren als vor und nach ihm, spiegeln getreulich die damalige Lage wieder, und zwar insofern, als damals der Bauer sich wieder selbst mit Wolle zu versorgen begann. In der Vorkriegszeit war die Wollerzeugung in Deutschland allgemein unwirtschaftlich, weil der Import englischer Wolle nicht gestört und diese viel billiger als deutsche war. Die Abschnürung des deutschen Wirtschaftskörpers in der Zeit des Weltkrieges und die Unzufriedenheit mit den „papierenen" Ersatzstoffen der Textilindustrie führten dazu, daß man der Schafzucht auch in unserer Region erhöhte Bedeutung beimaß. Dies findet seinen Ausdruck in einem verzehnfachten Schafbestand noch im Jahre 1925. Nachdem ungehinderter, internationaler Wirtschaftsverkehr wieder eintrat, die englische Wolle also wieder den deutschen Markt aufsuchen konnte, schrumpfte die Schafzucht wieder ein. Bemerkenswert ist, daß man heute wieder mit Reichsmitteln der Schafzucht aufhilft, um die Einfuhr fremder Wolle tunlichst zu umgehen. Das Weidegelände unserer Region wäre an sich für eine ausgedehnte Schafzucht sehr geeignet, die Zucht wäre jedoch davon abhängig, daß die Tiere zur Überwinterung ins Rheintal verbracht

werden könnten, da freie Weide, der hohen Schneedecke wegen, nicht in Frage kommt, Stallfütterung aber schon des Futtermangels wegen ausscheiden muß. Die übrige Tierzucht tendiert heute nach stetiger Intensivierung, indem sie die natürlichen Gegebenheiten nützt und mit den verfügbaren Mitteln verbindet. Insbesondere findet die Viehzucht in den ausgedehnten Hochweiden, die mit der Hinterwälder Viehrasse gut zu befahren sind, reiche Begünstigung. Die Auffüllung und Ausdehnung der Viehbestände ist im übrigen lange nicht so mit Kapitalaufwendungen verbunden, wie beispielsweise die Intensivierung des Ackerbaus. Heute ist die Region bezüglich der Milchwirtschaft völlig selbstversorgt; von 1919 bis 1926 mußten jedoch jährlich einige Tausend Kilogramm Milch und Butter aus der Schweiz importiert werden. Im Jahre 1933 sind erstmals 140 000 kg Milch im Werte von rund 30 000 Mk. nach dem Industrieort Zell (Wiesental) „versandt" worden. Aus den Ergebnissen der Milchkontrolle [53]), die die Leistungsmenge der Rinder und die Beschaffenheit der Erzeugnisse zum Gegenstand ihrer Prüfungen hat, stammen die nachfolgenden Daten über die Milcherzeugung [54]).

An Milch wurde erzeugt:

Jahr	Kühe	davon		Erzeugung in Kilogramm	Wert	
		Arbeitskühe	Nurmilchkühe		pro kg Pfg.	Mark
1907	3096 *)	nicht getrennt		3 550 175	18	693 000
1925	3031	1424	1607	3 793 250	30	1 137 900
1933	3085	1465	1620	3 862 350	21	811 100

***) Für 1907 konnte die Zahl der Arbeits- und Nurmilchkühe nicht mehr festgestellt werden. Als Leistungsgrundlage wurde der Durchschnitt aus den Leistungen 1925 und 1933 benützt, obwohl 1907 der Fortschritt in der Viehzucht noch nicht so weit war, wie in den beiden anderen Jahren.**

Diese Ziffern bedeuten eine jährliche Milcherzeugung von:

	1907	1925	1933
pro Kuh	1146 kg	1251 kg	1251 kg
pro Kopf der Gesamtbevölkerung	385 kg	405 kg	442 kg

Mit Ausnahme der oben erwähnten Menge von 140 000 kg ist die ganze Erzeugung an Milch im Wirtschaftsgebiet unserer Region verbraucht worden.

Faßt man die Ergebnisse des Ackerbaus und der Viehwirtschaft mit den übrigen noch feststellbaren Werten der Nutzung des Federviehs und des Vieh- und Schweineverkaufs zusammen, so kommt man zu einem Rohertrag, der sich zusammensetzt aus:

	1925	1933
	Mk.	Mk.
Ertrag des Ackerbaus	896 200	780 400
Ertrag der Milchwirtschaft	1 137 000	811 100
Ertrag aus Nutzung des Federviehs	84 000*	70 000*
Ertrag aus Vieh- und Schweineverkauf	210 000*	160 000*
	2 327 200	1 821 500

*) Schätzungen aufgrund amtlicher Unterlagen: für die Federviehnutzung wurde die durchschnittliche Legemenge pro Huhn eingesetzt; für den Vieh- und Schweineverkauf dienten die Melderegister zur Schlachtsteuer als Schätzungsgrundlage.

Man darf jedoch nicht außer Acht lassen, daß die Landwirtschaft des oberen Wiesentals stark selbstversorgerisch orientiert ist. Dies gilt im besonderen Maße für die kleinen Betriebe. Die Lebenshaltung gerade der kleinbäuerlichen Betriebsinhaber und deren Familien — ihr Anteil an der Betriebszahl beträgt im Durchschnitt der Jahre 1907/25 64 % — ist bekanntermaßen sehr dürftig. Dürftig zumindest hinsichtlich der Verschiedenartigkeit der Verbrauchsgüter; in den ärmeren bäuerlichen Familien ist der Fleischgenuß (schwerarbeitende Waldarbeiter ausgenommen) eine Seltenheit. Die Hauptnahrungsmittel bilden neben Brot und Mehlspeisen Milcherzeugnisse und Kartoffeln, Gemüse und das aus Hausschlachtungen stammende, geräucherte Schweinefleisch. (Der mittlere Schweinebestand pro Wirtschaft beträgt 1,07 bezw. 1,1 bezw. 1.8 in den verschiedenen Erhebungsjahren). In den Betriebsgrößenklassen über 2 Hektar Kulturfläche ist das Verhältnis zwischen Selbstversorgung und Marktproduktion ein anderes. Von 2 Betrieben stehen aus einer unmittelbaren Erhebung[55]) folgende Daten zur Verfügung:

	Betrieb I Größe: 3,4 ha		Betrieb II Größe: 5,8 ha	
	Selbstversorgung	Marktproduktion	Selbstversorgung	Marktproduktion
	%	%	%	%
Kartoffeln	90	10	45	55
Getreide	100	—	100	—
Gemüse	100	—	100	—
Obstbau	100	—	85	15
Rindviehzuwachs	—	100	—	100
Milch	30	70	15	85
Schweine	50	50	33⅓	66⅔
Bienen	—	—	100	—
Geflügel	100	—	100	—

Diese Hundertsätze beziehen sich auf das Jahr 1933. Sieht man davon ab, daß der eine der Betriebe zufälligerweise über große Obstbaumbestände verfügt und eine Bienenzucht hat, so kann man diese Betriebe als Typen der fraglichen Betriebsgrößenklassen ansehen. Erwähnenswert erscheint noch die Tatsache, daß beide Betriebsinhaber sich dahingehend aussprachen, daß die gegenwärtige Notzeit sie zur äußersten Sparsamkeit im eigenen Haushalt zwingt und sie Produkte auf den Markt bringen läßt, die sie selbst brauchen würden. Die Ableistung der Steuerverpflichtungen, der Sozialabgaben und Zinsenlasten erheischt selbst von jenen Betrieben „Marktproduktion", deren Umfang nicht als Selbstversorgungsgröße angenommen werden kann.

Das Betriebseinkommen der Landwirtschaft ist gerade in den unteren Betriebsklassen sehr gering. Diese Haushaltungen, die aber infolge der Begrenzung der Umtriebsfläche nur das Notwendigste für die Selbstversorgung erzeugen können, sind daher gezwungen, sich Bareinkünfte zu verschaffen, damit sie die nötigen Lebensmittel zukaufen können. Das landwirtschaftliche Betriebseinkommen, „als Überschuß an Geld und Geldeswert, den ein Landwirt mit seiner Familie nach Zahlung der Einkommens- und Vermögenssteuer innerhalb eines Jahres verbrauchen kann . ." [56]), wurde für die Region typenmäßig festgestellt und auf die verschiedenen Größenklassen übertragen [57]). Es liegen folgende Beträge zu Grunde:

Betriebsgröße:	1907	1925	1933
ha		in Mark	
0—2	290	613	323
2—10	971	1361	1030
10—20	2060	2228	2036
20—50	1461	2708	1445
50 und mehr	—	2103	—

Verrechnet man diese Durchschnittssätze auf die Zahl der festgestellten Betriebe, so erhält man ein landwirtschaftliches Betriebseinkommen von:

1907	1925	1933
Mk.	Mk.	Mk.
770 000	1 012 000	612 000

Um diesen Beträgen den zeitbedingten Ausdruck ihrer Kaufkraft zu geben, werden sie auf den Realwert von 1907 gebracht [38]). Es ergibt sich dann ein anderes Bild:

1907	1925	1933
Mk.	Mk.	Mk.
770 300	609 160	502 450

Die Warenbezüge über die Ein- und Verkaufsgenossenschaften, die aus dem Einkommen zu bestreiten sind, wurden bereits erörtert. Dazu tritt aber noch eine Reihe anderer Barausgaben:

1. Die steuerlichen Abgaben, die im Mittel aller Betriebsgrößen

1907 = Mk. 50.— je Betrieb,
1925 = Mk. 28.— je ha der Kulturfläche und
1933 = Mk. 12,50 je ha der Kulturfläche [52])

betragen. In den drei Erhebungsjahren mußten demnach

1907: rund 82 000 Mk.,
1925: rund 280 000 Mk. und
1933: rund 123 000 Mk.

von der Landwirtschaft an Steuern abgeführt werden. In diesen Beträgen sind die Gemeindesteuern (Umlage, Gebäudesondersteuer, Viehseuchen-Entschädigung, Viehversicherungs-Umlage, Hundesteuer und für 1933 Bürgersteuer) enthalten; ferner stecken in diesen Beträgen die Kreis-, Land- und Reichssteuern. Nicht enthalten sind die persönlichen Steuern der Betriebsinhaber.

2. Auch die Sozialleistungen, d. s. die Beiträge zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung, die Beiträge für Kranken- und Invalidenversicherung, gehören zu dieser Art von Barausgaben. Für das Jahr 1907 sind Angaben nicht erhältlich gewesen. Die Sozialleistungen haben aber, abgesehen von den Unfall- und Krankenkassenbeiträgen, vor dem Kriege keine große Rolle gespielt. Die Sätze lauten für das Untersuchungsgebiet:

Jahr	bebaute Kulturfläche	Sozialleistungen je ha	Summe der Leistungen in Mark
1925	2450	4,30	11530
1933	2340	17,30	40480

3. Als weitere, wesentliche Ausgabeposten erscheinen die Amortisationssummen eingegangener Schuldverpflichtungen, sowie die Ableistung daraus entstandener Zinsen. Wie groß die bäuerliche Verschuldung ist, zeigt die nachstehende Tabelle [60]):

Jahr	Verschuldung (Hypotheken) in Mk.	Belastung pro Hektar Kulturland in Mk.
1907	2 478 520	546,90
1925	1 020 797	225,10
1933	1 257 955	277,40

Bei diesen Summen handelt es sich vorwiegend um pfandrechtliche Sicherungen für Kredite, die zur Auszahlung der Gleichstellungsgelder [61]) und Kaufschillinge aufgenommen werden mußten. Neben diesen Besitzkrediten spielen die Investionskredite noch eine wichtige Rolle. Ihre Bedeutung war in der Vorkriegszeit erheblich größer [62]). Mannigfache Gründe waren für den Rückgang der Personalkreditgewährung — als solche sind die Investitionskredite in der Regel aufzufassen — maßgebend: das stetige Vordringen der kapitalistischen Denkweise bezw. ihre Formäußerungen bogen teilweise das persönliche Verhältnis zwischen Kreditgeber und -nehmer zu überpersönlichen Beziehungen um, die fürderhin an starren Normen der Geschäftsordnungen ausgerichtet wurden. Nicht übersehen darf man ferner die Wirkungen der Inflation, die die Entwertung der Darlehen brachte. Nur in ganz seltenen Fällen, erstmals in der Belastungssumme für 1933, stecken in diesen Beträgen auch Sicherungen für Maschinen- und Saatgutkäufe durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Zu erwähnen sind noch einige Großbrände (Schönau, Utzenfeld und Wieden), denen verschiedene landwirtschaftliche Anwesen zum Opfer fielen, und die durch den Neuaufbau weitere Verschuldung brachten. Die Belastung, die auf den Hektar Kulturfläche bezogen wurde, ist im Jahre 1907 ungleich höher als 1925 und 1933. Die Verschuldung von 1907 darf aber wohl kaum als besonders hohe Verschuldung bezeichnet werden. Für 1925 muß man berücksichtigen, daß durch die Geldentwertung viele Hypotheken zurückbezahlt oder nichtig wurden. Die Nachkriegsverschuldung ist also im wesentlichen Neuverschuldung. Die Belastung von 1907 kann aus folgendem einigermaßen erklärt werden: daraus, daß es sich bei der Belastung zu einem großen Teil um hypothekarische Sicherung von Gleichstellungsgeldern und Kaufschillingen handelt, kann geschlossen werden, daß der landwirtschaftliche Besitz unserer Region einem häufigen Besitzwechsel unterliegt. Das Anerbenrecht ist zwar schon frühzeitig durch die Garantie der freien Teilbarkeit der Güter unter die Erben (am 5. 10. 1740) als rechtliches Verfahren außer Kraft gesetzt worden. Wenn aber im Erbfalle der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Geschwister angewendet wird, so muß dieser bei der geringen Ertragsfähigkeit der Güter und bei dem relativ großen Kinderreichtum unweigerlich zu großer Verschuldung führen. Dort, wo das sogen. Anerbenrecht aus familiärer Gebundenheit und Tradition noch gang und gäbe ist, kommt der landwirtschaftliche Betrieb an tiefer Verschuldung nur dann vorbei, wenn der Anerbe die Auszahlung seiner Miterben aus dem Umtrieb seines Gutes bestreiten kann [63]). Voraussetzung dafür ist allerdings eine bestimmte Betriebsgröße, die verfügbaren Ertrag zuläßt. Im Durchschnitt der Betriebsgrößen sind diese Voraussetzungen nur beschränkt gegeben. Zwar wird in der Regel der Preis für den Übernehmenden so niedrig angesetzt, daß die Möglichkeit besteht,

den Kaufpreis im Laufe der Jahre abzutragen. So in „normaler“ Zeitlage! Aus der Begründung der Belastung für 1907 ergibt sich aber eine Entwicklungsrichtung, die für die Gegenwart und Zukunft eine Deutung erheischt: Der „Überschuß“ an ländlicher Bevölkerung schafft große Stauungsmassen auf der agraren Basis. Eine Abwanderung in die Industrie ist für lange Zeit, vielleicht auch für immer, unmöglich [64]). Die Verdichtung der ländlichen Bevölkerung bewirkt, daß dem Übernehmenden — wenn nicht das Erbhofgesetz Anwendung findet — vielfach noch seine Geschwister bezw. Miterben als Wohnungs- und Unterhaltungsberechtigte gegenüberstehen. Wie lange aber dieser soziale Druck ausgehalten werden kann, ist zwar in seinem Ende nicht abzusehen, aber man kann sich wohl vorstellen, daß jene Menschen mehr vom Leben erwarten und erwarten dürfen, als nur Unterhalt und Wohnung. Dadurch ist die eigene Initiative lahmgelegt, das Zukunftshoffen deprimierend begrenzt — und dies muß sich zwangsläufig auch auf die Fortpflanzung des Geschlechts auswirken. Hierin ist zweifelsohne ein Grund für die psychologische und biologische Verneinung des neuen Lebens zu suchen.

Diese Umstände sind es, die es hinsichtlich der Verschuldung der Landwirtschaft zu beachten gilt. Nimmt man für den Gesamtbetrag der oben ausgewiesenen Verschuldung einen durchschnittlichen Zinsfuß von 1907: 4 ½ %, 1925: 10 % und 1933: 6 ½ % an, so ergibt sich eine jährliche Zinsleistungspflicht von:

1907	1925	1933
Mk.	Mk.	Mk.
111 500	102 700	81 700

Von der Hypothekenbelastung der Landwirtschaft in Höhe von:

	1907	1925	1933
	Mk.	Mk.	Mk.
	2 287 420	979 927	1 128 955
sind	11 200	17 700	58 990
das sind	0,4%	1,7 %	5,2 %

interregional gebunden, d. h. die Gläubiger sind außerhalb der Region wohnhaft. Entweder bedeutet die Steigerung des Anteils der interregionalen Kreditgabe nur eine bloße Steigerung der Verkehrsverflechtung bezw. Auflockerung der regionalen Abgeschlossenheit, oder aber einen Mangel an Kreditkapital bei den regionalen Kreditinstituten. Jedenfalls aber zeigt die Aufteilung, daß der Austauch in geld- und kapitalwirtschaftlichen Dingen ebenso stark regional orientiert ist, wie der Austausch der Ideen allgemein.

In diesem Zusammenhang ist noch zu erwähnen, daß das Reichserbhofgesetz und das Gesetz über die landwirtschaftliche

Entschuldung einer weitergreifenden, untragbaren Belastung steuern soll. Das erstere kommt wegen der kleinen Besitzgrößen nur wenig in Frage, während Entschuldungen da und dort helfen werden. Bei Abschluß dieser Untersuchung waren in der Region — und zwar im südlichen Teil — 13 Erbhöfe vorgeschlagen und 54 Entschuldungsanträge gestellt. Eine endgültige Erledigung dieser Fragen hatte aber noch nicht stattgefunden; es kann also auch nicht näher darauf eingegangen werden.

2. *Die Forstwirtschaft.*

Die Darstellung der wirtschaftlichen Lage des landwirtschaftlichen Bevölkerungssektors vermochte einigermaßen zu zeigen, daß die Betriebe der kleineren Größenklassen nicht die zur Lebenshaltung notwendigen Mittel abwerfen. Sie reichen oft kaum zur Fristung des nackten Lebens aus. Die Landwirtschaft ist daher auf Nebenerwerb angewiesen.

Die Forstwirtschaft als Zweig der Urproduktion ist — mit Ausnahme von rund 800 ha Wald, von insgesamt 7000 ha, der in Privatbesitz ist — eine Angelegenheit der öffentlichen Wirtschaft und zwar der Gemeinden und Domänenverwaltung. Die vielseitigen Verdienstmöglichkeiten, die sich durch die Forstwirtschaft ergeben, werden zum größten Teil von den männlichen Angehörigen der ländlichen Bevölkerung wahrgenommen. Hierbei handelt es sich um die Übernahme von Schlagraum im Akkord zur Aufbereitung der Hölzer, wobei sich jeweils eine bestimmte Anzahl von Personen zu einer „Kompagnie“ zusammentut, ferner um Taglöhnerarbeiten an den Holzabfuhrwegen, um ihre Instandhaltung und um Kulturbereinigungsarbeiten, die oft auch von Frauen ausgeführt werden können. Bis hin zur Wirtschaftskrise blieben diese Arbeiten restlos der bäuerlichen Bevölkerung vorbehalten. Erst im Verlaufe der Depressionsjahre sind diese Arbeiten für die Beschäftigung bislang in der Industrie tätiger Arbeitsloser verwendet worden.

Nach der amtlichen Bodenstatistik betrug das gesamte Waldareal unseres Untersuchungsgebietes:

Jahr	ha	%
1907	6786	100
1925	6898	101,6
1933	7045	103,8

Die in diesen Waldungen stehenden Holzarten eröffnen der Forstwirtschaft vielseitige Marktmöglichkeiten. Die Bestockung beläuft sich auf 51,3 % Nadelholz und 48,7 % Laubholz. An Nadelholz sind vertreten: Fichten, Tannen, Forlen, Lärchen; an Laubholz: Buchen, Eichen, Ahorn und Eschen. Aus der Art der Bestockung ergibt sich von vornherein die Art der Nutzung: Brenn-

und Papierhölzer und die in den Sägewerken bearbeiteten Nutzhölzer spielen die größte Rolle. In den drei Untersuchungsjahren betrug die jährliche Nutzung:

Jahr	Brenn- und Papierholz in fm	Nutzhölzer aller Art in fm	Bruttoerlös in Mk.
1907	21 403	11 555	245 150
1925	36 883	13 587	464 930
1933	24 588	9 405	211 167

Setzt man aber die Nutzung in Beziehung zur Waldfläche, so ergibt sich folgendes Bild:

Jahre	Waldareal		Nutzung		Nutzung fm/ha
	ha	%	fm	%	
1907	6 786	100,0	32 958	100	4,8
1925	6 898	101,6	50 470	153	7,3
1933	7 045	103,7	33 993	103	4,8

Auffallend wirkt auf den ersten Blick die stärkere Nutzung in der Nachkriegszeit. Wertmäßig stellt sich die Steigerung von 1907/25 für beide Holzarten auf 89 %. Die allgemeine „Höhenlage" der Preise in der Zeit bis 1929 hat demnach nur bis zu einem gewissen Grade an der Nutzungssteigerung teil. Die Gründe sind noch anderswo zu suchen: Der größte Teil des Waldbestandes befindet sich im Besitze der Gemeinden, die in normalen Wirtschaftszeiten einen bedeutenden Hundertsatz ihrer laufenden Ausgaben aus dem Reinerlös ihrer Waldungen (oft bis zu 80 %) bestritten haben. Die von verwaltungstechnischer Seite an die Gemeinden herangetragene Steigerung der Ausgaben steht heute in keinem Verhältnis mehr zu den Verhältnissen der Vorkriegszeit. Zieht man zum Vergleich die Ausgaben sozialpolitischer Art heran, wie sie die Gemeinden hatten, so wird diese Behauptung eindeutig bewiesen. Im Jahre 1907 entfielen z. B. auf regionale Sozialleistungen durch die Gemeinden (Armenunterstützung, Beitragsanteile für Versicherungen der Gemeindebediensteten) 9 511.— Mk. 1925 mußten im Rahmen der Sozialpolitik der Gemeinden 88 807.— Mk. ausgegeben werden . . . Die ungleich höhere Nutzungsziffer des Jahres 1925 hat ihre Ursache neben dem Zwang zur stärkeren Beanspruchung der verfügbaren Waldbestände aber auch in deren gutem Zustand. Nach dem Kriege konnte man die Früchte einer pfleglichen Behandlung der Wälder ernten.

Trotz der allgemeinen Preissteigerung und trotz eines gesteigerten Nutzungsumtriebes konnte nicht mehr der Satz an Reinertrag wie vor dem Kriege, erzielt werden; denn die Steigerung

hat sich auf allen Gebieten bemerkbar gemacht; bezüglich der Nominallöhne im besonderen, hinsichtlich der Produktionskosten im allgemeinen. Diese Wandlung läßt sich anhand einer Gegenüberstellung verdeutlichen:

Jahre	Roherlös Mk.	pro ha Mk.	Reinerlös Mk.	pro ha Mk.	Produktionskosten pro ha Mk.
1907	245 151	36,10	138 990	20,40	15,70
1925	464 934	67,27	132 902	19,26	48,01
1933	211 167	29,97	40 327	5,72	24,25

Bringt man diese Ergebnisse mit der Maßeinheit in Beziehung, so ergibt sich, daß einem Roherlös pro fm von 7,43 Mk. und einem Reinerlös von 4,21 Mk. in der Vorkriegszeit, im Jahre 1925 ein Bruttoerlös von 9,21 Mk. und ein Reinertrag von 2,63 Mk. entsprach. (Für 1933 sind die entsprechenden Zahlen 6,21 bezw. 1,19 Mk.) Der Nutzungskoeffizient beträgt 1907 noch 55,6 %, 1925 nur noch 28,5 % und ist 1933 sogar auf 19,1 % gesunken.

Die Gründe für die Krisenlage in der Forstwirtschaft sind eigentlich nicht in der Forstwirtschaft selbst zu suchen, sie liegen vielmehr einzig in einer interregionalen und internationalen Marktverschiebung. Die Fortschritte der Wärmewirtschaft (Heizung mit Gas und Elektrizität) müssen sich denknotwendig auf den Verbrauch an Brennholz auswirken. Die Stillegung einer Zellstoffabrik im vorderen Wiesental, die 1925 noch einen Papierholzverbrauch von rund 36 000 Ster hatte, sowie die teilweise Einschränkung einer Holzschleiferei und einer Papierfabrik, haben das Papierholzangebot in entferntere Markträume abgedrängt.

Die Loslösung von Elsaß-Lothringen vom deutschen Wirtschaftsgebiet durch das Friedensdiktat von Versailles und die Errichtung hoher Zollmauern um die Schweiz, haben empfindliche Rückwirkungen auf die Forstwirtschaft unserer Region heraufgeführt. Diese Umstände haben alle forstwirtschaftlichen Produktionskategorien stark beschnitten: Brenn- und Papierhölzer, Rundhölzer und die bearbeiteten Nutzhölzer. Die Forstwirtschaft war durch Jahrhunderte hindurch auf den Markt in Basel und im Elsaß eingespielt [65]). Deshalb sind die Rückwirkungen der Zerrüttung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen so deutlich hervorgetreten. Die Zoll- und spätere Kontingentierungspolitik der Schweiz und Frankreichs haben die Marktverflechtung nahezu aufgehoben. Vor dem Kriege hat Deutschland noch rund 70 % des schweizerischen Brennholzbedarfs und rund 74 % des Papierholzbedarfs gedeckt; 1933 nur noch 37 bezw. 38 %. Die Zahlen für die deutschen Schnittwarenlieferungen sind 12,5 % in der Vorkriegszeit und 6,8 % im Jahre 1933 [66]).

Genaue Aufzeichnungen über die Verteilung der forstwirtschaftlichen Produktion waren nicht aufzufinden, besonders nicht

für die früheren Jahre. Eine von der Industrie- und Handelskammer zu Schopfheim veranstaltete Rundfrage bei den Gemeinden ergab für unsere Region, daß

im Rechnungsjahr	Brenn- u. Papierholz fm	Nutzholz fm
1928/29	3046	3401
1931/32	2582	1482
1932/33	2961	396

unmittelbar, also ohne regionalen Zwischenhandel, an ausländische Käufer in die Schweiz und nach Frankreich verkauft wurden. Aus dieser Reihe spricht eine stark rückläufige Absatzentwicklung, die sich durch das Beispiel eines der bedeutendsten Sägewerke des Untersuchungsgebietes noch verdeutlichen läßt.

Die Gesamtproduktion dieses Unternehmens betrug:

1929	1930	1933	
6 000	6 000	600	cbm,

davon sind exportiert worden:

	1929	1930	1933	
In die Schweiz	400	450	—	cbm
mit einem Roherlös von	17 000	17 000	—	Mk.
Nach Frankreich	1 000	1 500	—	cbm
mit einem Roherlös von	40 000	60 000	—	Mk.
Von der restlichen Produktion wurden innerhalb der Region abgesetzt	690	420	460	cbm
d. i. ein Roherlös von	28 000	16 000	16 100	Mk.

Der noch verbleibende Rest suchte den interregionalen Markt auf. Es ist aber für die holzverarbeitende Industrie des oberen Wiesentales fast unmöglich, in Deutschland als Verkäufer aufzutreten, weil die Konkurrenzfähigkeit wegen der standörtlich peripheren Lage (Zell—Todtnauer Nebenbahn mit Frachtzuschlägen) und der daraus entspringenden Frachtenbelastung stark beschnitten wird. Die Marktpreise für 1 cbm Tannen- und Fichtenschnittholz standen z. B. 1933 im Rheinland (Düsseldorf, Krefeld und Köln) auf 35 Mk., in Norddeutschland (Emden) auf ca. 37 Mk. Die Fracht von Todtnau nach dem Rheinland betrug aber 12,60 Mk., nach Emden 14,80 Mk. pro cbm. Die Gestehungskosten beliefen sich pro cbm auf 32 Mk. Im Falle Düsseldorf oder Krefeld wäre demnach der Preis:

Selbstkosten	32.— Mk.
Fracht	12,60 Mk.
Preis pro cbm	44,60 Mk.

Die aus diesem Preis und dem Marktpreis im Rheinland sich ergebende Preisspanne von 9,60 Mk. dürfte Beweis genug dafür sein, daß eine Absatzmöglichkeit der Wiesentäler Sägewerksindustrie auf den großen Holzmärkten im Rheinland und in Norddeutschland ohne das Frachtenzuschußverfahren nicht besteht.

Durch die so skizzierte Lage der regionalen Forstwirtschaft und der von ihr abhängigen Gewerbe, sowie deren Beschäftigten, wird einerseits das den Gemeinden bisher aus dem Waldbesitz zufließende Einkommen stetig geschmälert, auf der andern Seite geht der Beschäftigungsgrad immer weiter zurück, was Arbeitslosigkeit und Senkung der Lebenshaltung, gerade der an sich schon ärmlichen Landwirtschaftsbevölkerung, zur Folge hat. Es erhebt sich letztlich die Frage, ob die Bewirtschaftung und Betreuung der großen Forste nicht ein ökonomisches Unding wird. Denn bei verschiedenen Gemeinden wird seit 2—3 Jahren durch die jährlichen Investitionen durch Kulturarbeiten, Weginstandhaltung u. a. m. mit Verlusten gearbeitet. Ganz wahllos seien zur Veranschaulichung dessen die Hundertsätze der Erfolgsrechnung aus Waldnutzung einiger Gemeinden wiedergegeben:

1928/29	1931/32	1932/33
%	%	%
18,0	2,5	—
12,0	—	2,2
8,8	Verluste	Verluste
45,0	15,0	0,4
0,5	—	—
50,6	19,1	19,9

Im Durchschnitt aller Gemeinden wurden durch den Reinerlös aus Holzverkauf 1907 = 18,4 %, 1925 = 7,4 %, 1933 = 4,2 % der Gesamtausgaben im Gemeindehaushalt gedeckt.

In dem Sektor der Gemeindeausgaben, die vom Einkommen aus der Forstwirtschaft bestritten werden müssen, stehen an erster Stelle die Holzmacherlöhne. Es waren:

. . . . Holzarbeiter beschäftigt:

Jahr	Personen	Mit Tagewerken	Löhne Mk.
1907	320	22 215	113 950
1925	428	38 196	216 903
1933	387	27 585	129 967

Die Zahl der jährlichen Arbeitstage beträgt in den verschiedenen Erhebungsjahren 69 bezw. 89 bezw. 71. Auf einen Arbeiter entfiel somit ein jährliches Arbeitseinkommen aus der Betätigung in der Waldwirtschaft von 356.—, 506.— und 335.— Mk., wobei zu berücksichtigen ist, daß die im Jahre 1907 aus 69 Arbeitstagen erzielte Einkommenssumme von 356.— Mk. eine bedeutend höhere Kaufkraft darstellte, als die mit 20 Arbeitstagen mehr erworbenen 506.— Mk. im Jahre 1925.

Abschließend muß festgestellt werden, daß die Forstwirtschaft neben der Landwirtschaft das wichtigste bodenständige Produktionselement der Region darstellt, das durch seine exportorientierte Betonung in normalen Wirtschaftszeiten zur Einfuhr von nicht erzeugbaren Unterhaltsmitteln hervorragend beitragen kann [67]).

3. Bergbau, Jagd und Fischerei.

Außer Land- und Forstwirtschaft sind als Zweige der Urproduktion im oberen Wiesental auch der Bergbau, die Jagd und die Fischerei zu erwähnen [68]).

Einige Worte zum Bergbau: Schon in frühester Zeit wurde an verschiedenen Orten des Wiesentales nach Silber gegraben. Im 14. und 15. Jahrhundert war der Todtnauer und Schönauer Silberbergbau noch von größter Bedeutung. Er war auch die Ursache für eine ziemlich frühzeitige Besiedelung des Gebietes, die man sich etwa so vorstellen kann, daß von den Rheinvorbergen Bergarbeiter in das obere Wiesental zuwanderten, um hier ihr Auskommen zu suchen. Finanziell war der Bergbau von Freiburger Kaufleuten getragen. Nach Erliegen des Bergbaues [69]) ergab sich zweifelsohne eine Übervölkerung, die vermutlich eine Abwanderung großen Stils ausgelöst haben muß. Die zurückgebliebene Bevölkerung wird noch mehr als bisher dazu veranlaßt worden sein, durch Rodung neues landwirtschaftliches Kulturland zu gewinnen. Zahlreiche Gewann-Namen und Ortsbezeichnungen, wie „Schwand", „Schweine" (schwinden), „Rütte" u. ä., scheinen für diese Zeit den Sachverhalt der damaligen Agrarisierung anzudeuten [70]). In der Zeit des Merkantilismus und aus seinem Gedankengut heraus hat man dann auch in späteren Jahrhunderten wieder versucht, den Bergbau aufzunehmen. Selbst dann noch förderte man Silber, als der Ertrag die Aufwendungen nicht mehr deckte. Dies geschah zweifelsohne unter dem Einfluß merkantiler Wirtschaftsbetrachtung [71]). Nach und nach ist der Silberbergbau im Wiesental völlig in Vergessenheit geraten [72]). Erst viel später — zu Anfang des 20. Jahrhunderts — veranlaßte ein entdecktes Vorkommen von Flußspat in Wieden wieder Schürfungen, die aber unter großen Verlusten betrieben wurden, was

bald zur Stillegung der Arbeiten führte. Daß es immer nur Versuche waren, zeigt die Zahl der im Bergbau Beschäftigten. 1907 lag jede Förderung brach. Ende des Jahres 1924 wurden in einem auf breiter Basis errichteten Unternehmen — heute zeugt von der Breite dieser Basis noch eine hypothekarische Belastung von 1 030 000 Mk. — rund 200 Arbeitskräfte beschäftigt. Eine für einen Transport von über 40 Doppelwaggons täglich, also für eine Jahresförderung von 120 000 Tonnen eingerichtete Drahtseilbahn von Wieden nach Utzenfeld, beförderte das Produkt nach der Verladestation. Die vorgesehene Höchstproduktion wurde jedoch nie erreicht, sondern nur durchschnittlich 10 Tonnen pro Tag. Als die Gesellschaft mit Verlusten abschloß, wurde ihre Auflösung eingeleitet. Die Unrentabilität lag aber allein in der Frachtenfrage begründet, denn die Umwegführung der Ladungen mit der Nebenbahn (Schmalspur) bis Zell und von dort über Basel nordwärts verteuerte das Produkt . . . Im Jahre 1925 weist die amtliche Betriebszählung noch 2 Betriebe mit 74 männlichen und 12 weiblichen Arbeitskräften aus. 1933 sind unter Bergbau keine Meldungen mehr erfolgt, obwohl immer wieder Versuche zur Aufnahme des Abbaues von Flußspat gemacht wurden [73]).

Eine Zusammenstellung der Vorkommen mit den Namen der Eigentümer vermag einigermaßen klar zu machen, welche Bedeutung der Wiesentäler Bergbau einst hatte:

Name der Grube:	Eigentümer (Stand 1933):
„Todtnau" I „Todtnau" II „Todtnau" III „Todtnau" IV „Todtnau" V	Rheinische Diskontogesellschaft
„Brandenberg" I „Brandenberg" II „Präg" I „Geschwend" I „Werner" II „Werner" III „Glückauf"	Hugo Stinnes A.-G., Hamburg
„Werner" I „Werner" IV	Wiesentäler Bergbau, Freiburg

Über Jagd und Fischerei ist nur wenig bekannt. Beide Zweige sind regional ausgerichtet. Die Jagdpacht fließt in die Gemeindekasse und ist dort erfaßt. Die Fischwasserverpachtung der Wiese ist Sache kommunaler Genossenschaften. Die Einkünfte

für die Konzessionserteilung fließen also der öffentlichen Verwaltung zu.

In der Regel ist es so, daß sowohl Fischpacht als auch Jagdpacht in den Händen von Besitzern größerer Gaststätten und Hotels sich befinden, und daß die Produkte im Fremdenverkehrsgewerbe ihre Verwendung finden. Mit einigen Ausnahmen kommen auch Private als Pächter in Frage, und in einem Falle ist die Jagd an einen Schweizer vergeben, so daß auch ein Teil des Wildes ins Ausland kommt [74]).

II. Gewerbe und Handel.

1. Die Industrie.

Die wirtschaftsgeschichtliche Betrachtung hat gezeigt, daß bis in die Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein das wirtschaftliche Schwergewicht bei der Landwirtschaft lag und daß die Wirtschaft jener Zeit ein nahezu autarkes Leben führte. Maßgebend dafür war die fast völlige Abgeschlossenheit der einzelnen Wirtschaftsgebiete voneinander. Der Verkehrszusammenhang war äußerst schwach und umständlich. Aus der regionalen Situation heraus betrachtet, war für das obere Wiesental für eine Berührung mit andern Gebieten nur insoweit ein Bedürfnis vorhanden, als es sich darum handelte, erzielte Überschüsse (Holz und Holzerzeugnisse oder auch Vieh) auf den „fremden" Markt zu bringen.

Durch die erst langsame, später aber um so rascher sich vollziehende Auflockerung der starren Abgeschlossenheit des Wiesentals, begann sich eine gewerbliche Schicht auszubreiten, die langsam der Landwirtschaft die Vorherrschaft entwand. Die Strukturwandlung, die schon verschiedentlich angedeutet worden ist, eilte derjenigen der badischen Wirtschaft und der übrigen deutschen Volkswirtschaft voraus. Die entscheidenden Einflüsse der wirtschaftlichen Zielpunkte: Gründung des Deutschen Zollvereins, die Propagierung eines Agrikultur-Manufaktur-Handelsstaates aus dem Ideengut *Fr. List*s heraus, führten auch in unserer Region jene Entwicklungsrichtungen zum Siege. Von technischer Seite erfuhr die anhebende ideelle Verknüpfung der Bundesländer und ihrer Regionen miteinander eine vorteilhafte Förderung durch die Entwicklung des Eisenbahnwesens [75]). Um in Anknüpfung daran etwas vorweg zu nehmen: Gerade diese Verkehrserschliessung, die Berggegenden weniger zugute kam als flachen Talschaften, enthielt auch bereits schon wieder den Keim des industriellen

Niederganges für ursprüngliche Industriegebiete, wie gerade für unsere Region, in der das Vorkommen billigster Arbeits- und Naturkräfte einst Veranlassung zur industriellen Siedlung war . . . Durch die gegenseitige Berührung der Menschen drangen Ideen der wirtschaftlichen Revolutionierung, der kapitalistische Wirtschaftsgeist, auch in die entferntesten Landschaften. Das obere Wiesental wurde allerdings erst durch ein privates Eisenbahnunternehmen im Jahre 1888/89 an das oberbadische Bahnnetz angeschlossen.

Im Gesamtrahmen der Industrialisierung Deutschlands spielen diese Verkehrsausweitungen eine bedeutende Rolle. Für die industriewirtschaftliche Entwicklung der Region aber können sie nicht primär entscheidend gewesen sein. Denn wenn man näher hinsieht, so kann man feststellen, daß verschiedene Industrien lange bevor die Entwicklung und der Ausbau des Verkehrsnetzes erfolgte, gegründet wurden; schon im Jahre 1827 ist die erste Bürstenfabrik gegründet worden. Diese Tatsache weist also auf andere Momente hin: Bei dem Bestreben, den Stand der Technik als Merkmal einer wirtschaftlichen Entwicklungsstufe heranzuziehen, darf man nicht aus dem Auge verlieren, daß die Entwicklung und Organisation der Arbeit auf dem Wege über den technischen Fortschritt, immer von einem Orte über bestimmte Gebiete und von dort über ganze Wirtschaftskreise sich vollzogen haben muß. Der Wille zur Überwindung der Schwierigkeiten, die die produktionelle Bemeisterung der Sachgüter an deren Natur fand, hat ursprünglich *lokal* und persönlich abgegrenzt die Ursache zu Erfindungen, zu denen Erfahrung und Einfindungen hinzuzurechnen sind, abgegeben [76]). Und erst von da aus kann sich durch den ideenmäßigen Austausch zwischen Individuen sich berührender Gebiete und Länder ein einigermaßen einheitlicher technischer Wille und Wirtschaftsgeist breitgemacht haben, die trotz der scheinbaren Nivellierung der Produktionsweisen den regionalen Eigenarten einen gewissen Spielraum ließen [77]). Die spezifischen Eigenarten der Produktion und Produktionsweise in den verschiedensten Industrien zeigen sich am Anfang des 20. Jahrhunderts teilweise noch auffällig erhalten. Wirtschaftlich drückte sich dies lange Zeit in einer Bevorzugung gewisser Produkte am Markte aus. Zum Beispiel bevorzugte man Englische Stoffe, Schweizer Uhren, Thüringer Spielwaren, Schwarzwälder Bürsten usw.

Diese Eigenart der Produktionsweise, die die Fortentwicklung der Technik in umgrenzte Bahnen verwies, hat sich oft aus Zufälligkeiten ergeben. Einen Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung findet man in der Bürstenindustrie des oberen Wiesentales, das als Wiege der Bürstenindustrie (nicht des Gewerbes an sich, denn schon um 1400 findet sich in Nürnberg der Beruf des

Bürstenbinders) schlechthin bezeichnet werden darf. Man kann es wohl als zufällige Erfindung bezeichnen, daß *Leodegar Thoma* um 1790 herum „durch Zerlegen und Zusammenfügen einer Bürste, die ihm zufällig in die Hände geraten war, auf einen neuen Erwerbszweig verfallen sein mag, den er zunächst versuchsweise im Kreise seiner Familie betrieb“ [78]). Daraus entstand in Todtnau und den umliegenden Talschaften die Bürstenbinderei als Heimarbeit, hinter die sich langsam der Verleger als Unternehmer schob, und aus der dann später eine fabrikmäßige Produktionsweise sich herausbildete. Ähnliche Gesichtspunkte ergeben sich für den heute noch lebendigsten Zweig der Regionalindustrie, die Bürstenmaschinenindustrie, die an der Wende des Jahrhunderts entstanden ist. Auch die Textilindustrie hat sich wohl ähnlich wie die Bürstenindustrie entwickelt. Allerdings verdankte sie ihren Ursprung innerhalb der Region nicht den Zufälligkeiten einer intuitiven Entdeckung. Denn das Verlagssystem, das sich schon in der Mitte des 17. Jahrhunderts findet, bereitete den Boden für fabrikmäßige Erzeugung vor, für die wirtschaftliche Gesichtspunkte den Ausschlag gaben: Die vorhandenen Wasserkräfte der Wiese und ihrer Seitenflüsse, die billigen Arbeitskräfte, an welchen nie Mangel vorhanden war, weil die dürftig sich durchschlagende und sich stark vermehrende Landwirtschaftsbevölkerung sehnsüchtig nach Verdienstmöglichkeiten sich umsah. Die Absatzorientierung dürfte ursprünglich nicht ausschlaggebend gewesen sein. Die Baumwollindustrie (1854 waren es drei Unternehmen, 1907 vier und 1925 und 1933 wieder drei) stand seit 1871 in engster Beziehung zur elsässischen Textilindustrie, namentlich die Webereien, die oft in Lohnarbeit für elsässische Unternehmen arbeiteten. Die Namen heute noch bestehender Basler Geschlechter wie Köchlin, Merian und Iselin verraten noch, von wo aus die textilwirtschaftliche Kolonisation des Wiesentals erfolgte.

Solchermaßen sind die Bedingungen und Umstände, auf denen der Industrieapparat des Untersuchungsgebietes aufgebaut wurde. Legt man für den Grad der Entwicklung auch hier noch einmal als Maßstab die Bevölkerungsvermehrung an, so zeigt sich, daß sich die Bevölkerung der beiden Städte Schönau und Todtnau, dem Sitz der Industrie, von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1925 um rund 100 % vermehrte; verglichen mit dem Stande des 17. Jahrhunderts hat sie sich sogar vervierfacht. In den ländlichen Gemeinden beträgt die durchschnittliche Zunahme nur rund 17 %. Diese Tatsache beweist, daß die Vermehrung sich auf dem Untergrund der gewerblichen Entwicklungsmöglichkeit vollzogen haben muß; diese Möglichkeit war durch die Industrialisierung weithin gegeben.

Die Zahl der Betriebe und Beschäftigten betrug:

Jahr	Bürstenindustrie (ohne Heimarbeiter)		Textilindustrie		Maschinenindustrie		Holzwaren-, Papierindustrie	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
1907	68	786	4	797	3	36	17	109
1925	60	1097	3	660	3	124	39	220
1933	45	426	3	478	3	141	38	88

Die Produktionsleistung dieser Industriezweige belief sich rund auf:

Jahr	Bürstenindustrie	Textilindustrie	Maschinenindustrie	Holzwaren-, Papierindustrie
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1907	1 700 000	2 000 000	333 000	234 000
1925	5 200 000	4 720 000	714 000	1 048 000
1933	1 800 000	2 460 000	613 000	293 000

Die Produktionsziffern zeigen durchgehend im Jahre 1925 eine gewaltige Steigerung. Daß dafür nicht allein die Geldwertsteigerung verantwortlich gemacht werden kann, geht schon daraus hervor, daß auch die Zahl der Beschäftigten 1925 — mit Ausnahme der Textilindustrie — größer war als 1907. Hinsichtlich der Bürstenindustrie ist indessen zu beachten, daß 1907 noch rund 800 Heimarbeiter zur Produktion beitrugen, während es 1925 nur noch etwa 200 waren. Hierfür kommen technische und betriebsrationale Momente in Frage, die es noch zu erörtern gilt. Wenn auch die Verhältnisse von 1925 nicht als normal bezeichnet werden können, so sind sie doch geeignet, als Grenzstein in der Entwicklung angesehen zu werden. Entkleidet man die Produktionsziffern von 1925 ihres aufgeblähten Geldwertes und bringt sie auf einen gemeinsamen Kaufkraftnenner [79]), so ergibt sich immerhin eine Steigerung von rund 2,2 Millionen Mark, die durch die erhöhte Beschäftigungsziffer einigermaßen erklärlich wird. Unterzieht man auch die Verteilung der Produktion noch einer Betrachtung und bringt sie auch auf die Kaufkraft von 1907, so ergibt sich eine Reihe von Perspektiven, die es anschließend zu verfolgen gilt:

	Produktion in 1000 Mk.	Verteilung in 1000 Mark					
		Regional		Interregional		International	
		nominal	real	nominal	real	nominal	real
1907	5 000	150	150	4 000	4 000	850	850
1925	11 980	250	150	9 830	5 930	1 800	1 080
1933	5 700	100	80	4 720	3 970	880	723

Die industrielle Entwicklung unserer Region ist durch den Weltkrieg plötzlich erschüttert worden. Als wieder befriedete Verhältnisse eintraten, die die Aufnahme der ehemaligen Produktion wieder gestatteten, stand der Produktionsapparat des oberen und des vorderen Wiesentals vor einer völlig gewandelten Lage. Elsaß-Lothringen, das für die Textilindustrie und die Bürstenerzeugung einen ehemals zollpolitisch unbeschwerten Marktraum darstellte, war plötzlich zum Fremdland geworden. Bei den übrigen Ländern, mit denen die Wirtschaft des Untersuchungsgebietes verflochten war, begannen die nationalwirtschaftlichen Tendenzen sich durchzusetzen und dauernd zu verstärken. Dies äußerte sich in einer stetig sich verschärfenden Zollpolitik. Die Absatzstruktur war gewandelt. Innerwirtschaftlich lockte die hohe Preislage zur Produktionsvermehrung. Der durch das Vorbild Amerikas geweckte Geist unaufhaltsamen Wirtschaftsrationalismus erfaßte auch die deutsche Wirtschaft. Konzernierung und Vertrustung schien *die* Lösung des Problems der gewandelten Strukturlage zu verheißen. Was durch Zerstückelung der Absatzfronten und -märkte vernichtet worden war, glaubte man durch große Produktionsmassen aufholen zu können. Das Sinnen und Trachten der Wirtschaft galt nur der Festigung und dem technischen Ausbau des eigenen Unternehmens und der Überflügelung der Konkurrenz [80]). Was diese Wendung noch nicht vermochte, dem Zusammenschluß zu Kartellen gelang es: die kleinen Unternehmen erlagen den Produktionsmassen der kapitalintensiven Großbetriebe. Die betriebliche Konzentration vollendete den Entwicklungsgang; man glaubte hierin den Schlüssel für die Lösung der Probleme und Schäden, die sich in den krisenartigen Vorboten der Jahre 1925/26 gezeigt, gefunden zu haben. Aber die wahre Natur der Schädigungen sah man nicht. Die Produktionsverhältnisse in der Zeit von 1928 bis hin zum Tiefpunkt der Wirtschaftskrise (Mitte 1932) können nur schwerlich als gesunde angesprochen werden. Die gesamte Wirtschaft befand sich in dieser Zeit im Zustande eines wechselreichen Fiebers, das eine klare Schau der Dinge verhinderte. Diese Tatsachen spiegeln sich in dem relativ kleinen Wirtschaftsraum unseres Untersuchungsgebietes getreulich wieder: In anderem Zusammenhange wurde bereits darauf aufmerksam gemacht, daß das Wiesental nament-

lich auf die Schweiz und auf das Elsaß wirtschaftlich eingespielt war. Im Laufe der kapitalistischen Entwicklung, d. h. der internationalen Wirtschaftsverflechtung, hatte sich diese Lage, die Schlüsselstellung zu diesen beiden Gebieten, gut bezahlt gemacht. Aus dieser „Schlüsselstellung" ist aber nach dem Kriege durch die Loslösung von Elsaß-Lothringen eine „Ausschlußstellung" geworden, denn die periphere Lage im Hinblick auf den gesamtdeutschen Wirtschaftskreis wurde von Jahr zu Jahr deutlicher fühlbar. Die durch die natürliche Nähe zu den Absatzmärkten ursprüngliche Begünstigung verwandelte sich in eine unverhältnismäßige Benachteiligung, verursacht durch die große Entfernung zu den innerdeutschen Märkten. Die Nachteile der Grenzlage finden in der Kostensteigerung für die Umwegsführung der Roh- und Hilfsstoffe und der Fertigfabrikate konkreten Ausdruck. Dazu treten noch, erst in diesemAugenblicke empfindbar, die Frachtenzuschläge, die durch die Zell—Todtnau-Nebenbahn erhoben werden. Die Exportschrumpfung (der Export der Bürstenindustrie betrug 1907 noch 50 % der Gesamtproduktion, 1925 rund 25 % und 1933 nur noch 16 %) konnte der höheren Selbstkosten wegen nicht am Binnenmarkt ausgeglichen werden. Nur durch Preissenkung, die sich in Verlustabschlüssen der Unternehmer kundtat, war einigermaßen eine Wettbewerbsmöglichkeit mit dem Ausland und der übrigen deutschen Industrie gegeben. Dies führte auf allen Gebieten der Regionalwirtschaft zu einer rückläufigen Bewegung, die sich verschiedentlich äußert: Die unter Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit betriebene Ausweitung des Produktionsapparates, die Rationalisierung, hat eine Übersetzung der Industrie herbeigeführt, die den größten Bedarfsansprüchen gerecht werden sollte. Der durch die „großzügige" Anleihepolitik der Nachinflationszeit künstlich geschaffene Konjunkturaufschwung ließ eine steigende Ausweitung des Bedarfs erhoffen. Um so nachhaltiger war aber auch die Wirkung des Rückschlages, der das Widersinnige der Konzentrationsbestrebungen ins Licht setzte. Die während des Fieberzustandes nur leicht merklichen Erkrankungserscheinungen am Sozialkörper wurden plötzlich zu akuten Krankheiten. Denn die durch die Freisetzung von Arbeitskräften verursachte Arbeitslosigkeit zeichnet die Kurve der Weiterentwicklung. Konzentration und Rationalisierung haben bei den verschiedenen Industrien verschiedene Wirkungen gezeitigt: Während sich bei der Textil-, Maschinen- und Holzwarenindustrie am technischen Fortschritt lediglich die Frage um Produktionssteigerung und Arbeitsplätze entfachte, die Zahl der Betriebe bezüglich ihres Bestandes im wesentlichen aber unberührt blieb, hat sich in der Bürstenindustrie, dem wichtigsten Zweige der Regionalwirtschaft, zu diesen Problemen noch ein weiteres hinzugesellt: Die starke betriebsrationale Konzentration kam ursprünglich einer Kapitalakkummulation und Machtsteigerung gleich, später aber hat sie sich dann als Ursache für große Vermögensverluste ausgewiesen.

Denn daß der Maschinenpark bei kaum 30 % Kapazitätsnutzung ungeheure Summen an Kosten (Instandhaltung und Zinsen) verschlingt, ist augenscheinlich. Von den 68 Betrieben der Bürstenindustrie befanden sich 1907 allein 17 Betriebe mit 549 Beschäftigten (361 männliche und 188 weibliche) in Todtnau und Schönau, während sich die restlichen 51 Betriebe mit 237 Beschäftigten auf die um Schönau und Todtnau liegenden ländlichen Gemeinden verteilten. Es waren vorhanden:

In:	1907		1925		1933	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Todtnau	12	225	12	732	11	249
Aftersteg	3	22	2	40	3	38
Brandenberg	8	44	3	30	3	9
Geschwend	4	7	—	—	—	—
Muggenbrunn	12	39	—	—	—	—
Todtnauberg	18	58	2	10	10	30
Schönau	5	292	2	77	3	3
Aitern	1	6	—	—	1	4
Böllen	2	8	—	—	—	—
Utzenfeld	1	23	2	122	1	80
Wembach	1	5	—	—	—	—
Wieden	1	27	1	25	—	—
Örtl. nicht entzifferte Kleinbetriebe			36	61	13	13
	68	786	60	1097	45	426

Eine eingehende Erörterung dieser Zusammenstellung erübrigt sich. Sie spiegelt einerseits für die Zeit von 1907/25 die erwähnte Konzentrationsbewegung der Betriebe wieder; für die Spanne 1925/33 legt sie Zeugnis ab für das Abbröckeln der Produktion und die damit verbundene Arbeitslosigkeit. Die Freisetzung von Arbeitskräften in der Bürstenindustrie, deren wesentliche Ursachen noch hervorgehoben werden sollen, erfolgte Schritt um Schritt. Die Arbeitslosigkeit, hervorgerufen durch die Zusammenballung der Erzeugung und das Erliegen großer Betriebe in Schönau und Todtnau, hat manchen Bürstenarbeiter, der über eigene Räumlichkeiten verfügt, bewogen, durch die Erzeugung von Bürstenwaren seiner gedrückten Lebenslage zu steuern. Daß es sich bei den stillgelegten Betrieben sehr oft um Filialbetriebe der Todtnauer Bürstenindustrie handelt, und daß namentlich die Heimarbeit sehr stark von dem Fortgang der Entwicklung betroffen wurde, geht aus folgender Darstellung hervor:

	1907	1925	1933
Filialbetriebe	11	6	—
Darin Beschäftigte	170	106	—

Eine ähnliche absteigende Bewegung ist hinsichtlich der Bürstenheimarbeit festzustellen:

1907: 759 Heimarbeiter[81])
1925: 204 Heimarbeiter
1933: rund 40 Heimarbeiter

Neben den bereits angezogenen Ursachen ist noch eine weitere zu beachten, die die Freisetzung von Arbeitskräften mit sich brachte: Es ist festzustellen, daß ein Rückgang der Arbeiter in der Bürstenindustrie schon vor dem Ausbruch der allgemeinen Wirtschaftskrise einsetzte. Für die Zeit von 1925 bis 1928/29 wäre es deshalb falsch, die allgemeinen Krisenursachen zur Erklärung der Arbeitslosigkeit heranzuziehen; eine periodische Teilarbeitslosigkeit bezw. Kurzarbeit war schon immer eine Folge der Marktwandlung. Erst nach 1928 entfalteten die technischen Errungenschaften in unserer Bürstenindustrie eine zweifelhafte Wirkung. Im Anfangsstadium der Erzeugung durch Maschinen hatte die Maschine den Zweck, Kraftaufwand zu sparen; sie erleichterte dem Arbeiter die Arbeitsverrichtungen. In dieser Phase der technischen Entwicklung löste die Maschine den Arbeitsvorgang *analytisch* in verschiedene Teilfunktionen auf (technische Arbeitsteilung!). Die Ersparnis menschlicher Kraft führte noch zu verkürzter Arbeitszeit und zu Erhöhung des Reallohnes. Es sind noch viele Maschinen, von denen jede eine Teilfunktion am Endprodukt erfüllt und zu ihrer Bedienung Menschen erfordert. Eine völlige Wandlung bringt die Erfindung des Automaten! Er löst den Arbeitsvorgang nicht mehr auf, sondern faßt ihn *synthetisch* zusammen, d. h. von einer einzigen Maschine, die von einem Arbeiter bedient werden kann, werden alle Teilfunktionen vieler Maschinen und Arbeiter übernommen und vollbracht[82]). Gerade die Bürstenindustrie ist ein ausgezeichnetes Beispiel, um die Wirkung der Automaten aufzuzeigen: Nach dem jeweiligen Stande der Technik produzierte — nach den Berechnungen eines Fachmannes — eine Arbeitskraft pro Jahr eine bestimmte Sorte Kleiderbürsten (ca. 3000 Bündel für 1 Dutzend Bürsten) und zwar:

1870—1910	1910—1920	1920—1928	ab 1928
einspindelige Bohrmaschine; Einziehen von Hand	einspindelige Bohr- u. Stanz-Maschine	vierspindelige Bohr- u. Stanz-Maschine	automatische Bohr- u. Stanz-Maschine
320 Dtzd.	1600 Dtzd.	2000 Dtzd.	4000 Dtzd.

Daß diese zentralisierende, synthetische Produktionswirkung der Maschine, Filial- und Heimarbeit in die Stammbetriebe absorbierte, dürfte damit bewiesen sein. Aus dem Gesagten wird jetzt auch das Aufgehen der handwerklich betriebenen Kleinbetriebe verständlich. Ohne jedoch der Entwicklung der Dinge vorausgreifen zu wollen, muß man sich bewußt bleiben, daß in diesem Vorgange Zweifaches beschlossen liegt, das eine wirtschaftliche Situation abschließt und gleichzeitig eine neue strukturelle Gestaltung anbahnt: Es war bereits von der Tatsache, daß unternehmungslustige, arbeitslose Bürstenarbeiter sich auf die Erzeugung von Bürstenwaren verlegten, die Rede. Dies ist in allen bekannten Fällen — in der Holzwarenerzeugung ist es übrigens ebenso — äußerst erfolgreich geblieben. Gestützt auf einen Automaten, dessen Arbeit von Familienmitgliedern in allen notwendigen Handreichungen ergänzt wird, muß diese Art der Erzeugung, der an Kapital, fremde Arbeitskraft und Fabrikräume gebundenen Produktion naturgemäß überlegen sein. Denn kein Lohntarif, keine Arbeitszeitvorschriften, keine Sozialversicherungsbeiträge, keine Verwaltungskosten usw. stehen einem Erfolg im Wege [83]).

Auch in der Textilindustrie, in der die Automatisierung heute noch nicht zum Stillstand gekommen ist, zeigen sich ähnliche Tendenzen der Arbeitskraftfreisetzung. Häufig bedient ein Arbeiter 12 und mehr automatische Webstühle.

Unberührt von dieser Wandlung scheint die Bürstenmaschinenindustrie geblieben zu sein. Solange die Volkswirtschaften fremder Nationen dabei sind, ihren Industrieapparat im Sinne nationalwirtschaftlichen Geistes zu konsolidieren, solange wird der Export von Maschinen andauern können, allerdings sehr zum Schaden der heimischen Bürstenindustrie. Denn durch den Ausbau der Bürstenindustrie in den belieferten Ländern werden diese von der deutschen Einfuhr immer unabhängiger . . .

Der Rückgang bei der Holzwaren- und Papierindustrie, unter der die Sägewerke, das Schnitzstoffgewerbe, die Pappe- und Papierindustrie zusammengefaßt sind, ist in der Hauptsache auf die Wandlungen der Marktlage zurückzuführen. Ferner ist eine Möbelfabrik, die nach der Inflation gegründet wurde und eine große Belegschaft hatte, wieder eingegangen.

Entsprechend den Wandlungen, die sich auf dem Wege durch die Industrie gezeigt haben, haben auch die eng mit der Produktion verbundenen Größen, wie Löhne, Gehälter, Rohstoffbezüge, Steuern und Sozialabgaben Veränderungen erfahren, die es noch aufzuzeigen gilt. Allein schon die Erkenntnis, daß der überwiegende Teil der Regionalbevölkerung von den gewerblichen Einkommensmöglichkeiten abhängig ist, muß die Aufmerksamkeit auf die jeweils ausgeschütteten Lohnsummen lenken. An Löhnen und Gehältern gelangten in den einzelnen Erhebungsjahren zur Auszahlung (Nettolohn- und Gehaltssummen!):

1907	1925	1933
Mk. 1 207 000	Mk. 3 087 000	Mk. 1 391 000

Auf die einzelnen Industriezweige aufgeteilt, ergibt sich folgendes Bild (Netto-Lohn- und Gehaltssume in Tausend Mk.):

Jahr	Bürsten-industrie		Textil-industrie		Maschinen-industrie		Holzwaren-industrie	
	Beschäftigte	Lohn	Beschäftigte	Lohn	Beschäftigte	Lohn	Beschäftigte	Lohn
1907	786	604	797	491	36	45	109	67
1925	1097	1569	660	1133	124	179	220	224
1933	426	577	478	544	141	189	88	81

In diesen Lohnsummen sind die Heimarbeiterlöhne der Bürstenindustrie nicht enthalten. Es kann sich an dieser Stelle nicht darum handeln, auf das Wesen der Löhne und ihre Beziehung zur Lebenshaltung einzugehen. Beiläufig sei jedoch darauf hingewiesen, daß die Löhne nach der Inflation um ca. 80—100 % höher lagen, als die Nominallöhne der Vorkriegszeit. So betrug zum Beispiel der tarifmäßige Bruttostundenlohn in der Wiesentäler Textilindustrie:

	1913	bis zum 14. 11. 27	nach dem 14. 11. 27
I. Männliche Arbeiter:			
Baumwollspinner	35 Pfg.	66 Pfg.	72 Pfg.
Baumwollweber	33 Pfg.	57 Pfg.	62 Pfg.
II. Weibliche Arbeiter:			
Baumwollspinnerin	28 Pfg.	51 Pfg.	56 Pfg.
Baumwollweberin	28 Pfg.	53 Pfg.	58 Pfg.

Diese Lohnsteigerung wird aber erst ins rechte Licht gerückt, wenn man jeweils die Kaufkraft bezw. den Reallohn der betreffenden Jahre ins Auge faßt. Dann ergibt sich z. B. für den männlichen Baumwollspinner zu den drei Zeitpunkten ein Lohnsatz von 35 bezw. 17,7 bezw. 46,6 Pfg. pro Stunde [84]).

Die zur Auszahlung gelangten Löhne und Gehälter floßen nahezu restlos in die Haushaltungen der Region. Das Suplementäreinkommen durch industrielle Heimarbeit für die Bürstenerzeugung belief sich:

	Nominal- Mk.	Reallohnsummen [84]) Mk.
1907:	116 000	116 000
1925:	46 000	27 692
1933:	6 000 (rund)	4 900

Auch die Rohstoffbezüge, die in ihrer Höhe Rückschlüsse auf die Produktionsleistung zulassen und eine interregionale bezw. internationale Verflechtung des untersuchten Wirtschaftsgebietes andeuten, dann aber auch die ökonomische Situation der Holzwirtschaft einigermaßen mitbetreffen, haben entsprechend der Gesamtlage der Regionalindustrie Verschiebungen aufzuweisen. An Roh- und Hilfsstoffen wurde bezogen:

	1907	1925	1933
	Mk.	Mk.	Mk.
Aus dem Wirtschaftsgebiet der Region	33 000	86 000	27 000
Aus dem deutschen Reichsgebiet	1 270 000	3 690 000	1 900 000
Aus dem Auslande direkt	167 000	504 000	210 000

Bei den Bezügen aus dem Wirtschaftsgebiet der Region handelt es sich in erster Linie um Hölzer zur Verarbeitung in der Bürsten-, Holzwaren- und Papierindustrie. Der Rückgang ist auf vielerlei Umstände zurückzuführen: In der Bürstenfabrikation, in der für „grobe" Ware das heimische Holz als Bürstenkörper Verwendung fand, machte sich langsam mit der Geschmacksänderung, d. h. mit den höheren Ansprüchen der Verbraucher, der Zug zur Herstellung „feiner" Ware geltend. Das Holz, selbst die exotischen Hölzer, wurden durch andere Stoffe wie Celluloid, Bein, Horn, Elfenbein, Hartgummi, Metalle u. a. m. verdrängt . . . Der Rückgang des Absatzes, wofür schon eine Reihe von Umständen angeführt worden ist, hat natürlich gerade bei der Holzwaren- und Papierindustrie auch den Rohstoffbezug vermindert. In den relativ hohen Roh- und Hilfsstoffbezügen aus dem übrigen Reichsgebiet stecken die Baumwolle und Gespinste, die Metalle der Maschinenindustrie, die Öle und Fette, Kohlen und anderen Brennstoffe . . . Bei den aus dem Auslande direkt bezogenen Rohstoffen handelt es sich fast ausschließlich um die verschiedensten Sorten tierischer Haare und um exotische Hölzer, die in der Bürstenindustrie verwendet werden.

Von gewichtiger Bedeutung sind auch das Steueraufkommen und die Sozialabgaben. Die Verpflichtung, Steuern zu entrichten, trägt in sich die wechselseitige Zuordnung zu einer Gemeinschaft, oder wie *O. Spann* sagen würde, zu einem die Region „überhöhenden Teilganzen", worunter auf den besonderen Fall hier bezogen, der Kreis, das Land Baden und das Deutsche Reich zu verstehen sind. Das Wechselseitige der Zuordnung zeigt sich folgendermaßen:

Indem die physischen und juristischen Personen durch steuerliche Abgaben die öffentlichen Haushalte speisen, schaffen sie sich damit die Grundlage für die Betätigung ihres öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens. Der Staat, die Länder, der Kreis, die

Verwaltungen der Bezirke und Gemeinden bieten die Voraussetzungen für Rechtssicherheit, gleiches Maß und Gewicht, die Einheit des Geldes, sie tragen, entsprechend ihrer rechtlichen Kompetenz, die Sorge für den Verkehr usw. und lösen Aufgaben, die über den Kreis des Einzelnen hinausgehen. Mit einem Wort, diese Institutionen schaffen und stellen „Kapital höherer Ordnung“ [86]) zur Verfügung.

An Einkommen-, Grund- und Gewerbe-, Körperschafts- und Lohnsteuer, Gemeindeumlagen, Gebäudeversicherungsumlage u. a. m. wurden von den gewerblichen Unternehmen [87]) entrichtet:

	1907	1925	1933
	Mk.	Mk.	Mk.
	rund 50 000	rund 570 000	rund 190 000
das sind	1 %	5,7 %	3,5 %

des Erlöses der Gesamtproduktion [88]).

Die Untersuchung der entrichteten Sozialabgaben der Arbeitgeber und -nehmer hat an den einzelnen Erhebungszeitpunkten ein unterschiedliches Bild ergeben: Die mittels der Sozialversicherung geschaffenen Reserven für den Fall der Erkrankung, Arbeitslosigkeit oder Invalidität sind in ihrer Bedeutung in den drei Erhebungsjahren von grundlegend voneinander verschiedenen sozialer Einstellungen beeinflußt gewesen. Im Jahr 1907, das in Deutschland im großen und ganzen einem Zeitabschnitt liberaler Weltanschauung zugezählt werden muß, stand man der Frage der sozialen Vorsorge, wenn nicht ablehnend, so doch zumindest ziemlich zurückhaltend gegenüber. Die durch die Weimarer Verfassung eingeleitete Ära brachte eine geänderte Stellungnahme zu den Fragen der Sozialpolitik. Als Ersatz für die „entgangene“ Sozialisierung erhielten die Schutzmaßnahmen der Arbeiter- und Angestelltenfürsorge mehr Betonung. 1933 ist, obwohl die nationalsozialistischen Grundsätze der Nothilfe mehr auf private Initiative, den Sozialismus der Tat und die unmittelbaren Versuche der Eingliederung in den Arbeitsprozeß abgestellt sind, noch keine wesentliche Änderung bezw. Herabminderung der Sozialleistungen erfolgt. Diese Momente, die politisch-weltanschaulicher Natur sind, werden aber noch durch innerwirtschaftliche Wandlungen unterstrichen. Der Ablauf der Wirtschaft war in der Vorkriegszeit in seinen sozial-ökonomischen Ausschlägen weniger wechselvoll; erst die häufigen und kurzphasigen Wechsellagen haben die Notwendigkeit einer Rückversicherung geradezu gefordert. Die Sozialleistungen der Unternehmen und Arbeiter (einschließlich der Angestellten) betrugen:

	1907	1925	1933
	Mk.	Mk.	Mk.
	rund 39 000	rund 250 000	rund 150 000
das sind	3,5 %	8,3 %	11,5 %

der zur Auszahlung gelangten Löhne und Gehälter. Die betriebsrationale Konzentration, herbeigeführt durch die technische Rationalisierung, die einer steigenden Kapitalintensität der Unternehmen gleichkommt, hat die Arbeiter durch das automatische Produktionsmittel verdrängt. Es müßte nun logischerweise so sein, daß der „eiserne Arbeiter" dasjenige Maß an Sozialbeiträgen übernimmt, das er an menschlicher Arbeitskraft verdrängte. Das Gegenteil ist aber der Fall. Die stärkere Belastung steigt proportional der Arbeitsintensität eines Betriebes und sinkt ebenso proportional der Kapitalintensität. M. a. W.: Zahlt ein Betrieb nach dem heutigen Stande der Technik für ein bestimmtes Quantum Bürsten 51,80 Mk. Sozialversicherungsbeiträge, so zahlt er für das gleiche Quantum bei Anwendung der Technik vom Stande vor 1928 [89]) 460.— Mk., nach dem Stande vor 1920 aber 1190.— und nach dem Stande vor 1910 sogar 3031.— Mk.[90]). Obwohl dieses Beispiel nur auf die Bürstenindustrie des oberen Wiesentales bezogen ist, so beleuchtet es doch auch zum Teil die Verhältnisse anderer Erzeugungen, namentlich die der Textilindustrie.

Das Vordringen der Maschinenarbeit, die analytische und synthetische Wirkung der Technik, haben den Gedanken der Betriebsrationalisierung befruchtet und gefördert. Die mechanische Aufrüstung der Betriebe, die durch den allgemeinen Warenhunger auf dem Binnenmarkt und auf den Weltmärkten Schritt um Schritt vorangetrieben wurde, hat in dem Glauben stattgefunden, daß diese Aufwärtsentwicklung der Nachfrage zu einer bleibenden Wirtschaftstatsache geworden sei. An die Stelle kaufmännischer Vorsicht — ausgedrückt in fundamentaler Vorsorge und Neubildung der Betriebsmittelgrundlage auf der Basis der gegebenen Betriebskapazität — trat durch den obsiegenden Optimismus eine extensive Ausweitung der Produktionsbasis. Das Resultat? — 30 %ige Ausnutzungsmöglichkeit der Kapazität!, 100 %ige Kapitalintensität, in den Produktionsmitteln investiert, die den Zwang zu rücksichtsloser Ausnutzung des Maschinenparks zur ungefähren Erwirtschaftung der Kosten bedeutet. Hierin aber liegt die allgemeine Gefahr einer latenten Überproduktion, die sich wiederum in ruinösen Preisen äußert. Das Anwachsen der Mechanisierung und Motorisierung in der Regionalindustrie geht aus der folgenden Zusammenstellung hervor. Die motorische Kraft betrug in PS:

Jahr	Bürsten-industrie		Textil-industrie		Maschinen-industrie		Holzwaren, Papier- u. Pappenindustrie	
	Pr.	EM	Pr.	EM	Pr.	EM	Pr.	EM
1925	70	256	1315	475	—	26	—	—
1933	192	104	250	853	—	50	—	—

(Pr. = Primärkraftmaschinen; EM = Elektromotoren. Für 1907 konnten keine Feststellungen mehr gemacht werden).

Die Steigerung der Primärkraftmaschinen-PS in der Bürstenindustrie und die Senkung der EM-PS ist daraus erklärlich, daß man dazu übergegangen ist, eine Vielzahl von Maschinen zusammenzukoppeln, während vorher das einzelne Aggregat einen Motor für sich hatte. Bei der Textilindustrie ist es gerade umgekehrt: Die einzelnen Automaten in der Weberei sind fast immer mit einem eigenen Motor versehen, weil eine Koppelung mehrerer Stühle dadurch unmöglich wird, weil Fadenbrüche den Produktionsvorgang oft aufhalten. — Die Zunahme in der Maschinenindustrie ist die Folge der Produktionsausweitung, wie sie aus dem bisher Gesagten hervorgeht.

Die Auswirkungen der Steigerung der Kapitalintensität, die zu einer Produktionssteigerung und Preisgefährdung zugleich geführt hat, kommt auch in den Vermögens- und Einkommensverhältnissen der Industrie einigermaßen zum Ausdruck. Verschiedene Unternehmen schließen heute mit Verlusten ab. Diese Tatsache wird zwar in unserer Zusammenstellung durch gute Ergebnisse noch überdeckt; aber eine rückläufige Bewegung ist immerhin schon festzustellen.

1. Betriebsvermögen[91]) in Mark:

Jahr	Bürsten-industrie	Textil-industrie	Maschinen-industrie	Holzwaren-industrie
1907	921 800	2 422 300	16 000	329 000
1925	2 285 120	528 100	301 000	295 830
1933	994 500	122 400	133 700	166 400

2. Betriebseinkommen[92]) in Mark:

1907	121 500	25 716	8 600	34 645
1925	355 125	40 200	165 717	28 631
1933	44 405	Verluste	15 310	14 085

Wenn man die Vermögens- und Einkommenslage der Vorkriegszeit als normal bezeichnen darf, so muß man feststellen, daß namentlich 1933 keinerlei Entsprechung zwischen Betriebsvermögen und Betriebseinkommen mehr besteht. Dies ist nur auf die niedrigen Preise zurückzuführen, die es zur ungefähren Erwirtschaftung der Kosten zu halten gilt.

Der Kapitalintensivierung der Betriebe entspricht auch eine steigende Belastung. Den Betriebsvermögen stand bei der Bürsten- und Textilindustrie eine hypothekarische Verschuldung von . . Mk. gegenüber [93]).

	Bürstenindustrie	Textilindustrie
1907:	506 583	650 000
1925:	222 283	239 000
1933:	719 745	530 850

Bezieht man die Verschuldung auf das Betriebsvermögen, das in der Praxis auch die Grundlage für die hypothekarischen Sicherungen darstellt, so zeigt sich, daß

1907 auf 1000 Mk. Vermögen eine Belastung von 549.— Mk.
1925 auf 1000 Mk. Vermögen eine Belastung von 97.— Mk.
1933 auf 1000 Mk. Vermögen eine Belastung von 723.— Mk.

entfällt. Deutlich ersieht man aus diesem Beispiel, daß die durch die Inflation reduzierte Belastung bis 1933 durch die Rationalisierung wieder weit überholt wurde, im wesentlichen also Neuverschuldung ist. Aus dieser Verschuldung ergeben sich regionale, interregionale und internationale Beziehungen; denn von diesen Beträgen ist ein Teil an interregionale und internationale Gläubiger gebunden. Es betrug (in Mark):

	1907	1925	1933
die regionale Verschuldung	201 603	172 284	162 695
die interregionale Verschuldung	304 980	289 000	1 062 900
die internationale Verschuldung	650 000	—	25 000

Die interregionale Kapitalverflechtung ist bei der Industrie am stärksten. Die Gläubiger für diese Belastungen sind — mit einer einzigen Ausnahme — badische Bankinstitute, die natürlich ihrerseits in den allgemeinen deutschen Kapitalmarkt verflochten sind.

Es wäre noch eine Reihe anderer Faktoren, die an der Wirtschaftsfunktion der Regionalindustrie entspringt, der Behandlung und Beleuchtung fähig, um die Wirkungen im Sinne unserer „Regionalität“ zu zeigen. Es muß aber genügen, die wesentlichen Zielpunkte bloßgelegt zu haben, um aus ihnen die nötigen Folgerungen abzuleiten. Es soll der abschließenden Beurteilung der Ergebnisse nicht vorgegriffen sein, wenn an dieser Stelle festgehalten wird, daß durch die fortschreitende Industrialisierung die Landwirtschaft die Rolle der Ernährung des Großteils der Regionalbevölkerung an die Industrie abgetreten hat. Die fast zu 100 % export- und versandorientierte Industrie führt bis zu gewissem Grade den Ausgleich zwischen Ein- und Ausfuhr herbei. Die Unmöglichkeit, die Bevölkerung aus den heimischen Kräften mit Agrarprodukten (Lebensmitteln) vollständig zu versorgen, drängt zu einer erheblichen Einfuhr bezw. zum „Empfang“ von Lebensmitteln. Diese Einfuhr kann aber nur durch entsprechende Ausfuhr bezw. entsprechenden „Versand“ bezahlt werden. Ausführen kann aber nur die Industrie in großem Maße, zum Teil noch die

Forstwirtschaft. Welche Rückwirkungen auf die Lebenshaltung der Bevölkerung der Rückgang der Ausfuhrmöglichkeit gehabt hat, soll später eingehend besprochen werden.

2. *Die öffentlichen Unternehmungen.*

Bei der Behandlung der öffentlichen Unternehmungen ist von einem Eingehen auf ihre organisatorische Seite Abstand genommen worden. Die öffentlichen Betriebe, wobei es sich um ein Gaswerk und einige kleinere Elektrizitätswerke handelt, spielen im Gesamtrahmen der Region eine geringe Rolle, weil ein Teil der großen Fabriken eigene Elektrizitätswerke besitzt, von denen aus ganze Dörfer mit Licht- und Kraftstrom versorgt werden. Todtnau als größte Siedlung mit den meisten Haushaltungen hat kein eigenes Elektrizitätswerk, sondern wird von 3 privatwirtschaftlichen, im Besitz von Industrieunternehmungen sich befindenden Werken versorgt. Das Bild dieser Darstellung erfährt insofern eine gewisse Verschiebung, als, um die übernommene Verpflichtung der vertraulichen Behandlung der überlassenen Unterlagen einhalten zu können, ein privates Unternehmen in diesen Kreis einbezogen wurde. Es handelt sich dabei sogar um das bedeutendste Elektrizitätswerk.

Am Stichtage der Betriebszählungen waren vorhanden:

	1907	1925	1933
Betriebe	4	6	9
mit . . Arbeitern und . . Angestellten	7	42	26
Die ausbezahlten Lohnsummen betrugen rund Mk.	11 000	50 000	16 200

Die Produktion erstreckt sich auf die Herstellung elektrischer Ströme zur Kraft- und Beleuchtungsnutzung, und soweit es sich um das Gaswerk Todtnau handelt, um die Bereitstellung von Leucht- und Heizgasen. Die Jahresumsätze beider Betriebsarten zusammengenommen belaufen sich:

1907 auf 83 000 Mk.
1925 auf 152 000 Mk.
1933 auf 130 380 Mk.

Die Fortschritte der Kraft- und Beleuchtungstechnik spiegeln sich in diesen Daten wieder. Die Zunahme der Betriebe ist nur dann verständlich, wenn man berücksichtigt, daß die entlegensten Berggemeinden zur Elektrifizierung übergegangen sind. Bis in die Zeit nach dem Kriege, in einigen Fällen sogar bis auf den heutigen Tag, diente das Petroleum zur Beleuchtung. Die Motorisierung der landwirtschaftlichen Betriebe (91 Motoren von 6 PS und mehr auf 872 Betriebe!) hat ebenfalls erst in jüngster Zeit eingesetzt.

Die Abhängigkeit dieser Betriebe von außerhalb des Untersuchungsraumes gelegenen Wirtschaftsgebieten ist unbedeutend,

zumal eine Lieferung von Licht- und Kraftströmen auf den interregionalen Markt nicht stattfindet. Soweit eine solche Verflechtung in Frage kommt, dreht es sich um Rohstoff- und Maschinenbezüge. Sie betrugen 1907 = Mk. 6 300, 1925 = Mk. 14 160 und 1933 = Mk. 12 600. Bezogen wurden Kohlen, Koks, Kalk, elektrische Beleuchtungskörper und Ersatzteile.

Die Steuer- und Sozialabgaben dieser Unternehmen haben betragen:

	in Mark		
	1907	1925	1933
Steuern	800	3 200	6 570
Sozialabgaben	100	3 888	2 420

Da die in Gemeindebesitz sich befindlichen Werke nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben werden, und ihre Rechnungsführung mit derjenigen der Gemeindeverwaltung zusammenfließt, muß an dieser Stelle davon Abstand genommen werden, die verfügbaren Daten über Betriebseinkommen, Betriebsvermögen und Verschuldung dieser Branche wiederzugeben, weil dadurch Rückschlüsse auf privatwirtschaftliche Unternehmen möglich würden. In der bilanzmäßigen Erfassung dieser Größen sind sie aber enthalten.

3. Das Handwerk.

Wenn das Handwerk getrennt von dem industriellen Gewerbe seine Erörterung findet, so geschieht dies deshalb, weil das Handwerk sich von der industriellen Produktion grundsätzlich durch die Art der Produktion unterscheidet. (Wenn oben ein Teil der maschinell-industriell betriebenen Unternehmen der Bürsten- und Holzwarenindustrie doch mit der übrigen Industrie zusammen bearbeitet wurde, so war dafür die Tatsache maßgebend, daß ihre Erzeugung sich auf festumrissene Produkte wie Bürsten, Bürstenhölzer u. ä. bezieht, während bei den hier behandelten handwerklichen Berufen: Schreiner, Zimmerleute, Schlosser, Schmiede usw. die spezifikatorische Produktionsleistung sich auf eine Reihe von unterschiedlichen Arbeitsverrichtungen verteilt).

Nach den jeweiligen Betriebszählungen wies das Handwerk folgenden Stand auf:

Jahr	Baugewerbe		Nahrungsmittelgewerbe		Bekleidungsgewerbe		Übrige handw. Berufe	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
1907	93	263	35	118	101	132	12	29
1925	131	259	40	127	117	182	6	9
1933	82	145	31	100	85	98	11	35

Unter den verschiedenen Ordnungsbegriffen sind zusammengefaßt:

Baugewerbe: Maurer, Schreiner, Zimmerleute, Gipser, Schlosser, Schmiede. Die Beschäftigten setzen sich nur aus männlichen Personen zusammen.

Nahrungsmittelgewerbe: Bäcker, Konditoren, Müller, Metzger.

Von den Beschäftigten waren:

	1907	1925	1933
männlich	88	91	70
weiblich	30	36	30

Bekleidungsgewerbe: Schneider, Schuster, Näherinnen, Bügelgeschäfte. Der Anteil der weiblichen Personen beträgt: 69 bezw. 42 bezw. 37.

Übrige handwerkliche bezw. freie Berufe: Dentisten, Friseure, Reinigungsgewerbe, Kaminfeger. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten beträgt: 1907 = 1, 1925 = 2 und 1933 = 6.

	1907	1925	1933
Zusammengefaßt ergibt sich:			
Zahl der Betriebe	251	317	209
Zahl der Beschäftigten	542	577	378
davon: männlich	473	508	341
weiblich	69	69	37

Von den Erwerbstätigen waren fremde, unselbständige Arbeitskräfte:

Jahr	Baugewerbe			Nahrungsmittelgewerbe			Bekleidungsgewerbe			Übrige Gewerbe		
	zus.	m	w	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.
1907	162	162	—	44	41	3	31	19	12	5	5	—
1925	118	118	—	57	55	2	65	27	38	3	3	—
1933	58	58	—	28	23	5	8	3	5	13	12	1

Die äußere Entwicklung des Handwerks geht mit dem wirtschaftlichen Aufblühen unserer Region parallel. Das Handwerk, d. h. verschiedene handwerkliche Berufsarten, sind im oberen Wiesental schon lang vertreten. Wenn man aber berücksichtigt, daß am Anfang des 19. Jahrhunderts etwa 40 Handwerker (darunter einige, deren Gewerbe heute ausgestorben ist: Nagelschmiede, Gerber und Färber) vorhanden waren, so kann man klar die

strukturelle Wandlung, die sich im Laufe von anderthalb Jahrhunderten vollzog, erkennen. Die immer weiter um sich greifende Ausdehnung des industriellen Wirtschaftssektors bis hin zur Wirtschaftskrise der jüngsten Zeit, hat sich nicht unmittelbar auf die Industrialisierung des oberen Wiesentales bezogen; aber durch die mit ihr verbundene Produktionsleistung hat sie den Eintausch von Lebensmitteln und anderen Bedarfsgütern, die in der Region nicht erzeugt werden können, ermöglicht.

Während in der Landwirtschaft die Inanspruchnahme gewerblicher Arbeits- und Leistungslieferung möglichst umgangen wird und auch teilweise umgangen werden kann, ist die der gewerblich-industriellen Schicht angehörende Bevölkerung in stärkstem Maße von Handwerk und Handel abhängig. Dem Bauer bleibt in Zeiten, in denen es wenig Feldarbeit gibt, die Möglichkeit, nötige Reparaturen selbst auszuführen; der in der Fabrik arbeitende Mensch wird dafür die Hilfe des Handwerks beanspruchen.

So ist die Industriebevölkerung, die in der Regel keinen Grundbesitz hat und deshalb nichts erzeugen kann, in der Beschaffung der Nahrungsmittel fast durchweg vom Einzelhandel abhängig.

Der Vollständigkeit halber sei noch darauf hingewiesen, daß zum Teil die Bäcker und Metzger von Schönau und Todtnau mit dem Fuhrwerk die Landgemeinden aufsuchen, um ihre Kundschaft zu versorgen.

Da das Handwerk vollkommen am örtlichen Markt ausgerichtet ist, sind beispielsweise die Krisenwirkungen oder die wirtschaftlichen Blütezeiten keine Erscheinungen, die aus dem Handwerk hervorgehen; sie sind in unserem Falle von der Industrie und der Land- und Forstwirtschaft übertragen. Wie die Zahlen der Betriebe und der Beschäftigten beim Nahrungsmittelgewerbe zeigen, haben in den unter diesem Begriff erfaßten Berufen nur geringe Verschiebungen stattgefunden. In einem Zeitraum von 18 Jahren, in dem alle andern Gewerbegruppen sowohl hinsichtlich der Betriebs- als auch der Beschäftigtenziffer ein großes Wachstum aufweisen, hat sich im Nahrungsmittelgewerbe die Zahl der Betriebe um 5, die der Beschäftigten um 9 erhöht. Die Erhöhung der Lebenshaltung durch die Erwerbsmöglichkeiten in der Industrie hat also keine wesentliche Umgestaltung der Ernährungsgewohnheiten verursacht.

Die Umsatzziffer des gesamten Handwerks betrug nach steuerlichen Schätzungen:

1925	1933	
rund 1,5 Millionen	rund 0,92 Millionen	Mark

Für 1907 waren nur in geringem Umfange Unterlagen verfügbar, die zu einem abgeschlossenen Bild nicht ausreichten. Ver-

gegenwärtigt man sich, daß an der Umsatzziffer der beiden angegebenen Jahre ein großer Teil der im Zusammenhang mit der Landwirtschaft behandelten Umsätze beteiligt ist, so erscheinen diese Ziffern hinreichend gerechtfertigt. Um einigermaßen die Aufwärtsentwicklung und dann die rückläufige Bewegung in der Krisenzeit charakterisieren zu können, sei angeführt, was die Gemeinden für handwerkliche Lieferungen und Dienstleistungen ausgeschüttet haben, und wie groß das steuerliche Betriebseinkommen war:

	1907	1925	1933
Ausgaben der Gemeinden für Lieferungen:			
	Mk.	Mk.	Mk.
Leistungen durch das Handwerk	107 763	223 822	48 900
Betriebseinkommen des Handwerks	46 400	82 540	37 940

Die Bewegung ist genau dieselbe wie bei dem industriellen Gewerbe! Es ist noch auf einige Tendenzen aufmerksam zu machen, die besonders für das Bekleidungs- und Baugewerbe von bedeutendem Einfluß waren: Das durch die Inflation zerstörte Vertrauen in die Stabilität der Währung einerseits und das relativ hohe Einkommen aller Berufsgruppen andererseits, schuf für lange Zeit in den Menschen jene psychologische Erscheinung, die mit dem Schlagwort: „Flucht in die Sachwerte!“ sich umschreiben läßt. Das Bestreben, das Geld möglichst rasch und sicher anzulegen, wirkte sich sehr günstig auf Handel und Handwerk direkt, auf die Industrie indirekt, aus. Daß dabei innerhalb der Region jene Wirtschaftsgruppen, deren Leistungen unmittelbar auf die zivilisatorische Gestaltung des menschlichen Daseins abzielen, sehr beansprucht waren, läßt sich mit einer kurzen Erwägung belegen. In der Zeit vor dem Kriege hatten die Modeschöpfungen der „Welt“ in unserer Region nur wenig Einfluß auf die Lebensführung. Während man früher Kleidungsstücke jahrzehntelang trug, fand in der Nachkriegszeit eine völlige Wandlung statt, die besonders auch die bäuerliche Bevölkerung ergriff. Von der weiblichen Bevölkerung wurde in großem Umfange, wenigstens auf dem Land, teils bis in die Nachkriegszeit, die Tracht getragen. Das Tragen modischer Kleidung löste diese Gebundenheit an die Überlieferungen der Vorfahren nahezu ab. Ähnliche Feststellungen lassen sich auch hinsichtlich der Wohnungsausstattung (Möbel) treffen. Als eine natürliche Reaktion auf diese Umgestaltung kann man das Ansteigen der Betriebs- und Beschäftigtenziffern im Bau- und Bekleidungsgewerbe ansehen. Zwei Punkte sind namentlich hinsichtlich des Baugewerbes zu erwähnen, die ihm einen großen Auftrieb gaben. Einmal verschaffte das Nachholen des vom Kriege her rückständigen Wohnungsbaues reichlich Arbeit, zum andern führten die großen Investitionen der Industrie (Fabrikneu- und -um-

bauten) zu einem gewaltig erhöhten Auftragsbestand im Bauhandwerk. Die Vereinfachung des Lebens als Folge der Krisenwirkungen spiegelt sich beim Handwerk aber auch ebenso unverkennbar wieder. Mit Ausnahme der unter dem Begriff „Übriges handwerkliches Gewerbe" zusammengefaßten Berufe, haben alle übrigen Arbeitskräfte freisetzen müssen. Die fremden Arbeitskräfte sind im Nahrungsmittel- und Baugewerbe um rund 50 %, im Bekleidungsgewerbe sogar um 85 % zurückgegangen. Dieser Rückgang an Arbeitsgelegenheit bedeutet aber auch eine Schrumpfung des regionalen „Volkseinkommens". Die Auswirkungen werden in anderem Zusammenhange wieder aufgegriffen.

Mit Rücksicht darauf, daß in verschiedenen Berufsgruppen des Handwerks verschiedene Entlohnungsprinzipien herrschten (Stundenlohn beim Baugewerbe, Wochenlohn im Nahrungsmittel- und Bekleidungsgewerbe usw.), wurde auf Grund typenmäßiger Erhebungen für das Jahr 1933 eine Totallohnsumme berechnet. Eine ähnliche Berechnung für 1907 und 1925 mußte unterbleiben, weil die über diese Zeitpunkte eingezogenen Erkundigungen nicht zuverlässig genug erschienen. Die Lohnsätze und -formen waren vor dem Kriege noch viel unterschiedlicher. Nach dieser Berechnung betrugen die Totallohnsummen 1933 rund 150 000 Mk., die Sozialleistungen rund 30 000 Mk. Die Steuerleistungen, die nach amtlichen Unterlagen berechnet wurden, betrugen für dasselbe Jahr rund 65 000 Mk. In diesem Betrag sind alle Steuerarten enthalten. Bei dieser Steuerleistungssumme ist zu beachten, daß das Handwerk neben Landwirtschaft und Handel über ein ausgedehntes Grundvermögen verfügt. Aber auch das Betriebsvermögen, das

1907: Mk. 161 000.—
1925: Mk. 57 300.— und
1933: Mk. 81 400.—

betrug, wurde zur Steuerleistung herangezogen.

Einen wichtigen Anknüpfungspunkt an die interregionale Wirtschaft stellen die interregionale Verschuldung und die daraus resultierenden Zinsforderungen dar. Die hypothekarische Belastung des Handwerks belief sich:

	1907	1925	1933	
auf	2 451 000	1 716 300	2 646 300	Mk.
Diese Summen verteilen sich:				
auf regional gebundene Belastung	1 514 600	1 453 300	2 282 800	Mk.
auf interregional gebundene Belastung	1 026 400	263 000	353 500	Mk.
auf international gebundene Belastung	—	—	—	

In diesen Beträgen ist die Verschuldung der Maschinen-, Holzwaren- und Elektrizität erzeugenden Industrie enthalten. Verglichen mit der Industrie, der Landwirtschaft und dem Handel, steht das Handwerk in der Verschuldung an erster Stelle. Als wirtschaftlicher Faktor nimmt es diesen Rang jedoch nicht ein!

Frägt man sich nach dem Grund für diese relativ hohe Verschuldung, so kann man zur Beantwortung dieser Frage nur über die Beleuchtung der wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Situation des Handwerks gelangen: Die Handwerksbevölkerung ist an dem in der Region aufgebrachten Sparkapital in hervorragendem Maße beteiligt. Die stationäre Wirtschaftsweise, d. h. das Festhalten an den überkommenen Wirtschaftsformen hinsichtlich der technischen Organisation ihrer Unternehmen, zusammen mit dem, dem Handwerk eigenen Sinn für sparsame Lebensführung, hatten dazu geführt, daß sich im Handwerk ein, wenn auch bescheidener Wohlstand herausbildete. Diese Wohlstandsbildung ihrerseits hatte aber auch eine Bevölkerungsvermehrung zur Folge. Eine Untersuchung einiger wahllos herausgegriffener Handwerkerfamilien ergab eine durchschnittliche Kinderzahl von 1907 = 4,2, 1925 = 3,9 und 1933 = 5,1 pro Familie. Da nun im Erbfalle, genau wie bei der Landwirtschaft, die geschlossene Erbfolge in Übung ist, ist dadurch der Grund für eine große Verschuldung gegeben. Der übernehmende Sohn (oder Schwiegersohn) muß, um seine Miterben befriedigen zu können, entweder Geld aufnehmen, oder aber die Erbansprüche pfandrechtlich sichern. Die jährliche Zinsenlast, die sich aus diesen Beträgen ergibt, beläuft sich bei Annahme der gleichen Zinssätze wie bei der Landwirtschaft auf:

	1907	1925	1933
	Mk.	Mk.	Mk.
	68 150	171 630	172 000
wovon an			
interregionale Gläubiger	45 180	26 300	21 670
bezahlt werden müssen.			

Auch aus der Verschuldung zeigt sich, daß das Handwerk nahezu vollkommen regional ausgerichtet ist. Abgesehen von den Rohstoffbezügen und der Zinsleistungspflicht ist es ganz im Sinne einer ehemaligen stadtwirtschaftlichen Wirtschaftsorganisation ausgerichtet. Die Städte Schönau und Todtnau sind auch die Standorte für das Handwerk. Sofern noch Dorfhandwerker in der Zählung miterfaßt sind, muß berücksichtigt werden, daß sie oft noch einen landwirtschaftlichen Betrieb besitzen oder wenigstens in einem solchen leben. Ihre Tätigkeit bleibt in der Regel auf ihren Wohnort beschränkt. Auch beim städtischen Handwerk wird der Rahmen, der ihnen durch die natürliche Lage der Region gezogen ist, kaum überschritten.

Das Ergebnis dieser Betrachtung ist ein ziemlich eindeutiges: Das Handwerk gleicht in seiner wirtschaftlichen Situation sehr der Landwirtschaft. Es ist mit seiner Wirtschaftsleistung auf den regionalen Markt angewiesen und seine wirtschaftliche und soziale Struktur ist in stärkstem Maße von der übrigen Wirtschaft abhängig.

4. Das Fremdenverkehrsgewerbe.

Unter dem „Fremdenverkehrsgewerbe" sind in den nachfolgenden Darlegungen alle Sparten behandelt, die für den Verkehr mit Fremden in Betracht kommen: Die kleinen und großen Hotels, sowie die Gaststätten aller Art.

Die natürlichen Reize und die ideale Lage des oberen Wiesentals inmitten des Schwarzwaldes, haben immer Fremde angelockt. Ursprünglich blieb das Fremdenverkehrsgewerbe auf die Städte Schönau und Todtnau und das Feldberggebiet beschränkt. Dort bildete sich im Laufe der Zeit eine wohlgerüstete Hotellerie heraus, die den Ansprüchen Erholungsbedürftiger gerecht werden kann. Der Weltkrieg hat den Fremdenverkehr, namentlich die vielen Besuche aus dem Ausland, völlig unterbunden. Nur mühsam konnte durch die vergangenen Jahre wieder an Boden gewonnen werden. Dabei zeigt sich, daß die durch den Weltkrieg erfolgte Auflockerung der regionalen Abgeschlossenheit in der Folgezeit auch in der Struktur der Fremdenindustrie eine Wandlung herbeiführte: Waren es ehedem die beiden städtischen Brennpunkte und das Feldberggebiet, die den Anschluß an die moderne Gegenwart bereits gefunden hatten, so traten in der Nachkriegszeit, in der das Erwachen eines Sport- und Wandergeistes eine stetig sich steigernde Fremdenbewegung mit sich brachte, auch die stillen Bergdörfer aus ihrer traditionellen Geschlossenheit heraus und öffneten sich dem Fremdenverkehr.

Den natürlichen Vorteilen, die das Gebiet für den Fremdenverkehr geradezu als geschaffen erscheinen lassen, stehen ebenso natürliche Nachteile entgegen, die einen vollkommenen Ausbau dieses Erwerbszweiges vorderhand sehr in Frage stellen. Die Verkehrsanlagen genügen nämlich keineswegs den Erfordernissen. Weder der nur durch Kraftwagen und nur in den Sommermonaten ermöglichte Zugang von Westen und Norden, noch der von Süden her durch die Nebenbahn Zell—Todtnau vermittelte Verkehr vermögen eine wünschenswerte Erschließung des Gebietes zu bieten.

Genaue Unterlagen über das Ausmaß des Fremdenverkehrs in den früheren Jahren fehlen. Das Meldewesen, obwohl polizeilich verordnet, war in der Vergangenheit immerhin sehr lückenhaft. Erst für das Jahr 1933 liegen genaue Angaben vor:

Aus den Ergebnissen der verschiedenen Betriebszählungen kann man aber auch für die rückliegende Zeit einige Schlüsse ziehen. Es betrug:

für die Jahre	1907	1925	1933
die Zahl der Betriebe (einschließlich der Schankwirtschaften)	49	50	61
die Zahl der Beschäftigten	177	310	263
davon sind weibliche Personen	114	198	155

Von diesen Betrieben entfallen auf die ausgesprochenen Fremdenverkehrsorte:

Schönau	10	—	10
Todtnau	14	—	16
Brandenberg (Feldberggebiet)	2	3	3
Schönenberg (Belchen)	2	3	5
Todtnauberg	2	3	5

Diese Betriebe sind in der Hauptsache auf den Kur- und Sportbetrieb eingestellt, während die übrigen verhältnismäßig wenig Anteil am Fremdenverkehr haben. Dies zeigt sich auch an den Beschäftigtenziffern: Die 36 Betriebe, nach den Orten Schönau, Todtnau usw. aufgezählt, hatten am 16. Juni 1933 einen Beschäftigtenstand von 78 männlichen und 116 weiblichen Personen, zusammen 194, sodaß in den restlichen 25 Betrieben nur noch 30 männliche und 39 weibliche Erwerbstätige übrigbleiben. Für diese 25 Betriebe (es handelt sich bei ihnen um „Dorfwirtschaften") gilt die Annahme als berechtigt, daß sie, von Sonderfällen abgesehen, keine Fremden beherbergen. Es sind in ihnen auch keine fremden Arbeitskräfte beschäftigt. Die aus dem Jahre 1933 vorliegenden Fremdenmeldungen [96]) ergeben folgendes Bild:

Ort	Fremde	Übernachtungen
Feldberg	3357	11 801
Todtnau	2152	7 603
Schönau	2928	7 808
Muggenbrunn	2132	11 097
Belchen-Multen	68	133
	10 637	38 442

Von diesen 10 637 Fremden entfielen nach der Staatsangehörigkeit auf Deutschland 8 829
auf das Ausland 1 808

Nach ihrer Herkunft verteilen sich die Fremden:

Land	Fremde	%
1. Deutschland:		
Baden	4 310	48,8
Württemberg	914	10,8
Bayern	522	5,8
Rheinland-Westfalen	684	7,8
Übriges Deutschland	2 369	26,8
	8 829	100,0
2. Ausland:		
England	131	8,5
Frankreich	102	7,5
Holland	202	11,5
Österreich	26	1,0
Schweiz	1 246	63,0
U. S. A.	46	3,5
Übriges Ausland	55	5,0
	1 808	100,0

Will man den finanziellen Erfolg, der aus diesen Fremdenbesuchen erzielt wird, annähernd feststellen, so muß man für die Verhältnisse des oberen Wiesentales einen Mindestsatz von 5.— Mk. pro Übernachtung in Ansatz bringen [97]). Dies würde bei den ermittelten 38 442 Übernachtungen einen Betrag von 192 000.— Mk. ergeben, der entsprechend unseren Betrachtungsansätzen mit

162 000.— Mk. auf interregionale und mit
30 000.— Mk. auf internationale Gäste

entfällt und als Export, als Aktivum in der Handels- und Dienstleistungsbilanz der Region erscheint. Mit dieser Aufteilung wird zwar die Möglichkeit vernachlässigt, daß auch Personen aus der Region an diesen Übernachtungen beteiligt sein können; diese Fälle sind aber wohl selten.

Der Jahresumsatz der Fremdenindustrie (Hotellerie) und der Schankwirtschaften dürfte für das Jahr 1933 rund 500 000.— Mk. betragen. Eine genaue Erfassung war nicht möglich, aber die zugrundeliegenden Anhaltspunkte finden in aktenmäßigen Unterlagen eine gewisse Rechtfertigung. Unter anderm ist darin enthalten ein Bierumsatz von 132 000.— Mk., das sind rund 3400 hl.

Das aus diesem Umsatz resultierende Betriebseinkommen ist für 1933 mit 14 680.— Mk. ausgewiesen (1907 = 46 600.— Mk.,

1925 = 76 300.— Mk.). Aus den Wandlungen des Betriebseinkommens muß geschlossen werden, daß, abgesehen von der Geldwertaufblähung in der Zeit um 1925, auch dieser Wirtschaftszweig die allgemeine „Hausse" mitmachen konnte. Die Erfahrung über die Lebensgewohnheiten breiter Schichten der Bevölkerung bestätigt diese Annahme: In wirtschaftlich guten Zeiten findet die ökonomische Befriedigung oft in Festen und Feierlichkeiten ihren Ausdruck. Auch der alltägliche Verbrauch an Genußgütern (Alkohole) steigt erfahrungsgemäß mit der Zunahme des Einkommens. Die weitverbreitete Wohlstandsbildung spiegelt sich auch im besonderen in der Fremdenindustrie wieder. Der Kur- und Sportbetrieb ist in seinem Ausmaß mindestens teilweise aus der Steigerung der Realeinkommen zu begreifen.

Die Bestrebungen des Fremdenverkehrsgewerbes, dem wachsenden Anspruch an die Qualität der Bedienung und Beherbergung gerecht zu werden, haben im zahlenmäßigen Stand des Betriebsvermögens ihren Niederschlag gefunden:

1907 betrug es 211 100.— Mk.
1925 betrug es 186 500.— Mk.
1933 betrug es 235 200.— Mk.

Bekanntlich umfaßt das Betriebsvermögen die Einrichtungen zum Gewerbebetrieb. Trotzdem die Bewertungsanschläge im Jahre 1925 im allgemeinen einen sehr hohen Grad erreicht hatten, sind die Vermögenswerte 1907 und 1933 entschieden höher. Der Umstand, daß während der ganzen Dauer des Krieges und eines Teils der Nachkriegszeit der Fremdenverkehr lahmgelegt war, und daß demzufolge die Einrichtungen nur notdürftig instandgehalten werden konnten, rechtfertigt einigermaßen den Tiefstand des Jahres 1925. Das Ansteigen der Vermögenssätze auf den Stand von 1933 verrät die oben angedeutete Bestrebung, den Ansprüchen der modernen Zeit gerecht zu werden.

Die Zerrüttung der weltwirtschaftlichen Beziehungen und die Krise der deutschen Volkswirtschaft, wodurch auch die Regionalbevölkerung vor die harte Tatsache eines Abbröckelns des Lebensstandards gestellt wurde, wirkte von internationaler und interregionaler Seite her auch stark auf die Fremdenindustrie. Die in fast allen Ländern sich verschärfende sozialökonomische Lage erfordert die Anspannung aller Mittel. Die nationalwirtschaftliche Tendenz findet zumal auch hinsichtlich des Fremdenverkehrs beredten Ausdruck. Die Plakate in den englischen Jugendherbergen „Hike in England!" oder die Aufforderung „Verbringe deine Ferien in der Schweiz . . ." an den Litfaßsäulen der schweizerischen Städte legen Zeugnis dafür ab. Aber auch in der Region wirkt sich die Verschärfung der Lebenslage aus. Wenn durch eine Verschärfung der wirtschaftlichen Lage eine Einschränkung der

Lebenshaltung bedingt wird, so wirkt sich diese Senkung erfahrungsgemäß auf die Genußgüter (Wein, Bier, Spirituosen) aus. Von dort pflanzt sich diese Hemmung im Verbrauch denknotwendig als Hemmung auf die diese Güter verteilenden Wirtschaftskreise fort. Die Rückschläge im Fremdenverkehrsgewerbe, insbesondere im Gaststättengewerbe, weisen somit ihre Ursache verständlich aus. Dazu tritt als weiteres zu beachtendes Moment in der jüngsten Zeit noch der Umstand, daß die Sport- und Wandergäste häufig ihre Lebensmittel mit sich führen, um die Beanspruchung der Gaststätten zu umgehen. Auch bei den Erholungsbedürftigen hat, soweit nicht irgend eine Art von Sozialvorsorge-Einrichtung die Kosten trägt, die wirtschaftliche Not die gesundheitlichen Erfordernisse teilweise überlagert.

Der Ausbau des Fremdengewerbes hat große Summen Kapital erfordert. Dies zeigt sich bei der Feststellung der Verschuldung. Im Verhältnis zu den anderen Wirtschaftsgruppen sind die Fremdenindustrie und das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe stark beeinflußt. Die hypothekarischen Beleihungen beliefen sich

in den Jahren	1907	1925	1933	
für	49	50	61	Betriebe
auf	602 650	452 500	761 260	Mk.

Annähernd im gleichen Maße wie dieser Wirtschaftszweig ein dienstleitendes Aktivum für den Ausgleich zwischen Ein- und Ausfuhr der Region „erzeugt", wird durch seine interregionale und internationale Verschuldung ein Passivum an jährlichen Zinsleistungen verursacht. Es waren nach den Gläubigern gebunden:

	1907	1925	1933	
regional	280 650	135 302	216 968	Mk.
interregional	162 000	51 175	390 405	Mk.
international	160 000	266 023	153 887	Mk.
	602 650	452 500	761 260	Mk.

Greift man als Beispiel den Stand des Jahres 1933 heraus, so ergibt sich bei den für diese Verschuldungen maßgeblichen Zinssätzen von 6 ¼ % (interregional) und 4 % (international) eine Zinsleistungspflicht von zusammen 27 370 Mk.

Abschließend muß noch darauf hingewiesen werden, daß über die Lohnsummen der in diesem Wirtschaftszweig beschäftigten fremden Arbeitskräfte

	1907	1925	1933
männliche	14	33	17
weibliche	54	116	112
zusammen	68	149	129

keine Angaben gemacht werden können, weil die Löhne und Gehälter oft gänzlich verschieden sind, z. B. ist 1933 der Grundlohn für weibliche Bedienstete ganz weggefallen. Sie erhalten Kost und Logis; ihre Bareinkünfte setzen sich aus den Trinkgeldern zusammen, die einen unterschiedlichen Hundertsatz des täglichen Bedienungsumsatzes betragen. Um die fast völlige Unmöglichkeit der Erfassung dieser Summen darzutun, führen wir Beispiele aus drei verschiedenen Unternehmen an, die innerhalb der Region liegen. In einem Falle arbeiten die Bedienungen mit 10 % des Bedienungsumsatzes, der jedoch nur die in der Zeit vom Frühstück bis zum Abendessen verabreichten Speisen und Getränke umfaßt. In einem zweiten Falle gehören Frühstück und Abendessen zum Umsatz hinzu, während in einem weiteren Falle die Bediensteten ihre Trinkgelder auch von der Hotelbeanspruchung durch die Gäste, also von den Übernachtungen, erhalten.

5. Der Handel, das Bank- und Kapitalwesen.

a) Der Handel.

In gleichem Maße, wie die Wirtschaft des oberen Wiesentales mit der Industrialisierung und der damit verbundenen Vermehrung der gewerblichen Bevölkerungsschicht, über die gegebene heimische Ernährungsgrundlage hinausgewachsen ist, hat sich auch der Handel ausgedehnt. Die Struktur der Regionalwirtschaft glich in der Mitte des 19. Jahrhunderts dem eines mittelalterlichen Stadtwirtschaftskreises, in dem die Ernährung der Bevölkerung in einem Wechselspiel von Leistungen zwischen dem gewerblichen Brennpunkt einerseits und dem agrarbetonten Einzugsgebiet der Dörfer andererseits sich vollzog. Die Urerzeugung des Landwirts schuf die Möglichkeit der Stoffveredelung des Gewerbes, und aus den Differenzierungen der hergestellten Gebrauchsgüter erstand allmählich die Verteilung, der Handel.

Die schon zu verschiedenen Malen betonte Notwendigkeit, die nahrungspolitischen Stützen für den über der Landwirtschaftsbevölkerung sich aufbauenden und weit über sie hinausgreifenden gewerblichen Bevölkerungsteil aus dem Gebiet hinauszuverlegen, erforderte die Dazwischenschaltung von Wirtschaftsleistung, die die Verbindung zwischen fremdem Erzeuger und heimischem Verbraucher übernahm. Dies ist die Funktion des Handels. Der regionale Handel umfaßt deshalb in der Hauptsache nur solche Zweige, die die im regionalen Wirtschaftskreis nicht zu erzeugenden Güter vermitteln:

Jahr	Lebensmittelhandel		Textilwarenhandel		Metallwarenhandel		Lederwarenhandel-		Brennmaterialhandel		Fuhrhalterei, Versichg.	
	B.	E.	B.	E.	B.	E.	B.	E.	B.	E.	B.	E.
1907	36	60 (39)	26	43 (18)	4	9 (4)	6	7 (3)	3	3	16	23 (15)
1925	40	101 (48)	21	51 (27)	7	15 (4)	5	10 (5)	8	20	17	28 (3)
1933	61	111 (53)	22	40 (8)	8	16 (6)	4	7 (2)	6	6	13	20 (1)

(Die in Klammer gefaßten Zahlen drücken die weiblichen Erwerbstätigen aus). (Anm.: B. = Betriebe, E. = Erwerbstätige).

Zusammengefaßt sieht das Bild so aus:

	1907	1925	1933
Betriebe	91	101	118
Erwerbstätige	145	234	206
davon weibliche	(79)	(88)	(80)
fremde Arbeitskräfte	17	26	23

Hinsichtlich der Gruppierung, wie sie in der obenstehenden Tabelle durchgeführt wurde, ist noch zu bemerken, daß in den seltensten Fällen eine klare Scheidung nach dem Oberbegriff einer Warengattung, z. B. Textilwaren, Lederwaren usw. besteht; vielfach werden in den Handelsunternehmen alle möglichen Waren gleichzeitig geführt.

Die durch die allgemeine Steigerung der Realeinkommen gehobene Lebenshaltung, deren Ursachen schon oft betont wurden, gibt auch dem Bestand an Handelsunternehmen und deren Erwerbstätigen das Gepräge. Auch in der Rückentwicklung hat der Handel notwendigerweise Schritt halten müssen. Dies drückt sich zwar nicht äußerlich sichtbar an seinem Bestand aus. Vergleicht man aber die Handelsumsätze der Jahre

	1925	1933
mit	Mk. 928 000.—	Mk. 684 000.—

wobei wir vergleichshalber den Umsatz von 1933 in der Kaufkraft von 1925 ausdrücken wollen: = 765 390.— Mk., so zeigt sich, daß umsatzmäßig eine Schrumpfung stattgefunden hat. Die Waren, die diese Umsätze ergeben, umfassen nahezu alle Warengattungen: Lebens- und Genußmittel, Haushaltungsgegenstände, Textilwaren, Schuh- und andere Lederwaren, Luxusgegenstände u. a. m., die in der Regel alle außerhalb der Region erzeugt werden. Gewisse Waren, wie Haushaltungsgegenstände aus Holz (Eimer, Kochlöffel), Bürstenwaren, zum Teil auch Baumwollstoffe, werden

in der Region produziert und vom Handel verteilt. Diese Sparte ist aber sehr gering.

Die Leistung, die die Verbindung zwischen Binen- und Außenmarkt herstellt, bietet 2,5 % der Bevölkerung (den Angehörigen des Handels) eine verhältnismäßig gute Lebensmöglichkeit. Das Betriebseinkommen des Handels[98]) betrug 1907: Mk. 69 260.—, 1925: Mk. 63 720.— und 1933: Mk. 33 002.—. Dieses Einkommen ist als Unternehmereinkommen zu werten, dem noch die Lohnsumme der fremden Arbeitskräfte gegenüberzustellen ist. Sie betrug im Jahr 1925: Mk. 62 420.— und 1933: Mk. 47 700.—. Die Sozialleistungen beliefen sich in den gleichen Jahren auf Mk. 19 800.— bezw. Mk. 17 290.—. Die Steuerleistungen des Handels, die ebenfalls nur in den beiden letzten Erhebungszeitpunkten annähernd festzustellen versucht wurden, betragen:

1925	1933
rund Mk. 100 000.—	rund Mk. 84 000.—

Im Vergleich zum Handwerk, das bedeutend mehr Beschäftigte umfaßt, verfügt der Handel über ein großes Betriebvermögen:

1907	1925	1933
Mk. 312 800.—	Mk. 158 900	Mk. 239 200.—

Wenn man in Erwägung zieht, daß das Betriebsvermögen (in diesem Falle handelt es sich wohl weniger um „stehendes" als vielmehr um „umlaufendes"), die zum Gewerbebetrieb nötigen Warenvorräte, Bargeld, Wertpapiere, Wechsel u. a. umfaßt, so ist seine Höhe verständlich. Daß es 1925 ungleich tiefer lag als vor dem Kriege und 1933, ist wohl damit einigermaßen zu erklären, daß die mit dem Begriff „Flucht in die Sachwerte" ausgedrückte Erscheinung im allgemeinen Wirtschaftsleben, eine große Lagerbildung nicht zuließ. Während der Inflationsjahre war eine Lagerhaltung, die über ein notwendiges Maß zum dürftigen Umtrieb des Geschäftes hinausging, gar nicht denkbar, weil die sprunghafte Geldentwertung ein Disponieren verunmöglichte. Die Auffüllung der Lager konnte nur langsam, parallel der Kapitalbildung erfolgen.

Die Verschuldung des Handels, die nach der Berufszugehörigkeit des grundbuchmäßigen Eigentümers festgestellt wurde, betrug: 1907 = Mk. 1 308 840.—, 1925 = Mk. 273 590.— und 1933 = Mk. 1 148 450.—. Für die Höhe der hypothekarischen Belastungen darf zum Teil auch die Sitte der geschlossenen Erbfolge verantwortlich gemacht werden. Zwar kann man behaupten, daß eine Verschuldung nicht unbedingt der Ausdruck ruinöser Wirtschaftsverhältnisse sein muß. In wirtschaftlich guten Zeiten — als solche kann man die Zeit um 1907 immerhin betrachten — ist eine Verschuldung, die unter dem Gesichtspunkt der Tragbarkeit erfolgt, ein Zeichen wirtschaftlichen Wagemutes und kühnen

Unternehmungsgeistes. Und diese Eigenschaften sind ein der Natur des Handels innewohnendes Erfordernis. Auffallend weist die Belastung des Handels aus, daß er trotz seiner engen, seiner Wirtschaftsfunktion entsprechenden Verflechtung in die interregionalen Wirtschaftssphären, kaum interregional und gar nicht international verschuldet ist. Die interregionalen Schuldbeziehungen sind in folgende Zahlen zu fassen:

1907 = Mk. 136 000.—, 1925 = Mk. —.— und 1933 = Mk. 202 511.—.

b) Das Bank- und Kapitalwesen.

Mit diesem Beispiel für die Verschuldung des Handels sind wir zu jener Stelle gelangt, an der das Bank- und Geldwesen einer kurzen Betrachtung bedarf: Es gab

	1907	1925	1933
bankähnliche Institute	2	3	4
mit Beschäftigten	2	9	8

Haben ursprünglich diese Institute, die ihre Entstehung der Initiative weitblickender Männer verdanken, nur als Ersparniskassen fungiert, die die Ersparnisse der Bevölkerung sammelten und einer Anlage zuführten, so sind sie später dazu übergegangen, Bankgeschäfte in erweitertem Umfange zu betreiben. Die durch den wachsenden Verkehrszusammenhang der einzelnen Wirtschaftszweige, namentlich der Industrie und des Handels, immer stärker auftretende Notwendigkeit, die unmittelbaren Geldgeschäfte durch einfachere, schnellere und auch billigere Methoden abzulösen, hat auch die Geldinstitute unserer Region in ihrer Struktur zu modernen Einrichtungen werden lassen. Sie sind dazu übergegangen, berufsmäßig gegen Entgelt die Vermittlung von Kapital und die Begleichung entstandener Forderungen am fremden Markt zu übernehmen. Das Giral- und Buchgeld verdrängte in steigendem Maße den Barverkehr. Mit einigen Zahlen sei diese Entwicklung gekennzeichnet:

1. Giroverkehr in Mk.

Jahr	Einzahlungen	Zinsen	Rückzahlungen	Bestand	Kunden
1907	—	—	—	—	—
1925	2 437 945	5 320	2 230 452	189 287	212
1933	2 653 157	1 030	2 713 851	150 584	504

2. Konto-Korrentverkehr.

Jahr	Umsätze in Mk.			Bestände in Mk.		
	Lastschrift	Zinsen	Gutschrift	Zinsen	Debitoren	Kreditoren
1907	12 058	—	—	—	3 167	—
1925	1 041 437	21 454	922 622	198	243 748	37 996
1933	2 008 189	47 167	2 080 298	1 025	765 818	79 901

3. Kapitalanlagen in Mk.

Jahr	Hypotheken	Schuldscheindarlehen	Gemeindedarlehen	Kto.-Korr.-Kredite	Liquid. Anlagen
1907	2 813 562	901 405	52 640	12 058	696 171
1925	76 846	33 955	107 425	233 748	54 180
1933	2 041 221	92 808	315 862	765 818	328 442

Die Reingewinne, die Löhne der Angestellten, die Sozialleistungen, sind mit den Daten des Handels verarbeitet worden. Eine Erörterung der dargestellten Entwicklung erübrigt sich an dieser Stelle, da in anderem Zusammenhang noch einmal darauf zurückgegriffen werden muß [99]).

III. Die öffentlich-regionalen Haushalte.

Es war bei der Fragestellung im Sinne des Regionalismus und bei der methodischen Abstraktion des Untersuchungsgebietes aus der gesamten deutschen Volkswirtschaft von Anbeginn klar, daß sich im Verlaufe der Darstellung eine Reihe von „organischen" Anknüpfungspunkten oder richtiger: Eingliederungsgründen ergeben müssen. Die aus einem Mangel an Subsistenzmitteln zwangsläufig sich ergebende Wirtschaftsverflechtung in andere deutsche oder ausländische Wirtschaftsregionen, die formale Notwendigkeit, die Einfuhr mit einer entsprechenden Ausfuhr quittieren zu müssen, sind solche aus dem Wirtschaftsablauf sich ergebende Verknüpfungsursachen in „überhöhende" oder gleichgliedrige Teilganze [100]). Diese Tendenzen — in ihrer geographisch-räumlichen Wirksamkeit gesehen — ließen sich durch entsprechende Maßnahmen in anderer Richtung umbiegen. Man könnte z. B. die Mühlenprodukte (Mehl und Futtermittel) anstatt aus dem vorderen Wiesental zu beziehen, in Bayern, in der Schweiz oder sonstwo kaufen. An der Gestalt der wirtschaftlichen Beziehungen

unserer Region würde sich nur wenig ändern. Würde man aber eine politische Abgrenzung dergestalt vollziehen, daß das Wiesental ein Kanton der Schweiz würde, so wäre die Wirtschaft unserer Region plötzlich ein „Gliedganzes" der schweizerischen Volkswirtschaft; sie würde das „Kapital höherer Ordnung" vom Schweizer Bund zur Verfügung gestellt erhalten, und die Steuern, das Entgelt für die Bereitstellung des „Kapitals höherer Ordnung" würden in den öffentlichen Haushalt der Schweiz fließen.

Daraus folgt, daß der *politische Standort* eines „Gliedganzen" *auch seine wirtschaftlichen* regionalen *Eigenheiten wesentlich bestimmt.* Die Wirtschaftsäußerung hängt weitgehend von der Zielvorstellung der obersten nationalen Ganzheit ab, in der sich die Kräfte der Solidarität, der wirtschaftspolitischen Führung, der Gewährung von Rechtsschutz und -sicherheit usw. usw. entfalten. Ihren Ausdruck finden diese Kräfte in Einrichtungen staats- und verwaltungsrechtlicher Art. So wie die Volkswirtschaft u. E. nur aus der lebendigen Integration arteigener Glied- und Teilganzen [101]) verstanden werden darf, so muß man auch die Nation aufgebaut sehen, denn die Auffassung einer starren Ganzheit trägt den Stempel der Gleichförmigkeit, der Vermassung. Erst aus Gegensätzen und Spannungen erwächst die Lebendigkeit der Wirtschaft, des Staates, der Kultur, der Gesellschaft. Wozu würde es sonst eines staatlichen oder wirtschaftlichen Ordnungsprinzips bedürfen, wenn es nicht darauf ankäme, Spannungen und Gegensätze auf ein völkisches Ziel hin zusammenzufassen?

So wie für das Aufbauelement: Lokal- und Regionalwirtschaft, Menschen und Gebiete die Grundlage bilden, so ist für den Staat der Mensch und die Gebietsgrundlage notwendig. Aus der Vielgestaltigkeit dieser Grundlagen ergibt sich auch die Differenzierung der anzuwendenden Mittel. Gesetzgebung und Verwaltung sind sicht- und mittelbarer Ausdruck staatlich-nationaler Wirklichkeit. Der Staat schafft so den für das Zusammenleben der Menschen nötigen Boden, indem er „auf Schritt und Tritt . . Kapital höherer Ordnung . . zur Verfügung (stellt), welche die unentbehrliche Hilfe leisten . . . Ein Handelsgesetzbuch z. B., das Kreditsicherheit, ein Handelsvertrag, der günstige Verkehrsformen mit ausländischen Abnehmern darbietet . . ., sind Beispiele von Kapital höherer Ordnung. (Die) Träger sind: Staat, Gemeinde und Verbände . . ." [102]).

Die Tätigkeit, die diese Organe ausüben, erzeugt einen Bereich von Leistungen, die dadurch zu wirtschaftlichen werden als die Menschen, die dieser Tätigkeit obliegen, um leben zu können, ein Entgelt erhalten. Die Zusammenfassung dieser Leistungen und der Entgelte, die diejenigen aufzubringen haben, die im Genusse der Kapitalien höherer Ordnung stehen, erzeugen den öffentlichen Haushalt, der sich entsprechend dem Regionalismus aus

den untergeordneten Tätigkeitsbereichen aufbaut und zusammensetzt.

Es kann sich aber hier nicht darum handeln, bis ins einzelne die verschiedenen Abgrenzungen und die geschichtlichen Entwicklungsstufen der öffentlichen Haushalte festzuhalten.

Ähnlich wie die Privatwirtschaft zu ihren Wirtschaftsäußerungen auf der Basis: Kapital (Boden, Gebäude, Maschinen u. ä.) und Arbeit kommt, kommt die öffentliche Wirtschaft auf einer vorgegebenen Grundlage dazu. Letztere umfaßt dieselben Faktoren, soweit sie im Besitze der Öffentlichkeit stehen und zu deren Nutzen erhalten und deshalb bewirtschaftet zu werden verlangen. Diese Tätigkeit läßt sich in zwei Tendenzen auflösen:

1. Wahrung der öffentlichen Interessen durch Gewährung von Kapitalleistungen höherer Ordnung (Schutz der Person und des Eigentums u. ä.).
2. Bewirtschaftung des Allgemeineigentums (Wald, Allmenden, Gebäude u. ä.).

Um einer zu weitgehenden Untersuchung der Teiltätigkeiten der öffentlichen Wirtschaft zu entgehen, sei herausgestellt, auf welche Wesensmerkmale abgehoben worden ist, und auf was es demzufolge in dieser Untersuchung ankam:

Unter der „öffentlichen Wirtschaft" ist die gesamte Tätigkeit, die mit Ausrichtung auf die Erhaltung und Förderung einer, durch natürliche Umstände gegebenen Genossenschaft (Gemeinde!) betrieben wird, verstanden. Diese Genossenschaften erhalten ihre verpflichtende Abgrenzung durch eine staats- bezw. verwaltungsrechtliche Sanktion. Da unter dem Begriff „Wirtschaft" nicht nur das stoffliche Gütergeschehen zu verstehen ist, er sich vielmehr auch auf den Austausch von Ideen zwischen Menschen erstreckt, wird ihm auch das Geschehen im Rahmen der „öffentlichen Wirtschaft" gerecht. Um eine Kollision mit dem Begriff der öffentlichen Unternehmungen zu vermeiden, wird im weiteren Verlauf von „öffentlichem Haushalt" die Rede sein. (Das Abwägen von persönlichen oder sachlichen Rechten und Pflichten entspricht ganz einem „Haushalten").

Im Zusammenhang mit der vorliegenden Untersuchung kam es darauf an, nachzuweisen, daß ein großes Übergewicht der lokalen und regionalen Beziehungen gegenüber den interregionalen besteht. Es dürfte zwar aus dem Wesen der öffentlichen Haushalte hervorgehen, daß ihre Beziehungen, da sie an den Menschen der Gemeineden entspringen, regional stärker sein müssen. Überschaut man die Zeit, die wir mit unserer Betrachtung umspannen und ordnet man ihre wesentlichen geistigen Inhalte den entscheidenden völkischen Zielpunkten zu, so empfängt aus dieser Schau u. a. auch die Frage, wann die Begriffe Lokal- bezw. Regionalhaushalt eine dichte aufbauende Beziehung zu den Ganzheits-

begriffen Volkswirtschaft und Staatshaushalt haben, eine eindeutige Antwort: Die Jahre 1907, 1925 und 1933 sind in ihrem geistigen Inhalt hinsichtlich aller Lebensbereiche grundsätzlich von einander verschieden. Und zwar sind Gradmesser für diese Verschiedenheiten einmal die Gestalt der soziologischen Gegebenheit der Nation und ferner die hervorstechendste Kraftwirkung: das Politische, das alle andern Bereiche um sich ordnet. Immer dann, wenn alle Kräfte angespannt und bewußt auf die Existenz des Lebens innerhalb eines Volkes hingeordnet und bezogen sind, ist der Begriff der Ganzheiten lebendige Schau.

Z. B.: Die Neugründung des Deutschen Reiches 1871, der Weltkrieg als nationale und wirtschaftliche Kraftprobe, Versailles und Weimar und die nationale Revolution des Jahres 1933.

Man könnte beinahe versucht sein, von einem Zyklus des Ganzheitsbewußtseins zu sprechen, denn der ganze, zwischen diesen Zielpunkten liegende Ablauf ist ein wechselvolles Nähern oder Entfernen von der tragenden Mitte des Lebens. M. a. W. ausgedrückt: Der reale Anteil der Individuen und durch sie der Orte, durch diese der Regionen, an der Gestaltung der verschiedenen gesellschaftlichen Teilganzen: Staat, Wirtschaft, Religion usw. ist loser oder dichter, je nach der Intensität, mit der die Individualität und die aus ihrer lokalen und regionalen Verzahnung gewachsenen Gemeinschaftskreise von überpersönlichen, staatswirtschafts- oder kulturbetonten Kräften erfaßt und geleitet werden.

Aus dem Grad der finanziellen Verflechtung in überhöhende Ganzheiten (Kreis, Land, Reich) läßt sich aber mit Bezug auf den Betrachtungsgegenstand dieses Abschnittes auch rein äußerlich die Intensität des ideenmäßigen Anteils an der Bildung der obersten Ganzheit zeigen.

In den nachfolgenden Daten sind immer die Rechnungsergebnisse der untersuchten Gemeinden enthalten.

Das Vermögen der öffentlichen Haushalte unserer Region setzte sich zusammen:

	1907	1925	1933
aus Reinvermögen	3 033 000	7 980 000	5 000 000
aus Schulden	889 000	355 000	655 000
Bruttovermögen	3 922 000	8 335 000	5 655 000
davon betrugen die Waldbestände	1 300 000	5 000 000	4 000 000
Das sind	42,7 %	68 %	85,7 %

des Bruttovermögens.

Die restlichen Summen verteilen sich auf gemeindeeigenen Grund und Boden, auf Gebäude, Einrichtungen usw. Es zeigt sich also, daß in unserer Region die Hauptaufgabe auf die Nutzung und Betreuung der Waldbestände entfällt. Deshalb ist es auch möglich, daß 1907 = 18,4 %, 1925 = 7,4 % und 1933 = 4.2 % der Gesamtausgaben der Gemeinden im öffentlichen Haushalt aus dem Reinerlös der Waldnutzung bestritten werden konnten. Die

Waldbestände und die öffentlichen Unternehmungen sind die einzigen Bereiche der öffentlichen Haushalte, in denen privatwirtschaftliche Grundsätze maßgebend sind.

Um die Auswirkungen der öffentlichen Haushalte genau zu skizzieren, ist jeder einzelne Buchungsposten auf seinen Rechts-, d. h. Entstehungsgrund hin untersucht worden. Diese Untersuchung ergab folgendes Bild (in Mark):

Jahr	Einnahmen:		Ausgaben:	
	regional	interregional	regional	interregional
1907	758 116 = 96 %	27 999 = 4 %	605 124 = 79 %	155 987 = 21 %
1925	1 553 173 = 83 %	307 825 = 17 %	1 366 228 = 76 %	418 164 = 24 %
1933	818 250 = 87 %	119 370 = 13 %	624 121 = 66 %	313 499 = 34 %

Aus den Hundertsätzen spricht deutlich die zunehmende Verflechtung in interregionale Beziehungen. Die interregionale Ausgabenseite wächst von 21 über 24 auf 34 % an, während die regionale beinahe in diesem Maße abnimmt; aber auch die interregionalen Einnahmen sind im Vergleich zur Vorkriegszeit wesentlich höher. Der Grund hierfür liegt bei dem von verwaltungspolitischer Seite an die Gemeinden herangetragenen größeren Aufgabenkreis. Dies kann an Hand einer tabellarischen Zusammenfassung der Einnahme- und Ausgabeposten bewiesen werden:

I. Die Einnahmen in Mark.

A. Die regionalen Einnahmen.

	1907	11925	1933
1. Steuern, Umlagen, Strafen	264 180	416 530	409 327
2. Holznutzung	197 135	462 990	206 370
3. Aufgenommene Darlehen	200 410	435 032	55 169
4. Wasser-, Gas-, Elektrizitätsversorg.	7 807	72 431	62 338
5. Jagd-, Fischereipacht, Verkauf von Gras, Heu u. anderen Materialien	38 669	54 419	47 507
6. Rückersatz von Sozialleistungen	4 297	4 743	17 738

B. Die interregionalen Einnahmen.

	1907	1925	1933
7. Beiträge des Reiches und Landes	14 644	100 718	50 419
8. Beiträge des Kreisverbandes	—	3 028	6 050
9. Beiträge des Fürsorgeverbandes	—	8 535	17 211
10. Beiträge des Arbeitsamtes	—	49 990	14 230
11. Aufgenommene Anleihen	13 355	145 554	31 460

II. Die Ausgaben in Mark.

A. Die regionalen Ausgaben.

	1907	1925	1933
12. Löhne und Gehälter an die Bediensteten der Gemeinden	118 951	345 184	200 028
13. Holzmacherlöhne	107 549	213 308	129 967
14. Leistungen des Gewerbes (Industrie und Handwerk)	107 763	223 822	48 919
15. Leistungen des Handels	14 037	36 646	21 845
16. Leistungen und Lieferungen der Landwirtschaft	13 166	39 261	25 677
17. Sozialleistungen für Beamte, Arbeiter und Armenunterstützungen	9 511	88 807	65 575
18. Kapitalanlagen, Rückzahlungen, Zinsen u. ä.	222 285	419 200	132 110

B. Die interregionalen Ausgaben.

	1907	1925	1933
19. Abgeführte Steuern an Reich, Land, Kreis u. a. m.	67 486	222 855	243 738
20. Sozialleistungen (f. Anstaltsinsaßen)	1 973	11 284	5 386
21. Leistungen des Gewerbes	33 657	44 920	12 022
22. Leistungen des Handels	11 330	35 767	16 753
23. Frachten, Telephon	3 516	7 888	2 542
24. Kapitalrückzahlungen	37 418	98 245	48 293
25. Beiträge an Verbände	606	4 306	2 908

Die eingehende Ausdeutung dieser einzelnen Posten wird sich wohl erübrigen, da die Beziehungen, die sich aus dem Betrachtungsansatz des Regionalismus ergeben, schon verschiedentlich gestreift wurden. Herausgegriffen seien die Steuern (Pos. 1 u. 19): Subtrahiert man die Beträge der Position 19 von denen der Pos. 1:

	1907	1925	1933
	Mk.	Mk.	Mk.
Position 1	264 180	416 530	409 327
Position 19	67 486	222 855	243 738
so verbleiben	196 694	193 675	165 589

aus den aufgebrachten Steuern der Regionalwirtschaft als Gemeindemittel.

Die in Position 19 enthaltenen Beträge sind als Steuern oder Beiträge an Reich, Land, Kreis und Fürsorgeverband abgeführt worden.

Besonderer Erwähnung bedürfen noch die Positionen 6, 10, 17 und 20. Bei diesen Beträgen handelt es sich um die verschiedenen Sozialleistungen. Vergleicht man sie:

	1907	1925	1933
regional	9 511	88 807	65 575
interregional	1 973	11 284	5 386
	11 484	100 091	70 961

so wird nochmals das geschilderte Vordringen der sozialen Ideen bewiesen, von dem schon einmal in anderem Zusammenhange die Rede war. Position 10 enthält die vom Arbeitsamt ausgegebenen Arbeitslosenunterstützungsbeiträge. Bei dem Betrag von Mk.49 990 im Jahre 1925 handelt es sich um Kurzarbeiterzulagen.

IV. Bilanzmäßige Zusammenfassung der Zahlenergebnisse.

Einer bilanzähnlichen Zusammenfassung der Zahlenergebnisse an sich steht kein Hindernis im Wege. Es muß aber ausdrücklich bemerkt werden, daß das durch die Zusammenstellung gewonnene Bild nicht den Anspruch erheben darf, vollkommen die regionalen Wirtschaftsäußerungen und Funktionalzusammenhänge wiederzugeben. Die großen Linien, die eine entscheidende Schlußziehung ermöglichen, dürften aber dadurch wohl gewonnen werden.

Wenn mit der Zusammenfassung der Produktion begonnen wird, so sei noch vorausgeschickt, daß es verfehlt wäre, an das Produktionsergebnis den Maßstab des privatwirtschaftlichen Rentabilitätsgesichtspunktes anzulegen! Die Summe aller Rentabilitäten ergibt die Produktivität der Regionalwirtschaft und die ist das Entscheidende. Die Produktion betrug:

	1907	1925	1933
	Mk.	Mk.	Mk.
Landwirtschaft	1 800 000*	2 328 000	1 821 000
Forstwirtschaft	245 000	464 000	211 000
Industrie	5 000 000	11 900 000	5 700 000
Öffentl. Unternehmen	83 000	152 000	130 000
Handwerk	900 000*	1 500 000	920 000
Zusammen	8 028 000	16 344 000	8 782 000

(* = Es wurden die Ergebnisse von 1933 angenommen).

Um annähernd die Nettoproduktion, oder besser: den Wert dessen, was die Regionalwirtschaft ihren Erzeugnissen durch Ver- oder Bearbeitung an Werten hinzugefügt hat, ermessen zu können, stellen wir einander gegenüber:

Produktion[103]) in 1000 Mk.			Kostenelemente[104]) in 1000 Mk.		
1907	1925	1933	1907	1925	1933
8 028	16 344	8 782	4 575 = 57 % des Gesamtwertes der Produktion der Industrie und Forstwirtschaft.	11 430 = 70 %	6 259 = 71 %

Waren- und Dienstleistungsbilanz.

Einfuhr in Mark

1. „Empfang", 2. „Import" [106])

Wirtschaftszweig / Güter:	1907	1925	1933
1. „Empfang":			
Landwirtschaft / Mehl etc.	20 000*	160 000*	100 000
Forstwirtschaft / Pflanzen	1 000*	3 500	2 000
Industrie / Rohstoffe	1 270 000	3 690 000	1 900 000
Öffentl. Unternehmen/Hilfsstoffe	6 300	14 160	12 260
Handwerk / Waren u. Leistungen	33 650	44 920	12 000
Gemeinden / Impressen usw.	11 330	35 770	16 700
Handel / Lebensmittel usw.	600 000	1 280 000	952 000
Handwerk / Mehl usw.	360 000*	646 000	413 000
Schankgewerbe / Biere	90 000*	250 000*	132 000
W. H. W. Kartoffeln	—	—	16 000
W. H. W. Kleider, Schuhe	—	—	12 000
	2 392 280	6 124 350	3 567 960
2. „Import":			
Milch aus der Schweiz	—	75 000	—
Industrie / Rohstoffe	1 670 000	504 000	210 000
	1 670 000	579 000	210 000

Ausfuhr in Mark

1. „Versand", 2. „Export" [106])

Wirtschaftszweig / Güter	1907	1925	1933
1. „Versand":			
Landwirtschaft / Milch u. Butter	—	—	31 000
Forstwirtschaft / Holz	20 000**	36 000**	17 600**
Fremdenverkehr/Übernachtungen	—	—	162 000
Industrie / Fertigfabrikate	4 000 000	9 830 000	4 720 000
	4 020 000	9 866 000	4 930 000
2. „Export":			
Forstwirtschaft / Holz	50 000*	60 000*	27 400
Fremdenverkehr/Übernachtungen	—	—	30 000
Industrie / Fertigfabrikate	850 000	1 800 000	880 000
	900 000	1 860 000	937 400

Zusammenfassung:

	1907	1925	1933
Ausfuhr 1. u. 2.	4 920 000	11 726 000	5 868 000
— Einfuhr 1. u. 2.	4 062 280	6 703 350	3 777 960
Ausfuhrüberschuß	757 720	5 022 650	2 107 840

Bemerkungen:

*) Schätzungen auf Grund amtlicher Akten; die Ziffern können als vollständig betrachtet werden.
**) Schätzungen auf Grund der vorhandenen Unterlagen, die Ziffern stellen nur ein Minimum dar.

In dieser Bilanz, die im ganzen Ausdruck der unteren Grenzen sein wird, ist der regionale „Empfang“ aus Deutschland (1) und der „Import“ aus dem Auslande (2) als Passivum aufgefaßt, während der „Versand“ auf den deutschen Markt und der „Export“ in das Ausland als Aktivum aufgefaßt werden.

Wie der Gang der Untersuchung schon verschiedentlich gezeigt hat, überwiegt die interregionale Verflechtung über die direkten internationalen Marktbeziehungen. Das Ergebnis der Bilanz ist stark aktiv.

Zu dem Versuch, aus den Zahlenergebnissen aus Kapitel II eine Zahlungsbilanz herzustellen, muß folgendes vorausgeschickt werden: Er wurde nicht unternommen, um am Ende regionale Größenverhältnisse zu fixieren, weil die Unmöglichkeit dieses Beginnens schon von vornherein feststand. Die Gründe dieser Unmöglichkeit sind schon Gegenstand der allgemeinen methodologischen Erörterung gewesen. Es muß aber darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Zahlungsbilanz trotz der Problematik der Erhebung nicht unterschätzt werden darf, weil sie eben Tendenzen beleuchtet, die in den relativen Minimalzahlen doch zum Ausdruck kommen. Eine Zahlungsbilanz, die über die wahren Abhängigkeitsverhältnisse eines Wirtschaftsgebietes von den andern, oder nach regionaler Betrachtung, von andern Regionen belehrt, soll trotz allen Bedenken zu geben versucht werden:

1933

Aktiva: (in Mark)		Passiva: (in Mark)	
Saldo Handelsbilanz	2 107 840	Frachten der Gemeinde	2 500
Kapital und Zinsen	31 460	Frachten der Industrie (nicht vollständig)	64 800
Darlehen der Banken	231 085	Kapital und Zinsen der Gemeinden	48 293
Gehälter und Löhne der Staatsbediensteten	143 000	Kapitalschulden	2 081 000
Renteneinkommen	214 200	Zinsen daraus 6¼ %	130 000
Steuerrückvergütung durch Reich, Land	87 910	Kapital, Internationales	180 000
Löhne heimischer Arbeiter in fremden Betrieben	28 000	Zinsen daraus	3 600
Postscheckguthaben	19 384	Kapitalschulden d. Regionalbanken bei Zentralbanken	141 000
Saldo	507 635	Wechselobligo	30 000
		Darlehen der Banken	26 657
		Fremde Sparkapitalien	180 000
		Postgebühren (interreg.)	66 400
		Telegraphie, Telefon	38 900
		Steuern, Land, Reich	243 738
		Sozialabgaben (Beamte)	5 386
		Beiträge an Verbände	2 908
		Steuern der Privaten	125 332
	3 370 514		3 370 514

Aus der Handels- und Dienstleistungsbilanz sind mit dem Saldo alle Lücken auch in diese Gegenüberstellung verschleppt worden. Neue Lücken treten hinzu, die selbst in einem so kleinen Raum, wie das untersuchte Gebiet ihn darstellt, durch private Erhebungen nie restlos modifiziert werden können. Gedacht ist dabei z. B. an: Erbschaften, Lotteriegewinne, Unterhaltsbeiträge Privater, Darlehen Privater an Private und die daraus sich ergebenden Zinsleistungen, Bahn- und Autotransportkosten usw. usw. Auf einen weiteren Mangel muß aufmerksam gemacht werden, aus dem heraus eigentlich der Begriff „Zahlungsbilanz" für den vorliegenden Versuch unhaltbar wird: Die Gegenüberstellung ist mehr eine Feststellung wechselseitiger Wertübertragungen und privatwirtschaftlich aufgebaut. Bewußt sind Forderungen und Schulden, deren Übertragung inner- oder außerhalb der Bilanzperiode erfolgt sein kann, verglichen. Sie ist deshalb eher einem Regionalkontokorrent zu vergleichen. Jene Posten, die zur korrekten Zahlungsbilanz führen können, sind oft nur schätzungsweise verfügbar gewesen. Da zwei Großbetriebe die Rechtsform einer Aktiengesellschaft haben, so könnte das Kapital, das zum Betrieb der Unternehmen durch die Aktionäre in die Regionalindustrie hineingegeben wird, wenn die Transaktion gerade in unsere Bilanzperiode fällt, ein wesentlich anders geartetes Bild ergeben. Eine Reihe anderer Werte (Dienstleistungen, Rechte, Patente usw.) käme noch in Frage; aber man muß sich mit ihrer Aufzählung begnügen.

Die Zusammenstellung vermag einigermaßen die Zusammenhänge aufzudecken. Die Passivität von ½ Million Mark besagt, was mit andern Worten schon verschiedentlich festgestellt wurde, nämlich daß der Sinn der Ausfuhr nur die Einfuhr sein kann. Die Aktivität der Waren- und Dienstleistungsbilanz verrät letztlich nichts anderes als die Notwendigkeit, vermöge der regionalen Produktivkräfte die Abhängigkeit vom interregionalen und internationalen Waren- bezw. Kapitalmarkt annähernd auszugleichen. Das Deutschland der Vorkriegszeit — übrigens auch England, Frankreich, Belgien — hatte eine passive Handels-, dagegen eine aktive Zahlungsbilanz. Durch die Kapitalhilfe in Agrarländern, durch Investitionen in Unternehmen fremder Staaten oder durch Anlage von Kapital in deutschen Betrieben internationaler Konzession, durch rückfließende Gewinne und Zinsen aus diesen Kapitalien, durch all diese Werte wurde Deutschland der Notwendigkeit der äußersten Kraftanstrengung zur Abwendung der Verminderung seines Volksvermögens enthoben. Heute ist für Deutschland das Umgekehrte der Fall. Die Kraftanstrengungen, vermittels eines Warentransfers Kapital und Zinsen zu bezahlen und gegen Warenausfuhr nötige Roh- und Hilfsstoffe einzuführen, sind Folgen seiner internationalen Verschuldung. Diese Gedanken lassen sich auch auf die Verhältnisse unserer Region umdeuten.

Wie aus den bisherigen Darlegungen der Sachverhalte hervorgegangen ist, haben die wertmäßigen Ausdrücke der Wirtschaftstätigkeit des oberen Wiesentales von 1907—1925 eine Steigerung, von 1925—1933 eine starke Senkung erfahren. Am empfindlichsten müssen diese Ausfälle, die ja nur Produktionsleistungsausfall sein können, auf die wirtschaftliche Lage der Erwerbstätigen wirken. Das „Volkseinkommen", das objektiv bezogen als der Gesamtreinertrag der Regionalwirtschaft, subjektiv bezogen als die Anteilnahme der physischen und juristischen Personen am Produktionsertrag aufzufassen ist, konnte nur auf „personalem Wege" festgestellt werden. Das heißt: Die Unmöglichkeit einer Erfassung nach „realer" Methode, von der Güterseite her, brachte zwangsläufig die Erhebung der Personaleinkommen. Damit soll gesagt sein, daß die vorliegende Erhebung eine Reihe von Einkommen nicht erfassen konnte, jene nämlich, die mit der Erzeugung zusammenhängen, die in unsere Erhebung nicht einbezogen werden konnte, weil die Unterlagen fehlten; andererseits konnten auf diesem Wege Einkommenswerte erfaßt werden, die mit realer Methode nie erfaßt werden können (Renten zum Beispiel). Wesentliche Bestandteile des „Volkseinkommens" wie Zins- und Renteneinkommen Privater, Einkommen aus Vermietung oder Verpachtung u. ä. fehlen. Nach den erhaltenen Unterlagen setzt sich das „Volkseinkommen" der Region folgendermaßen zusammen:

Wirtschaftsgruppen:	Einkommen der Jahre . . . in Mark		
	1907	1925	1933
Landwirtschaft	770 300	1 011 900	612 000
Forstwirtschaft	138 990	132 902	40 327
Holzmacherlöhne	113 950	216 903	129 967
Gehälter f. Gemeindebeamte	118 951	345 184	200 028
Reinerlös der Materialverwertung der Gemeinden	15 000*	26 000*	23 000*
Jagd- und Fischereipacht	10 000*	15 000*	10 000*
Gehälter der Staatsbeamten	191 000**	249 000**	142 000
Löhne und Gehälter:			
Bürstenindustrie	604 900	1 560 000	570 400
Textilindustrie	491 000	1 133 000	544 000
Maschinenindustrie	45 000	179 000	189 000
Holzwaren . . .-Industrie	67 000*	224 000	81 000
Handwerk	100 000*	200 000*	150 000*
Handel	—	62 000	47 700
Öffentl. Unternehmen	11 000	51 000	16 200
Löhne auswärts Arbeitender	—	—	28 000

*, ** siehe Seite 87.

Wirtschaftsgruppen:	Einkommen der Jahre . . . in Mark		
	1907	1925	1933
Betriebseinkommen:			
Bürstenindustrie	121 500	356 125	44 405
Textilindustrie	25 716	40 200	—
Maschinenindustrie	8 600	165 717	15 310
Holzwaren . . .-Industrie	34 635	28 631	14 058
Öffentl. Unertnehmen	—	2 400	—
Handwerk	46 600	82 540	37 940
Handel	69 260	63 720	33 002
Hotelgewerbe, Schankgewerbe	46 600	76 300	14 680
Renteneinkommen:			
Alters- und Invaliden-versicherung, Pensionen	89 760**	210 000**	225 200**
Arbeitslosenunterstützung	—	49 990	81 095
Winterhilfswerk	—	—	12 000
Kapitalerträge bei Banken	162 438	24 300	86 330
Zinsen aus Beleihungen	245 150**	410 700**	225 000**
	3 528 350	6 916 512	3 573 842

Bemerkungen: * Schätzungen auf Grund von typischen Angaben und in Zusammenarbeit mit Sachverständigen. ** Schätzungen, die von amtlicher oder privater Stelle als Aktenauszüge zur Verfügung gestellt wurden.

Nicht erfaßt wurden: Löhne der Hotelbediensteten (s. S.71 f.), Einkommen der freien Berufe, soweit sie nicht in diesen Beträgen durch Aktenunterlagen schon enthalten waren; ferner Zinsen aus privaten Beleihungen, Mieten und Pachten. Auffallend ist auch in diesem Zusammenhange die annähernde Übereinstimmung von 1907 und 1933; diese Übereinstimmung ist zwar nur eine nominelle, die Höhe des „Volkseinkommens" hat in diesen beiden Jahren eine verschiedene wirtschaftliche Situation bedingt [107]).

Zum Abschluß der bilanzmäßigen Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse seien noch Vermögen und Verschuldung einer Betrachtung unterzogen:

Es haben betragen:

1. Die Vermögenswerte der Region (in Mark):

Grundstücke:	1907	1925	1933
	Mk.	Mk.	Mk.
klassifizierte	2 840 000	5 567 000	3 340 000
einzelne, geschätzte	—	390 000	250 000
Waldbestände	1 300 000	5 000 000	4 000 000
Gebäude	10 436 000	14 254 000	9 640 000
Betriebsvermögen:			
Landwirtschaft	40 000	70 400	80 000
Übrige	1 560 000	3 630 800	798 000
Zusammen:	16 176 000	28 912 200	18 108 000

2. Die Verschuldung der Region (in Mark):

	1907	1925	1933
	Mk.	Mk.	Mk.
Hypotheken	7 670 000	4 134 700	7 486 000
Schuldscheindarlehen (durch die Banken)	901 405	33 955	92 808
Gemeindedarlehen	52 640 000	107 425	315 862
Konto-Korrentkredite	12 058	233 700	765 818
Gemeindeschulden	836 360	247 575	339 138
Zusammen:	9 472 463	4 757 355	8 999 626

Die Untersuchung der Herkunft der Beleihungen ergab:

	1907	1925	1933
	Mk.	Mk.	Mk.
Hypotheken, international	1 160 000	416 000	180 290
Hypotheken, interregional	2 268 000	332 500	2 081 000
Hypotheken, regional	2 813 562	76 846	2 041 221
Gemeindedarlehen	52 640*	107 425*	315 862*
Schuldscheindarlehen	901 405*	33 955*	92 808*
Konto-Korrentkredite	12 058*	233 748*	765 818*
Zusammen:	6 207 665	1 200 474	5 476 999

(* = Regionaler Herkunft; Beleihungen durch die Geldinstitute des Untersuchungsgebietes).

Die Differenz zwischen der Verschuldung und den festgestellten Beleihungssummen durch internationale, interregionale oder regionale Stellen beläuft sich:

	1907	1925	1933
	Mk.	Mk.	Mk.
auf:	3 264 798	3 556 881	3 522 627

Diese, sozusagen ungedeckte Verschuldungsspanne muß allem Anschein nach aus hypothekarischen Belastungsziffern bestehen. Frägt man sich, wie es möglich ist, daß keine an einen Gläubiger gebundenen Beleihungen dafür nachgewiesen werden können, so findet man dafür wiederum die Sitte der geschlossenen Erbfolge in Landwirtschaft, Handwerk und Handel als Ursache. Beim Erblaß kommt es häufig vor, besonders wenn es sich um eine kleine Erbmasse und viele Erben handelt, daß die Miterben aus verwandtschaftlichen Rücksichten, sowie in Ansehung der ökonomischen Schwierigkeit der Erwirtschaftung der Pflichtteile, von einer sofortigen Realisierung ihrer Ansprüche Abstand nehmen und sie gegen eine Sicherungshypothek stehen lassen. Im übrigen befinden sich, um dies beiläufig zu erwähnen, unter den hypothekarischen Belastungen der Liegenschaften auch einige Kautionsstellungen durch Kommunalbeamte.

Folgerungen.

1. Bilanzergebnisse und Lebenshaltung.

Lehnt man die „Eigengesetzlichkeit“ der Wirtschaft im Sinne einer unabänderlichen Gestaltung des menschlichen Daseins durch Ökonomie — wie der Marxismus es sieht — ab und frägt nach dem Sinne der wirtschaftlichen Betätigungen, so tritt als klare und einzige Antwort der M e n s c h mit allen seinen Lebenskräften in den Vordergrund. Zwar könnte man gerade angesichts der Vergangenheit fragen, ob denn der Mensch nicht ganz besonders der Mittelpunkt des wirtschaftlichen Lebens war!? — Wie aber die politischen und auch die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen, das Ringen um neue Formen zeigen war der Mensch zu sehr tragende Mitte. Zwar hat ein ganzes Jahrhundert das Kreisen alles Seins um die Individualität als Schicksal empfunden und dem gelebt. Indem der Mensch als schmale Mitte alle Gegensätze des Daseins tragen wollte, zeigte sich aber, daß dieser Kraftanstrengung nur der kleinere Teil der Menschheit standhielt. Die „Schwachen“ gerieten in Abhängigkeiten von „Stärkeren“ — und in Abhängigkeit von ihrer eigenen Schwäche; sie wurden zur Masse, deren Entleerung das Geistige sowohl als auch das Materielle ergriff und jene „organische“ Not erzeugte, deren Ausdruck der Ruf nach der Hilfe des Staates, nach der Revolutionierung des ganzen Gesellschaftslebens wurde.

Die Bevölkerung unserer Region wurde durch die Entfaltung der Wirtschaft in der liberalen Ära aus einer dürftigen Lebensweise herausgeführt. Die Erwerbsmöglichkeit im industriellen Gewerbe, die indirekt auch die andern Wirtschaftskreise befruchtete, brachte eine gehobene Lebenshaltung. Wären keine Unterlagen über die Produktions- und Einkommensverhältnisse vorhanden, so ließe sich schon aus der Bewegung der Bevölkerung ein Rückschluß auf ihre ökonomische Situation ziehen. Für eine Wandlung zum Besseren spricht die unaufhaltsame Vermehrung, die starke Wanderungsbewegung, die sich 1933 festhalten läßt, zeugt von der Verschlechterung.

Auch die Wirtschaft des oberen Wiesentales hat sich von der Stufe reiner Menschenökonomie zur rationalisierten, automatisierten „Wirtschaftsökonomie" entwickelt. Ihre Funktion, den Menschen die Anteilnahme an der Erzeugung der Bedürfnisgüter zu ermöglichen, kann sie heute nur noch teilweise erfüllen.

Die Wandlung, die sich an der Lebenshaltung vollzogen hat, kann mit folgenden Daten belegt werden:

Einkommen nach den Einkommensquellen.

(Nominalwerte)	in Mark		
	1907	1925	1933
1. Landwirtschaft	770 300	1 011 900	612 000
2. Forstwirtschaft	138 990	132 902	40 327
3. Gewerbe und Handwerk und Handel (Betriebseink.)	352 911	796 633	149 395
4. Löhne und Gehälter	1 509 000	3 658 000	1 768 700
5. Renten, Pensionen	89 760	210 000	225 200
6. Kapitalerträge	407 588	435 000	312 130
7. Übriges	248 901	672 077	466 090
	3 517 450	6 916 512	3 573 842

Es entfallen in Mark pro Kopf der Bevölkerung	1907	1925	1933
in der Region	381	741	409
im Reich (ohne Saargebiet)	750	870	711

Bei einem Vergleich dieser Sätze ist jedoch zu beachten, daß der Geldwert in den verschiedenen Erhebungsabschnitten ein verschiedener war. Bringt man diese Daten alle auf einen gemeinsamen Nenner (Kaufkraft 1907, wobei 1907 = 100 gesetzt ist) [108]), so ergeben sich folgende Realwerte:

Jahre	1907	1925	1933
	Mark	Mark	Mark
Volkseinkommen	3 517 350	4 163 740	2 934 120
pro Kopf der Bevölkerung	381	446	335

Trotz der unverkennbaren Fortschritte auf dem Gebiete der Technik, die namentlich die Produktionsleistung der Industrie heraufgeschraubt haben, ist der einkommensmäßige Erfolg von 1907—1925 nur um 65 Mk. gestiegen; die Erwerbstätigen haben aber im gleichen Zeitraum um 548 Personen (9,7 %) zugenommen. Ungleich größer ist sogar noch der Rückgang des Einkommens von 1925 auf 1933: = 111 Mk.; der personelle Rückgang der Beschäftigten beträgt im gleichen Zeitraum 996 Personen (17 %).

Die aufgezeigte Steigerung des Realeinkommens und seine in der Krise einsetzende Schrumpfung hat sich innerhalb der verschiedenen Wirtschaftsgruppen verschieden ausgewirkt: Die Industrialisierung, die in ihrer ersten Phase den Anbruch „besserer" Zeiten bedeutete, hat der auf schmaler agrarer Basis gestauten Landwirtschaftsbevölkerung ein Ventil geöffnet, das den Zwang zur Einschränkung der natürlichen Vermehrung oder die Abwanderung in fremde Gebiete auflockerte. Neben der Erwerbsmöglichkeit, durch mittelbare oder unmittelbare Fabrikarbeit, bezog die Landwirtschaft außer aus ihrem bäuerlichen Betriebseinkommen noch Erwerb aus der Betätigung in der Forstwirtschaft. Es braucht deshalb nicht zu verwundern, daß noch 1929 rund 60 % der Spareinlagen bei den regionalen Sparinstituten aus den ländlichen Gemeinden stammen. Die landwirtschaftliche Bevölkerung war im Durchschnitt günstiger gestellt, als die Erwerbstätigen in Gewerbe und Handel. Die mit der Einkommensschrumpfung verbundene Verproletarisierung weiter Schichten muß als eine Tatsache festgestellt werden, die im gewerblichen Bevölkerungssektor naturnotwendig eine um so einschneidendere Wirkung hat, als seine Angehörigen nahezu restlos auf ihre Arbeitskraft angewiesen sind.

2. Bilanzergebnisse und das Sparen.

Das Steigen der Produktionsleistung, durch das die Bevölkerung auf ein wirtschaftlich günstigeres Niveau getragen wurde, machte sich in einer stetig wachsenden Kapitalbildung durch Spargelder bemerkbar; in ähnlich ungünstiger Weise hat dann aber auch das Abbröckeln des Einkommens die Spartätigkeit negativ beeinflußt.

Schon frühzeitig, im Jahre 1855, wurde in Schönau die erste Sparkasse gegründet, zu der sich am Ende des 19. Jahrhunderts ein ländlicher Kreditverein gesellte, der Spar- und Kreditgeschäfte betrieb. Durch Verschmelzung der 1893 gegründeten Spar- und Vorschußbank Todtnau, entstand 1928 eine Filiale der Freiburger Gewerbebank, nachdem schon 1925 von der Gemeinde Todtnau und den Gemeinden des Todtnauer Einzugsgebietes die Sparkasse Todtnau gegründet worden war.

Die Spartätigkeit hat folgenden Verlauf genommen:

Jahr	Zuwachs Neueinlagen Mk.	Zinsen Mk.	Rückzahlungen Mk.	Bestand Mk.	Zahl der Einleger
1907	348 738	152 391	341 042	4 379 160	2 803
1925	230 979	9 077	87 274	216 551	543
1933	593 507	86 330	496 817	2 552 000	6 061

Das durchschnittliche Guthaben pro Einleger betrug: 1907 = 1562, 1925 = 398 und 1933 = 421 Mark. Das höchste in unserer Region je erreichte durchschnittliche Guthaben betrug 1 6 5 9 Mk. im Jahre 1 9 1 2. Der relativ niedrige Stand des Jahres 1925 ist leicht erklärlich, wenn man die Wirkung der Inflation berücksichtigt, die die Spargelder zu einem Nichts zerrinnen ließ. Fast unglaublich erscheinen uns heute — nach kaum 11 Jahren — die damaligen Zustände. Veranschaulicht wird die inflatorische Wirkung am Beispiel einer von uns erfaßten Sparkasse:

Zeitpunkt	1 Goldmark galt in Papiermark	Einlagebestand in Papiermark	Einlagebestand in Goldmark
31. 12. 17	1	5 593 429	5 593 429
31. 12. 18	2	6 373 715	3 186 857
31. 12. 19	10	7 545 200	784 700
31. 12. 20	16	9 895 093	613 894
31. 12. 21	39	12 388 002	315 894
31. 12. 22	1 600	18 584 140	11 782
1. 7. 23	40 000	64 323 265	1 765
1. 10. 23	75 000 000	4 789 000 000	64
1. 11. 23	65 000 000 000	208 900 000 000	3
13. 11. 23	610 000 000 000	5 000 000 000 000	8
31. 12. 23	1 000 000 000 000	25 000 000 000 000	25

Nur langsam, Schritt um Schritt, zog nach diesen verheerenden Wirkungen der Geldentwertung die Spartätigkeit wieder an. Bei der gleichen Kasse betrugen die durchschnittlichen Guthaben pro Einleger:

Ende 1924 408 Mark
Ende 1925 409 Mark
Ende 1926 508 Mark
Ende 1927 567 Mark
Ende 1928 586 Mark Durchschnitt in Baden 580 Mk.
Ende 1929 621 Mark Durchschnitt in Baden 587 Mk.

Einen veränderten Stand bringt das Jahr 1930. Einzahlungen und Auszahlungen halten sich nahezu die Waage. Die Krise der deutschen Volkswirtschaft, deren Wirksamkeit gerade die gewerblichen Erzeugungen erfaßte, äußert sich in einem 47 %igen Rückgang der Giroeinlagen. Die Auswirkungen zeigen sich aber auch deutlich an den Sparkapitalien; eine Rückbildung setzt ein:

Das durchschnittliche Guthaben pro Einleger betrug:

Ende 1930	522 Mark
Ende 1931	519 Mark
Ende 1932	345 Mark
Ende 1933	421 Mark

Als die Volkswirtschaftskrise Mitte 1932 ihren Höhepunkt erreicht hatte, setzte geradezu ein runartiger Abzug der Sparkapitalien ein. Die politische Unsicherheit trug zur Verschärfung der wirtschaftlichen Lage noch bei. Die Unsicherheit vor und nach der Reichstagswahl löste eine Kapitalflucht aus. Die kritischen Tage des Juli 1931 haben ein allgemeines Mißtrauen in die Währung wachgerufen, so daß man von einer weiteren Anlage bei den Kassen absah und wieder jener „Flucht in die Sachwerte“ zu huldigen begann, von der in anderm Zusammenhang schon die Rede war. Die allgemeine Not, deren äußerer Ausdruck jene einkommenspolitisch wichtigen Notverordnungen des Jahres 1931 sind, zwang auch einen Teil der Sparer zum Abzug ihrer Gelder. Trotz des teilweisen Stillstandes der Industrien, trotz Arbeitslosigkeit und breiter Armut, stieg das durchschnittliche Guthaben mit der Rückkehr des Vertrauens in die Stabilität der Währung wieder an.

Daß die Verminderung des „Volkseinkommens“ durch die vielfach erörterten Umstände auf die additive Kapitalbildung ihre Auswirkungen entfalten mußte, ist einleuchtend; verrechnet man die Bestände der Spareinlagen auf die Kopfzahl der Bevölkerung, so ergibt sich, daß

pro	1907	475.— Mk.	
pro	1925	23.— Mk.	
pro	1933	286.— Mk.	
dagegen	1933	im Reich	142.— Mk.
		in Baden	163.— Mk.

auf einen Einwohner entfallen. Dies beweist, wie sparsam die Regionalbevölkerung zu leben gewohnt ist.

Abschließend sei noch eine Beziehung zwischen den Vermögenswerten, der Verschuldung, dem Einkommen und dem Sparstandard hergestellt, die die ganze Entwicklung der Wirtschaft ebenfalls zu beleuchten vermag:

Auf 1 Einwohner entfielen:
(nominell und real)

Jahr	Vermögenswerte Mark		Einkommen Mark		Sparguthaben Mark		Schulden Mark	
	nom.	real	nom.	real	nom.	real	nom.	real
1907	1 755	1 755	381	381	1 562	1 562	976	976
1925	3 099	1 866	741	446	398	240	520	314
1933	2 184	1 706	409	335	421	329	1 030	846

Dieser Gegenüberstellung braucht u. E. nichts hinzugefügt werden.

3. Bilanzergebnisse und Bevölkerung.

Es ist schon des öftern aufzuzeigen versucht worden, daß die Bewegung der Bevölkerung, soweit sie auf natürlichen Vorgängen der individuellen Lebensäußerung (Geburt und Tod) beruht, reichen Aufschluß über die materiell-ökonomische Grundlage des Lebens geben kann.

Mit der allgemeinen Bevölkerungsvermehrung, verursacht durch die Produktionssteigerung der europäischen Wirtschaft, die die Bevölkerung Europas von 172 Millionen um das Jahr 1880 auf über 500 Millionen im Jahre 1933 hat anwachsen lassen, hat auch das obere Wiesental bescheiden Schritt gehalten, was sich in folgender Reihe ausdrückt:

Jahre:	Wohnbevölkerung:
1885	8146
1910	9212
1925	9327
1933	8737

Der industrielle Exportüberschuß unserer Region garantierte lange Zeit eine gehobene Lebenshaltung, die die Vermehrung der Bevölkerung begünstigte. Die sichtbare Zunahme konzentrierte sich hauptsächlich auf die Städte Schönau und Todtnau und auf diejenigen Landsgemeinden, die Industrien beherbergen oder eine günstige Lage zu den Industriezentren haben. Dies ist ein Beweis dafür, daß die Industrialisierung die Ursache der Vermehrung der Bevölkerung war. Wie schon gezeigt wurde, brachte die Ausdehnung der Industrie eine Wandlung im Aufbau des Volkskörpers. Ehedem überwog die landwirtschaftliche Bevölkerung; durch das Abströmen ihrer Angehörigen in das Gewerbe vollzog sich ein Verstädterungsprozeß, der sich nicht allein auf den wohnungspolitischen Standort, sondern auch auf die Art des Erwerbs-

lebens bezog. Dieser Verstädterungsprozeß ist der ganzen deutschen Volkswirtschaft eigen. Auch innerhalb der einzelnen Länder ist diese Tendenz festzustellen. Während z. B. in Baden im Jahre 1880 von der 1,57 Millionen zählenden Bevölkerung 973 000, d. s. 62 %, in Gemeinden unter 2 000 Einwohnern ansäßig waren, wohnten 1925 von den 2,31 Millionen Menschen nur noch 869 000, d. s. 37,6 %, in ländlichen Gemeinden. Es hat also eine völlige Umkehrung auch in Baden stattgefunden. Für unsere Region läßt sich diese Wandlung mit den Ergebnissen der Volkszählungen aufzeigen:

Gemeinde	1885	1910	1925	1933
Todtnau	1 785	2 437	2 546	2 337
Schönau	1 292	1 860	1 764	1 714
Aftersteg	240	273	290	290
Aitern	363	352	382	363
Böllen	206	140	154	143
Brandenberg	321	333	324	256
Fröhnd	511	459	518	498
Geschwend	283	299	318	282
Muggenbrunn	325	285	268	262
Präg	412	393	399	394
Schlechtnau	274	272	298	241
Schönenberg	274	326	275	279
Tunau	201	146	150	139
Todtnauberg	572	535	538	498
Utzenfeld	325	381	376	378
Wembach	207	207	196	188
Wieden	545	514	531	475
	8 146	9 212	9 327	8 737

Die Gemeinden, deren Bevölkerung von 1885—1910 zugenommen hat, sind solche, die Industrien beherbergen (Todtnau, Schönau, Aftersteg, Utzenfeld) oder solche, deren Lage zu den Industrieorten als günstig bezeichnet werden kann (Brandenberg, Geschwend, Schönenberg). Die Bevölkerung abgebenden Gemeinden sind durchweg solche mit agrarischem Einschlag, deren Bevölkerung teilweise in die Industrieorte abströmte, weil die bessere Lebensmöglichkeit zur Wanderung anreizte. Im wesentlichen geht die Bewegung vom Land in die Stätten der Industrie zurück auf jene der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion wesensmäßig innewohnende Verschiedenheit, die in dem jeweiligen Verhältnis von Aufwand an Arbeit und Kapital zum Ertrag begründet liegt. Anders ausgedrückt: Während das städtische Gewerbe, insbesondere die moderne Industrie, vom „Gesetz der steigenden

Erträge“ bestimmt wird, d. h. daß die Erträge in ihrer Höhe steigen, wenn mehr Kapital und Arbeit aufgewendet wird [109]), steht die landwirtschaftliche Erzeugung unter dem Einfluß des „Gesetzes vom relativ sinkenden Ertrag des Bodens“. Die Erträge der Landwirtschaft stehen an einem gewissen Punkte nicht mehr im Verhältnis zu den gemachten Aufwendungen.

Diese Gesetzmäßigkeit, die nur unter gewissen Voraussetzungen gilt, muß noch dahin ergänzt werden, daß sie im Prinzip allgemein vorhanden ist, aber nicht wirksam zu sein braucht. Überall dort, wo 1. das Optimum noch nicht erreicht ist (für die Landwirtschaft ebenso wie für das Gewerbe), praktisch z. B. überall dort, wo Kapitalmangel herrscht, so daß Kapitalzuwüchse bis zum erreichten Optimum zunehmende Erträge ergeben), und wo 2. neue Techniken oder 3. wo neue Ziele einsetzen“ [110]). Das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag ist nur bei stationärer Technik wirksam, das Gesetz vom zunehmenden Ertrag im Gewerbe gilt nur bis zur Erreichung der Optimalgrenze! In unserem Falle ist die Einführung dieser Tatsachen in die Betrachtung weder eine Hingabe an eine theoretische Entscheidung über ihren Sinn oder Unsinn, noch das Bekenntnis zur Wirtschaftsstatistik. Wesentlich ist in diesem Zusammenhang nur, daß das Gesetz des abnehmenden Ertrages in der Landwirtschaft unserer Region an den naturgegebenen Hindernissen (geologische und klimatische) den Anstoß zur Wirksamkeit erfährt, und daß bis zum Zeitpunkt der Rationalisierung in den lebenswichtigen Zweigen des Regionalgewerbes, das die arbeitheischende Landbevölkerung aufnahm, zunehmender Kapitalintensität zunehmende Erträge entsprochen haben müssen.

Diese Tatsache bringt es mit sich, daß die Ergiebigkeit der Arbeit (Arbeitseinkommen!) im Gewerbe rascher zunimmt als bei der Landbewirtschaftung. Steigende Ergiebigkeit der Arbeit, d. h. Vergrößerung des Arbeitseinkommens aber bedeutet nichts anderes als Linderung sozialer Nöte. Dies zeigt sich deutlich in der oben angeführten Wandlung der Einwohnerzahlen der verschiedenen Gemeinden. Wenn die Lebensgrundlage durch eine große Zahl von Menschen und durch natürliche Hindernisse gegen eine Steigerung des Arbeitsertrages beengt ist, so werden diese Staungsmassen aus jenem Wirtschaftskreis abströmen, wenn sich anderswo Gelegenheit bietet, die Lebensbasis zu erweitern. *Oppenheimer* [111]) nennt diese Beengung der Lebensgrundlage „sozialen Druck“, und das Bestreben der Menschen, diesem Druck auszuweichen, indem sie abwandern, ist ihm eine Gesetzlichkeit, die sich darin äußert, daß die sozial Bedrängten von „Orten höheren sozialen Drucks in Orte niederen sozialen Drucks auf der Linie des geringsten Widerstandes (ab-) strömen“. Der „soziale Druck“, als „Inbegriff“ der auf einem Orte oder einem Berufe lastenden ungünstigen Bedingungen“ [112]), hat aber die Tendenz, auf den

Orten des Gewerbes schneller zu fallen, als auf den landwirtschaftlich betonten Orten.

Bis 1925 war also — wie unsere Tabelle zu belegen vermag — der „soziale Druck" auf den Gemeinden mit agrarischem Einschlag stärker als in den Gemeinden mit vorwiegend gewerblicher Wirtschaft. Vergleicht man aber die Ergebnisse der Volkszählung des Jahres 1933, so ergibt sich, daß gerade die Industrieorte (Schönau, Todtnau, Utzenfeld, Todtnauberg) weniger Bevölkerung haben als 1925. Todtnau mußte 209, Brandenberg 68, Schlechtnau 57 Menschen abgeben. Als der „dialektische" Umschwung der Technik, der sich in einer Arbeitslosenziffer von 642, d. s. 7,3 % der Bevölkerung im Jahre 1933 (Mitte 1932 betrug sie rund 1200) ausdrückt, zufolge seiner Arbeitskraftfreisetzung und der Tendenz zur latenten Überproduktion eintrat, verschärfte sich der „soziale Druck" in den Industrieorten. Ein Rückfluten auf das Land, sofern dieses noch aufnahmefähig war, oder die Abwanderung in interregionale oder internationale Gebiete, war die Folge. Wie die folgende Erwägung zeigen wird, hat eine bedeutende Auswanderung aus der Region stattgefunden. Denn mit Ausnahme von zwei Gemeinden hat die Bevölkerung durchgehend abgenommen. Der „soziale Druck" lastet gleichschwer auf Land und Stadt. Die Abnahme ist jedoch nicht allein auf die Wanderungsbewegung zurückzuführen: die wirtschaftliche Rückwirkung der Krise, die Senkung der Lebenshaltungskosten haben zu einer Stagnation der natürlichen Vermehrung der Bevölkerung geführt. Diese beiden Erscheinungen gilt es noch festzuhalten:

Wanderungsbewegung.

Jahre	Bevölkerung	Bevölkerungszunahme (+) -abnahme (—)		Überschuß der Geborenen über die Gestorbenen im gleichen Zeitraum	Daher Wanderung aus der Region hinaus
		Personen	%		
1905	9244	—	—	—	—
1910	9212	— 32	— 0,3	+ 403	435
1925	9327	+ 115	+ 1,2	+ 455	340
1933	8737	— 590	— 6,3	+ 416	1006

Nach diesen Ergebnissen konnte also lediglich in der Zeit von 1910—1925 ein Teil des natürlichen Bevölkerungszuwachses in der Region verbleiben. Der durchschnittliche jährliche Wanderungsverlust beträgt von 1905—1933 = 78,2 Personen.

Trotz dieses Wanderungsverlustes muß festgestellt werden, daß bis 1925 eine absolute Bevölkerungsvermehrung stattgefunden hat; und zwar in den im Tale gelegenen Gemeinden, in denen bei

der ungünstigen landwirtschaftlichen Situation die Vermehrung auf Rechnung der Erweiterung des industriellen Fassungsvermögens gesetzt werden kann.

Die Eheschließungen, die vielfach einen engen Funktionalzusammenhang zur Konjunkturlage aufweisen, haben trotz der relativ steigenden Wirtschaftsentwicklung (vgl. Volkseinkommen und das Sparen), mit Ausnahme der Jahre 1919 und 1920, bis heute nicht mehr den Stand des Jahres 1907 erreicht.

Die Eheschließungen:

Jahr	absolut	‰ der Bevölkerung*	Jahr	absolut	‰ der Bevölkerung*	Jahr	absolut	‰ der Bevölkerung*
1907	**82**	8,9	1916	30	3,2	1925	47	5,0
1908	61	6,5	1917	17	1,8	1926	62	6,7
1909	51	5,5	1918	24	2,6	1927	69	7,3
1910	63	6,9	**1919**	**105**	12,0	1928	54	5,7
1911	43	4,5	**1920**	**97**	11,1	1929	55	5,8
1912	48	5,2	1921	81	9,3	1930	47	5,0
1913	73	7,9	1922	73	8,3	1931	50	5,3
1914	38	4,1	1923	75	8,6	1932	50	5,3
1915	19	2,0	1924	56	6,4	1933	42	4,8

*) Folgende Wohnbevölkerungsbestände dienten als Grundlage der Beziehung:

Von 1907—1909 der Bestand des Jahres 1905 mit 9244 Seelen
von 1910—1919 der Bestand des Jahres 1910 mit 9212 Seelen
von 1919—1924 der Bestand des Jahres 1919 mit 8720 Seelen
von 1925—1932 der Bestand des Jahres 1925 mit 9327 Seelen
für 1933 der Bestand des Jahres 1933 mit 8737 Seelen

Die Ursache dieser Erscheinung in der wirtschaftlichen Situation allein suchen zu wollen, wäre verfehlt. Die Wirkung des Weltkrieges, der die heiratsfähigen männlichen Altersgruppen im Wehrdienst beanspruchte, ist ebenso unverkennbar, wie ihre Heimkehr.

Betrachtet man die Geburten und die Todesfälle, so findet man dadurch zu einem Punkte hin, an dem die Stagnation in den Eheschließungen (Wille der Geschlechter zu ihrer natürlichen Vermehrung) kraß beleuchtet wird.

Die Geburten und die Todesfälle:

Gemessen an der Einwohnerzahl des Jahres	Berech. aus dem Durchschnitt der Jahre	Auf 1000 Einwohner ... Geburten		Auf 1000 Einwohner ... Todesfälle	
		Region	Baden	Region	Baden
1900	1898/1902	31,2	33,9	20,9	22,2
1905	1903/1907	28,8	32,9	19,3	19,9
1910	1907/1911	26,7	29,5	15,9	16,6
1919	1912/1916	21,0	20,7	19,2	15,7
1925	1919/1924	19,8	22,1	12,6	13,1
1933	1927/1932	16,9	—	11,8	—

Es zeigt sich, daß seit 1905 in der natürlichen Vermehrung der Bevölkerung des Bezirkes ein Stillstand eingetreten ist, d. h. der Rückgang der Geburtenziffer konnte durch eine im Verhältnis auch sinkende Sterbeziffer noch annähernd ausgeglichen werden. Der relative Geburtenüberschuß, der 1900 noch auf 10,3, 1910 sogar noch auf 10,8 stand, beträgt 1933 nur noch 5,1, so daß beim Andauern dieser Zustände eine trübe Zukunft sich eröffnet. Obwohl die Geburten im Normalfalle Sekundärerscheinungen der Eheschließungen sind, deutet der aufgezeigte Rückgang des relativen Geburtenüberschusses von 1905—1933 auf Kräftewirkungen hin, die man allgemein mit „Rationalisierung des Lebens" bezeichnet. Das Realeinkommen ist in ganz Europa und in Amerika im 19. Jahrhundert tiefer gewesen, als es im 20. Jahrhundert war. Und trotzdem ist im 20. Jahrhundert ein allgemeiner Geburtenrückgang zu verzeichnen. Aber das in allen Lebensäußerungen eingefügte Regulativ: Eigennutz, trieb die gepriesene „Ratio" auch dazu, im Willen zur Fortpflanzung jene Haltung zu zeugen, die als „Flucht vor dem Kinde" sich zeigt. Dies ist gewissermaßen eine Lebensverneinung, die aus materieller Daseins-„Freude" und Lebensbejahung fließt: das Kind wird als Hemmnis empfunden! Durch uneheliche Geburten, die ebenso wenig wie der Präventivverkehr von der Lebensfrische eines Volkes sprechen, wird der Ehe ausgewichen.

Diese Tatsache führt aber u. a. zur Vergreisung des Volkskörpers. Eine Betrachtung des Altersaufbaues der Regionalbevölkerung lehrt dies unzweifelhaft:

Altersstufe Jahre	1905	1925	Verschiebung (+)	Verschiebung (—)
0— 6	1 107	865	—	242
6—14	1 162	1 330	168	—
14—21	1 362	822	—	540
21—50	3 738	3 654	—	84
50—65	1 622	1 626	4	—
65 u. mehr	336	440	6	—

Der infolge des Krieges erwachsene Geburtenausfall geht deutlich aus dem Stande des Jahres 1925 hervor: die 14—21-Jährigen betragen 1925 nur 822, d. s. 39,7 % weniger als 1905.

Daß aber durch den Rückgang der Eheschließungen und der Geburten die ökonomische Lage nicht verbessert, sondern nur noch verschlechtert wird, ist nur wenig bekannt. Denn ein ständiges Absinken der Geburtenziffer hat, bei annähernd gleicher Sterbeziffer, unweigerlich eine Überalterung der Bevölkerung zur Folge. Die Steigerung der Erwachsenen aber bedeutet die Steigerung der Erwerbsfähigen, oder anders ausgedrückt: die Verschärfung des Kampfes um Arbeitsplätze. Aber auch von anderer Seite droht noch eine Gefahr, die mit einer kurzen Erwägung angedeutet sein soll:

Es standen in einem Alter von	1905		1925	
	absolut	%	absolut	%
0—14 Jahren	2 865	31	2 269	24
über 65 Jahren	462	5	336	3
zusammen	3 327	36	2 605	27
14—65 Jahren	5 917	64	6 722	73
zusammen	9 244	100	9 327	100

Im Alter bis zu 14 Jahren steht heute der Mensch noch nicht im Erwerbsleben, und in den meisten Fällen tritt er mit dem 65. Jahr aus ihm heraus. Diese beiden Altersgruppen treten noch nicht oder nicht mehr als Konkurrent am Arbeitsmarkt auf. Ihre wirtschaftliche Bedeutung tritt nur im Konsum zu Tage. Was aber für den Regionalmarkt direkt, für den Markt der deutschen Volkswirtschaft schlechthin der Ausfall an Konsumkraft bedeutet, kann man ermessen, wenn man sich vor Augen hält, daß der Rückgang der Geburtenziffer im 20. Jahrhundert in Deutschland gegenüber dem Stand der Geburtenziffer um die Jahrhundertwende ca. 10 Millionen Kinder beträgt. Kinder aber brauchen Wiegen, Kleider, Wäsche, Nahrung; sie verbrauchen Gas und Elektrizität, sie beschäftigen Dienst- und Lehrpersonal. Diese Riesenzahl von Konsumenten — in unserer Region beträgt der Rückgang 922 Personen, d. s. 27,7 % — ist nach dem Gesagten für den Arbeitsmarkt und für die Beschäftigung sehr bedeutungsvoll [113]).

Die aus dem Vergreisungsprozeß folgende Übersetzung der erwerbsfähigen Altersgruppen (14—65 Jahre) — die Zunahme von 1905—1929 beträgt 805 Personen, d. s. 13,6 % — bringt, bei sonst absolut abnehmender Bevölkerung, eine Belastung in der Nachfrage an Erwerbsmöglichkeit, einen Kampf um Arbeitsplätze. Da die Landwirtschaft und die übrige Urproduktion einen erhöhten

Andrang von Arbeit heischender Kraft, infolge ihrer beschränkten Kapazität, nicht zu absorbieren vermag, die Arbeitslage in den freien und behördlichen Berufen aber durch eine annähernde Proportionalität zum Bevölkerungsstand umrissen ist, drängt das ganze Gewicht des Angebots an Arbeitskraft auf die gewerbliche Ebene. In den gewerblichen Berufen betrug der Beschäftigungsgrad 1925 34 % der Gesamtbevölkerung, oder 66 % der Stadtbewohner, während er 1933 nur noch 24 % (bezw. 37 %) betragen hat. Wäre das Gewerbe in seiner Auswirkung nicht durch die Krise gehemmt, die durch den Rückgang der Geburten und die zunehmende Vergreisung noch verschärft wird, und könnte es die gleiche Anzahl an Beschäftigten halten wie 1925, also 34 %, so müßten 1933 noch 2 960 beschäftigt sein. Nach den Ergebnissen der 1933er Betriebszählung sind aber nur noch 2 014 in Arbeit. Die amtliche Arbeitslosenstatistik weist am 16. Juni 1933 = 642 Arbeitslose aus. Nach unserer Feststellung beläuft sich die Differenz auf 946; die „unsichtbare“ Arbeitslosigkeit beträgt also 304, d. s. 15 % der gewerblichen Beschäftigten.

Schluß.

1. Zur Brauchbarkeit des Begriffes „Regionalität" als Methode und Gesamterkenntnis der Volkswirtschaft.

Sofern mit der Frage nach der Brauchbarkeit der „Regionalität" nur das Verfahren gemeint ist, kann ihre Brauchbarkeit durch die vorliegende Untersuchung als erwiesen gelten. Die Wirtschaft des oberen Wiesentales konnte — von einigen Hindernissen [114]) abgesehen — in allen ihren Äußerungen erfaßt werden. Durch die Übersichtlichkeit war die Wirtschaft der Region ein leicht zu beschreibendes Phänomen, das einer Erkenntnis der wirtschaftlichen Funktionalzusammenhänge keine Schwierigkeiten bot. Mit dieser Feststellung wird aber schon jenes Gebiet betreten, in dem eine klare Scheidung zwischen Verfahren und Wesenserkenntnis nicht mehr möglich ist, weil die vorausgeschickten Deduktionen über die Verwendung und den Inhalt des Eigenschaftswortes „Regionalität" durch den Gang der Untersuchung — durch induktive Forschungsweise — bloßgelegt und bestätigt worden sind [115]). *Das Verfahrenstheorem wurde mit seiner gegenständlichen Durchdringung zum Erkenntnisgrund!*

Es würde zu weit führen, alle Ergebnisse, die die Existenz der regionalen Körperlichkeit der Wirtschaft zu Tage förderten, an dieser Stelle noch einmal wiederzugeben. In großen Zügen sei dies getan: Es zeigte sich, daß die naturgegebene Gestaltung des Untersuchungsgebietes eine wesentlich eigenwüchsige Haltung der Menschen bedingte, die durch politische, sittlich-religiöse, sprachliche und rassische Momente verstärkt, den wirtschaftlichen Ablauf mitbestimmt. Die durch die Revolutionierung der Technik geänderte Wirtschaftsform (kapitalistischer Industrialismus!) hat die Struktur der Wirtschaft — und damit auch der Bevölkerung gewandelt. Der Verkehrszusammenhang der Lokal- und Regionalwirtschaft mit andern Regionen in der Volkswirtschaft oder mit fremden Nationen, ist ein langsam gewachsener, der parallel geht der sukzessiven Auflösung des genossenschaftlichen Lebens und der seine Entfaltungskraft aus der atomisierenden Wirkung der kapitalistischen Wirtschaftsform hat. Die ethnologischen Gegebenheiten, die spezifisch unterschiedene Eigenwertigkeit der Länder, Gebiete und Orte sind durch diesen Anarchismus und Atomismus wohl überlagert, nicht aber aufgehoben worden. Der

wahre Sachverhalt hat sich spontan gezeigt, als diese Form der Wirtschaft fragwürdig geworden war. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit von Urproduktion, Gewerbe und Handel entspringt an der lokalen und regionalen Verzahnung der Bedürfnisse und leitet erst zum interregionalen und internationalen Tauschverkehr hin, wenn die örtlichen und nachbarschaftlichen Produktivkräfte außer Stande sind, die Bedürfnisse selbst zu befriedigen. Es hat sich für die untersuchte Region gezeigt, daß die Urproduktion aus der Rolle, die Ernährungsgrundlage für die Regionalbevölkerung zu sein, herausgewachsen ist, weil die Industrialisierung eine Disproportionalität in der Schichtung der Bevölkerung herbeiführte. M. a. W.: Das Übergewicht jenes Bevölkerungssektors, der durch fruktifikatorische Arbeitsleistung auf der Grundlage privaten Eigentums an Grund und Boden sich selbst ernähren konnte, wurde im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie der dynamische Querschnitt durch die Jahre 1907—1933 gezeigt hat, zu Gunsten des gewerblichen Bevölkerungssektors verschoben. Solange diese Entwicklung sich in normalen Bahnen, d. h. in Entsprechung zum Nahrungsmittelspielraum vollzog, war eine autarke Bedürfnisbefriedigung mit den Mitteln der Region noch möglich. Als aber die nahrungspolitischen Stützen für die gewerbliche Bevölkerungsschicht über die Region hinausverlegt werden mußten, bedeutete dies das Eingehen eines Abhängigkeitsverhältnisses, das sich in einem Leistungszwang der gewerblichen Produktion ausdrückt. Der Bedarf der Region an Lebensmitteln, Roh- und Hilfsstoffen wurde so zu einem Wirtschaftsfaktor, der in die Berechnung für die Erzeugung und Verteilung auf den fremden Märkten einging; umgekehrt hat sich aber aus dieser Tatsache für die regionale Produktion und Verteilung immer wieder der wirtschaftliche Grund zur neuen Betätigung ergeben. Wenn man auch in Betracht zieht, daß gerade die automatische Erzeugung der Güter (Bürstenwaren und Textilien) kapitalistische Marktproduktion ist, die in ihrem Umfang keine Ausrichtung an einem bekannten Marktvolumen nimmt und nehmen kann [116]), — selbst dann zeigt sich in der Gesamtwirkung des wirtschaftlichen Ablaufes der Region bis zu gewissem Grade eine Gleichgewichtsfunktion, die im Sinne eines quantitativen Automatismus[117]) wirkt; die Wirkungen sind im einzelnen im Zusammenhang mit der Handels- bezw. „Zahlungsbilanz", dem „Volkseinkommen" besprochen worden. Aus der quantitativen Ausgleichsbestrebung zwischen Produktion und Einfuhr (oder „Empfang"), Ausfuhr (oder „Versand") und Lebenshaltung, ergibt sich eine Vielzahl qualitativer Wirkungen, so daß aus dem ganzen Vorgang wiederum das Zusammenspiel von geistigen und körperlichen Wesenskräften spricht, und die erkannte organische Körperlichkeit der teilganzen Region bestätigt: Wenn ein Wirtschaftsgebiet deshalb, weil ihm innerhalb seiner Grenzen die Möglichkeiten und Mittel zur autarken

Befriedigung der Bedürfnisse seiner Bevölkerung fehlen, exportorientiert ist, und wenn dieses Wirtschaftsgebiet eine bestimmte Höhe der Lebenshaltung nur dann wird halten können, wenn es eine bestimmte Menge an Waren und Leistungen ausführt, also in Zahlung geben kann, und wenn ferner das Wirtschaftsgebiet beim Rückgang der Möglichkeit von Ausfuhr und „Versand" entweder Arbeitslose verhalten oder Bevölkerung abgeben, oder seine Lebenshaltung herabdrücken, oder Schulden machen muß, — wenn all diese Zusammenhänge in einem Wirtschaftsbereich sich ergeben, so spricht dies für eine körperliche Ganzheit der Regionalwirtschaft, in der demzufolge alle Ursachenelemente vorhanden sein müssen, um diesen Sachverhalt auszulösen. Diese Körperlichkeit unserer Region, um deren Nachweis es ja zu tun war, wird, wie die Darstellung der öffentlich-regionalen Haushalte gezeigt hat, durch die überwachende und ordnende Kraft des Staates auf das Ganzheitsziel der deutschen Wirtschaft hingeordnet.

II. Folgerungen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die Erkenntnis, die die Volkswirtschaft als organische Ganzheit vieler selbstwüchsiger Regionen faßt, verhindert in der wissenschaftlichen Denkfolge — in der Theorie also — die Vermassung oder Atomisierung der Erscheinungen. Diese Anschauung der Welt des Wirtschaftlichen eröffnet der nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik eine Reihe wichtiger Gesichtspunkte: Da die Entwicklung der Volkswirtschaft nur ein Ergebnis der Zusammenarbeit der Regionen in der Nation und der Orte in der Region ist, muß die nationale Wirtschaftspolitik, zum Beispiel, um der Volkswirtschaft willen die Regionen fördern, um ihnen eine möglichst vollkommene Entwicklung und zugleich die Mittel und die Freiheit des Handelns und der Initiative zu sichern, die für diese Entwicklung unerläßlich sind. Dies bedeutet die politische Zentralisation und Dezentralisation in das richtige Spannungsverhältnis zu bringen. U. a. bietet dieser Betrachtungsansatz aber auch für den korporativen Aufbau einer Volkswirtschaft die sichere Organisationsgrundlage, weil sie die Wirtschaftspersonen horizontal (d. h. ohne graduellen Unterschied in ihrer politischen und wirtschaftlichen Situation!) aus ihrem nachbarschaftlichen Sein heraus erfaßt. Die ständische Idee liegt in der Lokal- und Regionalwirtschaft sozusagen als Keim beschlossen, den es nur auf ein gemeinsames politisches Ziel hin zu aktuieren gilt [118]). Das Ineinandergreifen der Lebensbedürfnisse innerhalb der Region besagt ja de facto eine genossenschaftliche Differenzierung der Bevölkerung, die als ständischen Gliederungsgrund nicht nur den wirtschaftlichen Standort des Einzelmenschen hat, sondern auch seine übrigen Wesenskräfte wie politischer und kultureller Wille, der in der ständischen Ordnung in etwa wesentlich sein dürfte.

In der untersuchten Region waren ähnliche Formen sehr entwickelt in der Institution der Markgenossenschaft, von der Denkmäler bis in die Gegenwart hineinragen [119]).

Bei der Darstellung der Verhältnisse in der Bürstenindustrie ergab sich, daß einige, durch die synthetische Entfaltung der Technik freigesetzte Arbeitslose dazu übergegangen sind, selbst Automaten anzuschaffen, um nun mit Erfolg zu produzieren und die Fertigfabrikate zu verhausieren. Darin kann eine aus der Not und dem Gang der Dinge geborene Kraft erblickt werden, die sich gegen die kapitalistisch-technische Arbeitsorganisation wendet, die die genossenschaftlichen Bindungen, vor allem aber die familiengebundenen Kräfte durch Jahrhunderte gelähmt und beinahe erstickt hatte. So abwegig diese Erörterung auf den ersten Blick auch erscheinen mag, so eindringlich weist sie doch auf eine Tatsache hin, die als sehr wesentlich erachtet werden muß, weil sie vom Wirtschaftlichen her eine soziale Wandlung andeutet: Gestützt auf einen Automaten, dessen Arbeit von Familienmitgliedern in allen notwendigen Handreichungen ergänzt wird (z. B. Anfertigung von Bürstenkörpern, Polieren u. a.), kann sich diese arbeitsintensive Produktion, die nicht an Kapital, fremde Arbeit und große Fabrikräume gebunden ist und die keine großen Kostenelemente wie Sozialversicherungsbeiträge, Verwaltungsunkosten u. a. m. in ihrem Erfolg hemmen, sicher gegen die augenblickliche Konkurrenz der kapitalintensiven Produktion durchsetzen. Diese Art der Arbeitsorganisation bedeutet aber nichts weniger als eine Durchlöcherung der kapitalistischen Wirtschaftsform, deren Wesen darin besteht, daß Unternehmer mit dem Kapital der Produktionsmittel auf der einen Seite, Arbeiter mit ihrer wohlfeilen Arbeitskraft auf der andern Seite stehen. Obschon diese Feststellung nur in einem kleinen Kreis getroffen wurde, birgt sie doch in sich die Herausentwicklung einer neuen, auf dem Motor und dem Automaten aufbauenden Technik, der die Zukunft gehören wird, weil sie eine soziale Wandlung zu bringen verspricht. Denn sie vermag u. E. in der Verallgemeinerung den Entproletarisierungsprozeß zu tragen, indem sie eine neue Handwerkskultur schafft, in der sich Technik und patriarchalische Wirtschaftsgesinnung gegenseitig nicht nur vertragen, sondern sogar erfordern und befruchtend ergänzen. Es mag uns modern-fortschrittlich zu denken gewohnten Menschen zwar höchst fragwürdig erscheinen, ob es nötig war, daß die Technik diesen Weg, oder richtiger: diesen Umweg gehen mußte. Sie hat aus ihrer Kraft heraus, die aber nicht als eigengesetzliche Kraft der Technik gefaßt werden darf, die menschlichen Bindungen gelöst oder doch zumindest mit dem ihr unterschobenen Sinn von einer „Eigengesetzlichkeit“ die „Soziale Frage“ in den Bereich außerwirtschaftlicher Gebiete verschoben. Sozialpolitik war dadurch lange Zeit eine Betätigung mit religiösem und ethischem Einschlag; später

kam mit Wucht die ganze Frage in den Bereich des staatlichen Lebens, denn es zeigt sich, daß aus der organischen Gesellschaftsnot heraus der Mensch der „durchgegangenen" Technik wieder die Zügel anzulegen sucht. Diese Entwicklung wird nur schrittweise erfolgen können. Sie scheint jedenfalls einen gangbaren Weg zu zeigen; denn gerade das Beispiel unserer Bürstenindustrie beweist untrüglich die Nichtigkeit der sogen. „Kompensationstheorie", die besagt, daß die in einer Industrie *durch die Maschine* freigesetzten Arbeitskräfte *in der Maschinenindustrie* unterkommen können. Bei einer in unserem Untersuchungsgebiet sich befindlichen Bürstenmaschinenfabrik, die so gut wie allein nicht nur die ganze deutsche, sondern auch einen großen Teil der Weltbürstenindustrie mit Maschinen versorgt, ergab sich folgendes Bild:

Es betrug:	1907	1925	1933
Die Produktion in %	100	331	359
Der Export in %	47	52	81
Der „Versand" in %	rd. 50	rd. 40	rd. 16
Die regionale Verteilung in %	3	8	3
Die absolute Zahl der Beschäftigten	24	79	123

Bei der Auffüllung der Belegschaft dieses Unternehmens von 79 auf 123 in der Zeit zwischen 1925 und 1933 ist sicherlich nicht auf die in der Bürstenindustrie durch den Automaten freigewordenen Arbeitskräfte zurückgegriffen worden; die Frage der fachlichen Eignung ist bei der Kompensationstheorie zu sehr vernachlässigt. Jedenfalls kann nur eine beschränkte Anzahl von Arbeitern als Hilfskräfte oder anzulernende Hilfsarbeiter in der Maschinenindustrie Verwendung finden. Dieser Einwand wird auch nicht entkräftigt durch die Möglichkeit, daß innerhalb eines großen und reichgegliederten Wirtschaftsraumes ein gewisser Ausgleich zwischen den verschiedenen Branchen der Produktionsmittelindustrie stattfinden kann.

Die Darstellung der Verhältnisse in den verschiedenen Wirtschaftszweigen, hat die Grenzen einer möglichen Expansion der Produktion aufgezeigt. Die beschränkte Möglichkeit der Reagrarisierung wird nicht imstande sein, ein Mehr an Bevölkerung zu fassen. Mit dieser Umsteuerung der Technik ergibt sich aber die Möglichkeit einer dörflichen Reindustrialisierung, die in sich das Moment der Dezentralisation und die Fähigkeit der ständischen Erfassung trägt.

Dies sind Beispiele regionalwirtschaftlicher Entwicklungen, die aber schlagend zu beweisen vermögen, daß es falsch ist, die Vorfälle innerhalb der Volkswirtschaft zu schematisieren und unter dem Gesichtspunkt der „Totalität" zu sehen, weil solche

Besonderheiten sonst untertauchen und bei wirtschafts- und sozialpolitischen Lösungsversuchen nicht entscheidend ins Gewicht fallen. Es kann bei der Betrachtung unter dem Gesichtspunkt der „Totalität" zum Beispiel wohl bekannt sein, was dem nationalen Wirtschaftskörper im ganzen frommt, aber es bleibt fraglich, ob dies dann auch z. B. dem oberen Wiesental, dem Ruhrgebiet usw. frommt, auf daß sie ihren aufbauenden Beitrag zur Erreichung des volkswirtschaftlichen Zieles leisten können.

III. Die lokale und regionale Wirtschaft als Grundlage der Weltwirtschaft [120]).

Nachdem die Untersuchung zu zeigen versucht hat, daß die Konzeption der Volkswirtschaft nur dann einer wirklichen Tatsachenbemeisterung gerecht werden kann, wenn sie an einer Schau der Volkswirtschaft als einer interregional und interlokal gegliederten Ganzheit ausgerichtet ist, werden diese Erkenntnisse auch auf die Weltwirtschaft übertragen.

Die spezifischen Kräftewirkungen der vielen Regionen innerhalb einer Nationalwirtschaft werden durch den Faktor der nationalen Solidarität, wie sie die Existenz des Staates ausstrahlt, aus ihrer oft gegensätzlichen Spannung heraus auf ein Ganzheitsziel hingeordnet: auf die wirtschaftlichen Interessen eines Gesamtvolkes. Dort aber, wo die nationale Grenze aufhört, hört auch die voluntaristische Zuordnung der Interessengegensätze auf, weil sich zwei — wie die Gegenwart lehrt — in der Regel entgegengesetzte, letztwesentliche Zielvorstellungen treffen. Diese Spannungen zwischen Nationen, die nicht feindlicher Natur zu sein brauchen, werden durch Abmachungen und Übereinkünfte ihres widersprechenden Charakters entkleidet, um wirtschaftliche Verkehrszusammenhänge zu ermöglichen. Aber gerade diese wirtschaftlichen Beziehungen zwischen verschiedenen Nationen — die Weltwirtschaft also — muß man immer „in ihrem überwirtschaftlichen Gehäuse sehen, . . . d. h. die geschichtlich-politischen Momente mitsehen" [121]). Ebenso wie innerhalb einer Volkswirtschaft die lokalen und regionalen Artunterschiede, die aus dem Menschen und der natürlichen Wirtschafts- und Lebensgrundlage sich ergeben, dem Wirtschaftsablauf den Stempel aufdrücken, genau so sind es die völkischen Eigenheiten, die in der Weltwirtschaft zu beachten sind. Deutlich sichtbar wird dies, wenn man sich vor Augen hält, daß mit der Frage nach der Weltwirtschaft spontan außerwirtschaftliche Kräfte: Politik und „Theologie" [122]) mitsprechen — und letztlich auch bei der wissenschaftlichen Konzeption der Weltwirtschaft mitbestimmend sind. Die religiösen Momenten des Puritanismus entsprungene Überzeugung der Missionssendung bestimmte das weltwirtschaftliche Denken und Stre-

ben Englands. Man könnte beinahe die rein metaphysisch gerichtete Glaubenshaltung des Deutschen dafür verantwortlich machen, daß Deutschlands Weltwirtschaftsbestrebungen im 19. Jahrhundert zu wenig diesseitsbetont waren, und Gruppierungen gegen sich erzeugte, die ihm mehr den Ruf des Dichters und Denkers, als den des Kaufmanns eintrugen. Englands Glaube an eine Sendung fand auf politisch-wirtschaftlicher Ebene seine Entfaltung. Selbst wenn man in Bosheit annimmt, man habe die Absicht der selbstischen wirtschaftlichen Durchdringung der Fremdländer nur mit religiösen Motivationen bemäntelt, selbst dann schwingen in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit weltwirtschaftlichen Tatsachen politisch-theologische Kräfte mit. *A. Smith, D. Ricardo* sowohl als auch der „Nationalist" *F. List* münden am Ende oder vielleicht gar am Anfange ihres Denkens und Fühlens in religiös-ethische Sphären, d. h. sie finden die letzte Überdachung ihrer Systempfeiler aus einer theologischen Grundhaltung, indem sie den „ewigen Frieden", die „Universalunion der Nationen" — eine Harmonie schauen und glauben, die eben an der Gottes- und Wahrheitsfrage orientiert ist [123]).

Wie stark — und wie schwach zugleich — die Ideenwelt war, die hinter den Weltwirtschaftsbeziehungen stand, ist eigentlich erst heute richtig abzumessen, nachdem durch den Weltkrieg 1914/1918 die politischen und wirtschaftlichen Gruppierungen ans Licht treten, und nachdem diese Kräfte in ihrer Auswirkung das Weltbild von Generationen zugleich erschüttert, und durch das Fronterlebnis wieder zur neuen, lebendigen Ganzheit vorgeformt haben. Dies alles offenbart sich in der Gärung des 20. Jahrhunderts, das in seiner voluntaristischen, rein willensmäßigen Haltung die „naturgesetzlichen" Regulative der Vergangenheit durch den Glauben an Wille und Tat außer Kurs setzte. Zwei solcher „Setzungen" erscheinen in ihrem Ideengehalt als Grundlagen weltwirtschaftlicher Konzeptionen:

1. Der ideologische Nationalismus und
2. der ideologische Kosmopolitismus [124]).

Die erstere der Anschauungen geht davon aus, daß sie „die Nationen als geschlossene Wirtschaften auffaßt, die nur auf sich selbst gestellt, sich selbst genügen oder genügen sollen und zu den andern Nationen nur politische Beziehungen des Widerstandes und des Kampfes unterhalten" [125]).

Der ideologische Kosmopolitismus, oder Internationalismus, verkennt „die fundamentalen Notwendigkeiten der national gegliederten Zusammenarbeit . . . und glaubt, die Wirtschaft der Menschheit auf den Ruinen der Volkswirtschaften aufbauen zu können" [126]).

Da diese beiden Anschauungen sich in der Denkfolge der „Totalität" bewegen, müssen sie notwendigerweise die wirklichen wirtschaftlichen und übrigen Lebenskräfte übersehen, die die

Nationen in der Weltwirtschaft zu ähnlichen interregional kooperierenden Teilganzen wie die Regionen in der Volkswirtschaft macht, oder sie auf einen Typenwert bringen, dessen politische und wirtschaftliche Ausstrahlungen als theoretische Grundlage für die Lösung internationaler Probleme unbrauchbar sein müssen. Allein schon der Umstand, daß eine Konzeption der Weltwirtschaft weder im Sinne der ideologischen Autarkie, noch im Sinne einer Internationale praktisch denkbar und durchführbar wäre, legt der Wirtschaftswissenschaft die Aufgabe nahe, von solchen Formen, die als Ideologien gerade noch haltbar sind, sich abzuwenden und alle Aufmerksamkeit — entsprechend dem allgemeinen Wesenszug unseres Zeitalters, das als Gegensetzung zur ratio des Liberalismus eine neue ratio, die des Sozialen [127]) erhebt — den wirklichen Wirtschafts- und Gesellschaftsgegebenheiten zuzuwenden, wie sie im Rahmen unserer „Regionalität" beschrieben sind. Denn daß die Interessen der Nationen in einer kosmopolitischen Union der Völker, die die staatspolitischen Grenzen niederreißen will, nicht gewahrt und berücksichtigt werden, hat schon vor nahezu 100 Jahren *Friedrich List* erkannt. Eine hermetische Abriegelung der Nationalwirtschaften unter der Flagge der Autarkie aber ist nur möglich, wenn man die Lebensbedingungen der Völker noch weiter herabdrückt, als es die Krise bereits vermochte. Deutschland, zum Beispiel, wird als Gesamtwirtschaftskörper von weltwirtschaftlichen Verflechtungen, die sich gegenwärtig in einer Notwendigkeit der Exportsteigerung zum Zwecke der Beschaffung der industriellen Roh- und Hilfsstoffe äußern, abhängig sein. Diese Abhängigkeit kommt aus den Regionen, denen es an den Naturgegebenheiten der Rohstofferzeugung fehlt — und wenn die einzelnen Glieder in einer Abhängigkeitsstellung sich befinden, so befindet sich auch die Volkswirtschaft darin. Ebenso ist es in den Regionen anderer Nationen.

Schlußwort.

Seit die Untersuchung abgeschlossen worden ist, sind über zwei Jahre vergangen.

Durch die Aufbauarbeit des neuen Deutschland haben sich die Verhältnisse vielfach grundlegend geändert, so daß die gefundenen Zahlenergebnisse als überholt zu betrachten sind.

Wenn man aber in Betracht zieht, daß es der Zweck der vorliegenden Schrift war, einen Weg zur theoretischen Erfasung der Volks- und Weltwirtschaft aufzuzeigen, so verlieren die Feststellungen keineswegs an Wert. Neben der methodischen Erörterung gibt die Arbeit dem Leser einen Einblick in zwei Jahrzehnte wirtschaftlicher Entwicklung des Gebietes.

Schrifttum, Quellen und Anhang.

Schrifttum:

Bauernkammer, badische, Landwirtschaftliche Betriebsverhältnisse in Baden, Heft Nr. 8, 1928.

Behn, S., Unterwerfung der Maschine; aus „Hochland", 30. Jahrgang, 1. Band, Seite 12 ff.

Bittmann, Karl, Hausindustrie und Heimarbeit im Großherzogtum Baden, Karlsruhe 1907.

Bramstedt, P., Die Tauschbeziehungen von Landwirtschaft und Industrie — Probleme des Binnenmarktes; aus „Deutsche Agrarpolitik", Teil II, Seite 413 ff., Berlin 1932.

Briefs, G., Das berufsständische System zwischen Faschismus und Bolschewismus; aus „Die berufsständische Ordnung", erschienen im Tat-Verlag Köln 1932, Seite 62 ff.

Brocard, L., Die lokale und regionale Wirtschaft als Grundlage der Volks- und Weltwirtschaft; aus „Weltwirtschaftliches Archiv", 31. Band, 1930, Seite 35 ff.

Brocard, L., Principes d'économie nationale et internationale. 1. Band, Paris 1929.

Brock, E., Individualismus als Schicksal; aus „Schweizer Monatshefte", Heft 2, XIV. Jahrgang, Mai 1934, Zürich, Seite 90 ff.

Diehl K. und *Mombert, P.*, Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie, 3. Auflage, 1. Band, Karlsruhe 1920.

Goltz, von der, Th., Die ländliche Arbeiterklasse und der preußische Staat, Jena 1893.

Gothein, E., Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes, Band I, Straßburg 1892.

Handelskammer Schopfheim, Arbeitsbeschaffungsprogramm 1934.

Handelskammer Schopfheim, Sozialwirtschaftliche Untersuchungen 1928, Akten (nicht veröffentlicht).

Humpert, Th., Das Wiesental; eine heimatliche Wirtschaftskunde, Bühl 1920.

Kaiser, W., Die Anfänge der fabrikmäßig organisierten Industrie in Baden; aus „Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins", Sonderabdruck aus NF Bd. 46, Karlsruhe 1932.

Lais, E., Die Bevölkerung des Kirchspiels Schönau i. W. und ihre Wirtschaft im 17. und 18. Jahrhundert, Selbstverlag, Schopfheim 1932.

Lais, E., „Die badische Wirtschaft zwischen zwei Zeitaltern", Karlsruhe 1934.

List, F., Das Nationale System der politischen Ökonomie, unverkürzte Sonderausgabe der FLG., herausgegeben von A. Sommer, Berlin 1930.

Mangold, F., Strukturwandlungen in der schweizerischen Wirtschaft; aus „Zeitschrift für Schweizerische Statistik und Volkswirtschaft", Sonderdruck, 70. Jahrgang, Heft 2, 1934.

Oppenheimer, Franz, System der Soziologie, Band III, 2, 5. Auflage, Jena 1924.

Ricardo, D., Grundgesetze der Volkswirtschaft und Besteuerung, deutsch von E. Baumstark, 2. Auflage, Leipzig 1877.

Salin, E., Geschichte der Volkswirtschaftslehre, 2. Auflage, Berlin 1929.

Scheu, E., Deutschlands wirtschaftsgeographische Harmonie, Breslau 1929.

Schott, S., Statistik, Leipzig 1913.

Spann, O., Fundament der Volkswirtschaftslehre, 4. Auflage, Jena 1929.

Spann, O., Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre, 22. Auflage, Leipzig 1932.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Berlin 1928 und 1933.

Vogelstein, Th., Das Ertragsgesetz der Industrie; aus „Archiv für Sozialwissenschaft", 34. Band, Seite 776 ff.

Weber, Max, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Band I, Tübingen 1934.

Žižek, F., Grundriß der Statistik, 2. Auflage, München und Leipzig 1923.

Quellen:

Bei dem Quellenmaterial handelt es sich um amtliche Akten und Urkunden, um Aktenauszüge, private Geschäftsbücher und -papiere, um Fragebogen einer amtlichen und einer privaten Enquête.

Amtsgericht, badisches, Schönau.

Aktenbericht (über Erbhöfe und landwirtschaftliche Entschuldungsverfahren).

Arbeitsamt, Lörrach.

Akten: Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützungen, 1925 und 1933.

Banken und Kassen.

Bezirkssparkasse Schönau, Gewerbebank Todtnau, Bezirkssparkasse Todtnau, Ländlicher Creditverein, Geschwend. Bilanzen und Unterlagen für 1907, 1925 und 1933, soweit die Institute schon bestanden.

Bauernkammer bezw. Badischer Nährstand, Karlsruhe.

Aktenbericht: Milchkontrolle.

Bezirksamt, Schopfheim.

Akten über Voranschläge und Rechnungsprüfungen.

Bürgermeisterämter der Gemeiden:

Aftersteg	Schönenberg
Aitern	Schlechtnau
Böllen	Todtnau
Brandenberg	Todtnauberg
Fröhnd	Tunau
Geschwend	Utzenfeld
Muggenbrunn	Wembach
Präg	Wieden
Schönau	

Von diesen Gemeinden wurden verwendet: Jahresrechnungen von 1907, 1924/25 und 1925/26, Kassenbücher 1932/33 und 1933/34, Akten über die Holzverwertung, Akten über die Sozialausgaben, Buchungsbelege.

Forstamt, Schönau und Todtnau.

Akten Holzhiebe und Holzverwertung, Akten Waldwege.

Fragebogen.

Im Rahmen einer privaten Erhebung wurden Fragebogen herausgegeben an: sämtliche gewerblichen Unternehmen und landwirtschaftlichen Genossenschaftsstellen, sowie an die untersuchten Gemeinden. Von einer Veröffentlichung der Muster muß mit Rücksicht auf den Raum Abstand genommen werden.

Gemeindetag, badischer, Karlsruhe.

Akten über die Einnahmen- und Ausgabenrückstände in den Gemeinden.

Handelskammer, Schopfheim.

Akten über die Industrie, Akten über die Betriebseinkommen und Betriebsvermögen (vertraulich), Akten über Handel und Verkehr.

Landesversicherungsanstalt Baden.

Aktenauszug über die Alters- und Invalidenrenten und deren Auszahlungen.

Notariat, Schönau.

Original-Grundbücher der oben aufgeführten Gemeinden, Original-Grundbücher der Bergwerke, Original-Grundbücher der Eisenbahn.

Oberpostdirektion Konstanz.

Aktenauszüge über die wirtschaftlichen Auswirkungen des gesamten Postwesens im oberen Wiesental (mit besonderer Genehmigung des Reichsverkehrsministers).

Postscheckamt, Karlsruhe.

Auskünfte über die wert- und mengenmäßige Frequenz des Postscheckverkehrs für 1933.

Standesämter der oben angeführten 17 Gemeinden.

Original-Geburts-, Sterbe- und Eheschließungsregister.

Statistisches Landesamt, Karlsruhe.

Erhebungsbogen der Betriebszählung von 1910 und 1925, Erhebungsbogen der Volks- und Betriebszählung 1933, Akten: Anbaustatistik, Ernteerträgnisse, Viehzählung, Fremdenverkehrsmeldungen.

Viele sachliche Erhebungen wurden durch persönliche Rundgänge und Aussprachen mit Vertretern aller Wirtschaftsgruppen gemacht.

Anhang:

1) Zum Beweis vergegenwärtige man sich nur, welche Veränderungen hinsichtlich der Form des Wirtschaftslebens z. B. der Liberalismus oder der Rationalismus brachten. Ähnliches beweist auch ganz deutlich die deutsche Volkswirtschaft unserer Tage. Die ursächlichen Zusammenhänge tun sich auch in der modernen deutschen Nationalökonomie kund.

2) Welchen Einfluß hatte nachgerade auf das Bild der Wirtschaft des 18., 19. und 20. Jahrhunderts die Erfindung der Dampfmaschine, der Spinnmaschine, des Webstuhles, der Eisenbahn usw. usw.

3) Es liegt Grund genug vor, zu behaupten, daß kein wirtschaftliches Gesetz, selbst kein Naturgesetz, absolut ist. Wie lange hat man es als ausgemacht hingenommen, daß Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen, und welch kurze Zeit genügte, um zu beweisen, daß die Macht eines staatlichen Gesetzes schon ausreicht, die „Unabänderlichkeit" aufzuheben.

4) Vgl. z. B. *F. Quesnay*, *A. Smith*, *D. Ricardo*, *Fr. List* und *A. Müller* u. a.

5) Vgl. *L. Brocard*, „Weltwirtschaftliches Archiv", 1930, I, S. 35.

6) *F. Mangold*, a. a. O. Seite 214.

7) a. a. O. Seite 167.

8) Die Revolutionen seit 1848 und das Anwachsen der revolutionären Parteien sind äußere Merkmale dafür.

9) *E. Salin*, Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Seite 53.

10) Im Sinne von: Entelechie (*Aristoteles*), Göttliche Vorsehung (*Thomas Aquino*), Weltgeist oder Dialektik (*Hegel*) oder historischem Ökonomismus (*Marx*).

11) Vgl. *H. Schacht*, Rede, gehalten am 19. Oktober 1934 anläßlich der Versammlung der Betriebsgemeinschaft der Deutschen Reichsbank in den Wilmersdorfer Tennishallen (Frankfurter Zeitung vom 20. X. 1934).

12) Vgl. hierzu u. a. „Tote und lebendige Wissenschaft" und „Fundament der Volkswirtschaftslehre".

13) *E. Brock*, a. a. O. Seite 97.

14) *E. Salin*, Geschichte . . . Seite 53.

15) Vgl. *Salin*, ebenda Seite 53 ff.

16) *E. Schott*, a. a. O. Seite 8.

17) a. a. O. Seite 87.

18) Inwieweit diese Betrachtungsweise Erkenntnisse für die Konzeption der Weltwirtschaft zu liefern vermag, wird erst später (siehe S. 107 ff.) besprochen werden können, weil zuerst der Nachweis geführt werden soll, daß diese Schau für die Konzeption der Volkswirtschaftslehre brauchbare Wege zeigt.

19) Kein Mensch geht vorurteilsfrei an eine Darstellung heran. Selbst die Verfechter der Wertfreiheit in der Nationalökonomie sind von dem Glauben getragen, daß der Kampf gegen die Werturteile das einzig Richtige sei.

20) *L. Brocard*, Principes d'économie nationale et internationale, 3 Bände, Paris 1928 und 1929.

21) Eine gedrängte Übersicht gibt vor allem der Aufsatz von *L. Brocard* in: „Weltwirtschaftliches Archiv", 31. Band, 1930, S. 35 ff.

22) Vgl. hierzu die Untersuchungen von *P. Bramstedt* (a. a. O. S. 413 ff.) und *E. Scheu* (a. a. O), die beide — allerdings etwas mechanistisch, weil aus andern Motiven vollzogen — eine regionale Abgrenzung vornehmen.

23) Vom Verfasser gesperrt.

24) *L. Brocard*, „Weltwirtschaftliches Archiv" (1930) 31. Band, Seite 41.

25) Vgl. *L. Brocard*, Principes d'économie . . . I. Band, Seite 429 ff.

26) Todtnau und Schönau sind nur in verwaltungsrechtlicher Hinsicht Städte. Ihr Charakter ist eher ein ländlicher. Neben der Tatsache aber, daß beide Orte industriewirtschaftliche Brennpunkte sind und Handwerk, Handel, Sparkassen und größere Hotels beherbergen, erscheinen sie deshalb in den Augen der Regionalbewohner noch als städtische Siedlungen, weil sie Sitz der Kirchen sind.

27) Diese Tatsache ist aber auch ein Grund dafür, daß gerade diese Region zum ausgesprochenen Notstandsgebiet geworden ist.

28) Einen Rückblick in die mittelalterliche Wirtschaft richten wir ohne weiteres aus an der durch ein stark kirchliches Leben bedingten Einheit aller Lebensgebiete. Ähnliche Aspekte eröffnen die Betrachtungen des nationalsozialistischen Deutschlands oder in negativem Sinne die Betrachtungen des kulturnihilistischen Rußlands.

29) Da in unserem Untersuchungsgebiet das katholische Seinsprinzip mit seinen totalen Ansprüchen vorherrschend ist, liegt es nahe, daß auch außerreligiöse Lebensäußerungen (Politik, Kunst, Wirtschaft) von dieser Grundhaltung beeinflußt werden. Daß die Religionszugehörigkeit, die allerdings aktive Zugehörigkeit sein muß, für das Aussehen der Wirtschaftsbetätigung sehr ausschlaggebend ist, kann aufgezeigt werden an dem theologischen Unterschied hinsichtlich der Rechtfertigungslehre, der zwischen Katholizismus und Protestantismus besteht und der sich aus der an den Glauben gerichteten Frage ergibt, ob

„Glaube *und* Gute Werke" oder „Der Glaube allein"

zur ewigen Seligkeit führen. Daß wirtschaftliche Handlungen eines strenggläubigen Katholiken, unter Beachtung des Gebotes: Gute Werke

zu tun, eine andere Quersumme ergeben können, als bei einem nur „glaubenden" Protestanten, scheint belegbar zu sein mit den Ausführungen von *Max Weber* in „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus".

So wie *Weber* die protestantischen Sittengesetze als Bausteine benützt, um das Gebäude des Kapitalismus vor dem Auge der Leser erstehen zu lassen, so muß man zum restlosen Verständnis des gesamten Lebensbildes unserer Region auch der Tatsache einer annähernd geschlossenen religiösen Haltung Rechnung tragen.

Der Regionalcharakter wird durch diese Geschlossenheit jedenfalls deutlich unterstrichen; darauf kommt es letztlich in diesem Zusammenhang an.

30) Weltwirtschaftliches Archiv, 1930, 31. Band, Seite 38.

31) Todtnau hat sich insofern zu dieser Untersuchung gut geeignet, als es Industrie, Handwerk, Handel, Landwirtschaft, sowie Fremdengewerbe beherbergt und mit der Außenwelt deshalb in engste Berührung kommt. Im übrigen mußte diese Untersuchung auf den einen Ort beschränkt bleiben, weil das Ergebnis kaum anders gelautet haben würde und den Zeitaufwand nicht gerechtfertigt hätte.

32) Vgl. des näheren: *Th. Humpert*, a. a. O. Seite 30.

33) „günstig" als im Sinne von: Tauglichkeit des Objektes, zu verstehen.

34) Es ist natürlich nicht so, daß nur Austausch nach dem Kloster St. Blasien oder nach Basel hin stattgefunden hat. Es wurde auch Vieh nach dem Breisgau verkauft, hauptsächlich zum Eintausch von zusätzlichem Brotgetreide und sicherlich auch für Wein. Aber hierfür sind keine Unterlagen vorhanden.

35) *E. Lais*, Bevölkerung des Kirchspiels, Seite 45.

36) ebenda Seite 47.

37) ebenda Seite 42 ff.

38) Zur Terminologie der interregionalen und internationalen Wirtschaftsbeziehungen vgl. Seite 21 ff.

39) *E. Lais*, Die Bevölkerung des Kirchspiels, Seite 51.

40) *W. Kaiser*, a. a. O. Seite 614.

41) Die Parenthese soll die Relativität der Geschlossenheit andeuten. Wenn im Verlauf der Untersuchung von Geschlossenheit die Rede sein wird, so ist doch der Charakter der Abstraktion nicht außer Acht zu lassen.

42) *E. Salin*, Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Seite 53.

43) Dieser besondere Hinweis auf das Moment der Rationalität im Suchen nach einer neuartigen nationalökonomischen Erkenntnis, könnte beim Leser den Glauben erwecken, die Untersuchung verzichte auf exakte Begriffe und wende sich einer gefühlsmäßigen Deutung der Erscheinungen zu. Dem ist nicht so! Die starke Betonung des Gefühlsmäßigen erfolgt bewußt, um nicht dem alten Fehler zu verfallen, nur zahlen- und gesetzmäßig Erfaßbares als Tatsache anzuerkennen.

44) Der eindeutig festgelegten Neigungsgröße wohnt u. E. immerhin genügend Schlüssigkeit inne, um als Ausganspunkt für Schlüsse brauchbar zu sein. An der Börse, zum Beispiel, genügen die leisesten Tendenzen, um die Verkaufs- oder Ankaufsentschlüsse zu beeinflussen.

45) Diese Begriffe („Versand" und „Empfang") wurden in Anlehnung an eine Untersuchung von *P. Bramstedt*, a. a. O. gewählt. Ferner hat auch *E. Scheu*, a. a. O. eine ähnliche Untersuchung vorgenommen, die von ungefähr gleichen Voraussetzungen ausgeht.

Von einem Abdruck der Fragebogen und übrigen Hilfsblätter als Muster ist Abstand genommen worden.

46) Vgl. *F. Mangold*, a. a. O. Seite 221.

47) Eine Aufteilung der Allmenden ist nicht restlos, und nach verschiedenen Gesichtspunkten erfolgt. Teilweise beruht die Zulassung zur Nutzung der Allmenden auf dem Grundsatz des persönlichen Bürgernutzens, wobei sich die Genußberechtigten durch den Tod ablösen, d. h. die in Anwartschaft stehenden Gemeindebürger treten jeweils in eine durch den Tod geschaffene Lücke ein. — In verschiedenen Gemeinden des Untersuchungsgebietes knüpft sich der „Bürgernutzen" an das Haus, d. h. ein Landwirtschaftsbetrieb genießt ihn Zeit seines Bestehens in der Gemeinde. Diese letztere Art der Zuteilung ist im Hinblick auf die pflegliche Wartung des Grund und Bodens die vorteilhaftere, weil die aufeinander folgenden Geschlechter eines Betriebes an einem Ertragsreichtum interessiert sind, während die persönliche Nachfolge meist Anlaß dazu ist, von einer zweckmäßigen Behandlung des Bodens abzusehen; der Erfolg wäre nämlich zu Gunsten des unbekannten Nachfolgers!?

Wo eine Zuteilung nach keiner der aufgezeigten Richtungen erfolgt, befindet sich die Allmende meist in markgenossenschaftlicher Weidenutzung.

Der Vollständigkeit wegen sei noch bemerkt, daß im Begriff der Allmende (Bürgernutzen) nicht nur die Nutzung von Grund und Boden enthalten ist, er bezieht sich vielmehr auch auf die Zuteilung der Gabhölzer (Bürgerholz).

48) Akten des Badischen Statistischen Landesamtes, Karlsruhe. Für das Jahr 1907 waren keine Zahlen erhältlich.

49) Da der Großteil der landwirtschaftlichen Erzeugung unseres Untersuchungsgebietes im Eigenverbrauch aufgeht, und nur unwesentliche Mengen auf den freien Markt kommen, kann von einer Marktpreisbildung kaum die Rede sein. Trotzdem mußten in diesem Zusammenhang als Umrechnungsgrundlage die Preise der Produktenbörse Verwendung finden, um die weit größere Unsicherheit der Erhebung von Fall zu Fall auszuschalten. Dabei bleibt — unter streng methodischen Gesichtspunkten betrachtet — die Frage offen, welcher Wertmaßstab an den Eigenverbrauch anzulegen ist, um ihn in den

Regionalverbrauch (oder in den einer ganzen Volkswirtschaft) als Vergleichsgröße unbedenklich einreihen zu können.

In der Praxis der Steuerbehörde könnte man u. U. eine geeignete Antwort auf diese Frage bekommen.

50) In einem im Februar 1934 von der Industrie- und Handelskammer, Schopfheim, aufgestellten Arbeitsbeschaffungsprogramm wird diese Forderung vom Verfasser der vorliegenden Studie schon zum Ausdruck gebracht.

51) Vgl. über die nützlichere Art der Zuteilung: oben Anmerkung 47.

52) Akten des Badischen Statistischen Landesamtes.

53) Die Milchkontrolle wird durchgeführt von Beamten des Reichsnährstandes.

54) 1907 ist als Durchschnitt von 1925 und 1933 angenommen worden.

55) Ergebnisse einer persönlichen Feststellung des Verfassers bei den Betriebsinhabern.

56) Landwirtschaftliche Betriebsverhältnisse in Baden, Heft 8, Seite 35.

57) Diesen Feststellungen, denen die Ergebnisse mehrerer Betriebe verschiedener Größe zu Grunde liegen, und die dann auf die ganze Betriebsgrößenkategorien übertragen worden sind, liegen u. a. auch amtliche Maßstäbe zu Grunde, die die Werte mindestens einigermaßen rechtfertigen. Daß der Reinertrag in den größeren Betrieben proportional den Aufwendungen abnimmt, braucht wohl nicht näher ausgeführt zu werden.

58) Die Umrechnung erfolgte über den Lebenshaltungsindex: 1907 = 100; 1925 = 139,8 und 1933 = 117,9.

59) Nach den Unterlagen der Badischen Bauernkammer, Buchstelle.

60) Die hypothekarischen Belastungen sind nach folgenden Gesichtspunkten aus den Grundbüchern festgestellt worden: Als Stichtage für die Höhe der Belastung eines Grundstückes lagen der 10. 12. 1907, bezw. der 16. 6. 1925, bezw. der 16. 6. 1933 (= Stichtage der Betriebszählungen) zu Grunde. Für das Vorhandensein einer Belastung war der Tag der Eintragung und der Tag der Löschung des Pfandrechtes maßgebend. Der Klarheit wegen sei ein Beispiel gegeben:

3 000 Mk., Eintrag am 1. April 1904, Löschung am 10. Dez. 1907	Erscheint nicht in der Aufstellung.
5 000 Mk., Eintrag am 10. Mai 1925, noch nicht gelöscht!	Diese Belastung erscheint sowohl 1925 als auch 1933.

Für die Aufteilung der Verschuldung auf die einzelnen Wirtschaftsgruppen: Landwirtschaft, Gewerbe u. Handwerk, Handel, freie Berufe, war der Eigentümereintrag der Abt. I in dem entsprechenden Erhebungs- und Belastungsjahr maßgeblich; es sind also jene Fälle, in denen durch Erbauflassung das Grundstück mit der Belastung beispielsweise an einen Angehörigen einer andern Wirtschaftsgruppe (auf einen Handwerker usw.) überging, berücksichtigt. Ebenso sind die

verbindlichen Papiermarkbelastungen in die Betrachtung einbezogen. Der Wohnort des Gläubigers war dafür Maßstab, ob eine Belastung regional, interregional oder international gebunden ist.

61) Gleichstellungsgelder nennt man die Pflichtteile der Erben (meist Geschwister des Übernehmenden), die pfandrechtliche Sicherung erfahren haben.

62) Vgl. Seite 88 des Textes. Die Darlehen gegen Schuldscheine sind 1907 um das 10fache höher als im Jahre 1925 oder 1933. Eine Zuordnung der Verschuldung aus Darlehen u. ä., wie es sich aus dem Buchungsmaterial der regionalen Geldinstitute ergeben hat, auf die einzelne Wirtschaftsgruppen war unmöglich. So konnten nur die Gesamtsummen erfaßt werden und sind a. a. O. verarbeitet worden.

63) Bis zur Inkraftsetzung des Erbhofgesetzes im September 1933 war das Anerbenrecht, d. h. die erbrechtliche Nachfolge durch den ältesten Sohn, in der ganzen Region in Übung. Von den Bestimmungen des Erbhofgesetzes werden im ganzen nur rund 15 Höfe erfaßt, so daß für die kleinen Betriebseinheiten das Anerbenrecht auch fürderhin als Grundsatz gelten wird.

64) Von diesen Gesichtspunkten ist in anderem Zusammenhang später noch ausführlich die Rede. Vgl. Seite 89 ff.

65) Vgl. Seite 89 ff.

66) Arbeitsbeschaffungsprogramm der Industrie- und Handelskammer Schopfheim vom 1. II. 1934.

67) Die Forstwirtschaft unserer Region war in der Vorkriegszeit mit ihrer Produktion zu nahezu 80 % auf den Schweizer Markt eingestellt, also exportorientiert. Nach der oben geschilderten Marktwandlung trat eine „Versand"-orientierung ein, die sich Schritt um Schritt den Markt erst erkämpfen muß.

Zur Beleuchtung dieses Kampfes wurde als Beispiel die Sägewerksindustrie herangezogen. Um eine etwaige Kollision bei der Behandlung des Gewerbes zu vermeiden, muß dieses Beispiel hier methodisch wieder ausgeschieden werden. M. a. W.: die Sägwerkindustrie ist im Zusammenhang mit der Forstwirtschaft eine sekundäre Erscheinung, die durch das Merkmal der Bearbeitung des Stoffes (Holz) aus der Darstellung dieses Urproduktionszweiges ausscheiden und im Zusammenhang mit der spezifikatorischen Arbeit des Gewerbes behandelt werden muß.

68) Zahlenmaterial über die Förderung von Bodenschätzen war im Zeitpunkt der Bearbeitung dieser Untersuchung nicht erhältlich. Von der Wiedergabe belangloser Daten wurde Abstand genommen.

69) Infolge unvollkommener technischer Hilfsmittel war der Bergbau äußerst primitiv; die Einstellung der Förderung von Erzen war vordringlich eine Folge des Ersaufens der Gruben.

70) Vgl. *Gothein*, a. a. O. Seite 585 ff.

71) *Diehl-Mombert*, a. a. O. Seite 33. Ähnliche Erwägungen für die Förderung der Bodenschätze sind heute im Rahmen des Vierjahresplanes in Deutschland wieder maßgebend.

72) Näheres hierüber weiß *Humpert*, a. a. O. Seite 97 ff. zu berichten.

73) Ausweislich der Akten der Handelskammer Schopfheim. Zur Frage der Förderung des Flußspates in Wieden ist jedoch zu sagen, daß heute (Ende Februar 1937) eine Gesellschaft, die den Betrieb Anfang dieses Jahres wieder aufgenommen hat, zwar mit bescheidenem, aber umso nachhaltigerem Erfolg tätig ist. 60 Arbeiter finden heute ihr Auskommen am Flußspatabbau in Wieden, und es steht zu erwarten, daß im Vollzug des Vierjahresplanes der Wiesentäler Bergbau wieder neu erstehen wird.

74) Dies war 1933 noch so. Heute hat ein grundlegender Wandel Platz gegriffen.

75) Am Beispiel der Steigerung des badischen Personen- und Güterverkehrs kann man ungefähr die Wirkung, die diese Verknüpfung gebracht hat, ermessen:

Beförderte Personen im Jahre 1850 = 1,9 Millionen
Beförderte Personen im Jahre 1869 = 8,5 Millionen

Die Zunahme im Güterverkehr im gleichen Zeitraum beträgt das 18-fache (100 000 Tonnen: 1,8 Millionen Tonnen). Diese Ziffern zeichnen deutlich den Weg und das Tempo der Auflockerung der durch Jahrhunderte nahezu stationären Wirtschaftsräume.

76) Die Erfindung der Dampfmaschine durch *Watt*, der Spinnmaschine durch *Wyatt*, des mechanischen Webstuhls durch *Cartwright* und *Jacquard*, sind *persönlich und lokal* gefundene Vervollkommnungen eines technischen Erzeugungsverfahrens.

77) Eine ähnliche Tendenz zeigt sich beispielsweise auch in der Nationalökonomie, viel deutlicher sogar noch in der Kunst. Erinnert sei an die ausgeprägten Verschiedenheiten in der wissenschaftlichen Betätigung der einzelnen Rassen; als deutliches Beispiel seien die Schöpfungen der Baukunst (Romanischer Stil, Gotik, Maurischer Stil) angeführt.

78) *Th. Humpert*, a. a. O. Seite 80; vgl. auch *Gothein*, a. a. O, Seite 826 ff. und *C. Bittmann*, a. a. O. Seite 613 ff.

79) Die Umrechnung erfolgte über den Index der Großhandelspreise für industrielle Fertigwaren (1907 = 100).

80) Diese Motive glaubte *Bittmann*, a. a. O. Seite 621, schon im Jahre 1907 feststellen zu müssen.

81) Vgl. auch *S. Behn*, a. a. O.

83) Vgl. hierzu auch III. Kapitel, Ziffer 2.

84) Umrechnung über den Index der Lebenshaltungskosten.

85) Nach *Bittmann* (a. a. O. Seite 634) hat 1907 allein die Firma *Kaiser* in Schönau, heute in Utzenfeld, Mk. 30 500.— an ihre Heimarbeiter ausbezahlt.

86) *O. Spann*, Fundament, Seite 102 ff.

87) Handwerk und Handel sind nicht unter diesen Begriff gefaßt.

88) Eine Aufgliederung der Steuerarten und wohin die Abgaben entrichtet wurden, war nicht möglich. Im Zusammenhang mit der Besprechung der Gemeindehaushalte kommt diese Frage noch einmal zur Erörterung.

89) Vgl. hierzu die Tabelle Seite 52.

90) Akten der Handelskammer Schopfheim.

91) Diese Zusammenstellung enthält nur das steuerpflichtige Betriebsvermögen. Darunter ist zu verstehen: 1. das sogenannte stehende Betriebsvermögen, zu dem namentlich die Rechte zur Ausnutzung von Wasserkräften für einen Gewerbebetrieb und die wasserbaulichen Anlagen, die ständigen, zur Führung eines Unternehmens vorhandenen Einrichtungen (Maschinen, Motoren usw.) gerechnet werden. 2. das umlaufende Betriebsvermögen, zu dem zum Gewerbebetrieb dienende Roh- und Hilfsstoffe, die Halbfabrikate, die zum Verkauf bestimmten Warenvorräte, die Bargeldvorräte, Wertpapiere und Wechsel, ferner die aus dem Gewerbebetrieb resultierenden Aktivaußenstände gerechnet werden. Die steuerpflichtige Ermittlung geschieht durch Abzug der Schulden.

92) Unter Betriebseinkommen ist der steuerpflichtige Gewerbeertrag zu verstehen.

93) Maschinen- und Holzwarenindustrie werden hinsichtlich der Frage der Verschuldung aus methodischen Gründen beim Handwerk behandelt.

94) Vgl. die ähnlichen Feststellungen im Zusammenhang mit den Eheschließungen unter dem Gesichtspunkt der Herkunft der Ehegatten.

95) Akten der Handelskammer Schopfheim: Sozialwirtschaftliche Untersuchung, Seite 38 ff.

96) Akten des Badischen Statistischen Landesamtes, Karlsruhe.

97) Dies ist die Ansicht des Leiters der fremdenstatistischen Abteilung des Badischen Statistischen Landesamtes in Karlsruhe.

98) Zum Zwecke der Wahrung des Betriebsgeheimnisses sind in diesen Summen die Einkommen der Banken einbezogen worden. Ebenso verhält es sich mit den Löhnen und den Sozialleistungen.

99) Im Zusammenhang mit der Bearbeitung der Spartätigkeit kommen diese Fragen eingehend zur Erörterung. Vgl. Seite 91 ff.

100) Es wird hier bewußt die *Spann*'sche Terminologie verwendet, da in etwa das soziologische Denken des Verfassers mit der Stufenlehre von *Spann* übereinstimmt.

101) Diese Arteigenheit ist neben der geologischen und geographischen Lage vordringlich im Menschenschlag begründet.

102) *O. Spann*, Fundament, Seite 102 ff.

103) Bei dieser Gegenüberstellung ist die Landwirtschaft ausgeschieden worden, weil sie in der Hauptsache für den Eigenverbrauch erzeugt und nur wenig fremde Hilfskräfte heranzieht.

104) Hierbei sind alle Größen berücksichtigt, wie sie sich aus der Behandlung der verschiedenen Zweige ergeben haben.

105) *F. Žižek*, a. a. O. Seite 365 ff.

106) Es sei auch hier noch einmal auf das Methodische dieser Begriffe aufmerksam gemacht. Vgl. Seite 20.

107) Vgl. Seite 94.

108) Umrechnung über den Lebenshaltungskostenindex:
1907 = 100
1925 = 139,8
1933 = 117,9.

109) *Th. Vogelstein*, a. a. O.

110) *O. Spann*, Haupttheorien, Seite 169.

111) a. a. O., Seite 465.

112) Derselbe, a. a. O., Seite 465.

113) *E. Lais*, Die Badische Wirtschaft zwischen zwei Zeitaltern, Karlsruhe 1934.

114) Hindernisse waren: Mißtrauen der Befragten, mangelndes Verständnis für die Erhebungen u. a. m.

115) Vgl. I. Kapitel, Ziffer II.

116) Vgl. hierzu S. 57 ff., wo die Gründe für rücksichtslose Ausnutzung des Produktionsapparates dargelegt sind.

117) Dieser Begriff trägt rein äußerlich unverkennbare Züge einer mechanistischen Anschauung; aber die Zusammenhänge, wie sie sich aus Ausfuhr („Versand") und Einfuhr („Empfang") ergeben, weisen auf ein gegenseitiges Kräftespiel hin, das wie ein Mechanismus anmutet. Es muß aber betont werden, daß mit diesem Begriff nur eine Vorstellung, nicht eine erkannte mechanistische Wirkkraft gegeben werden soll.

118) Man könnte dieser Feststellung als Nachteil entgegenhalten, daß sie die großen Städte, namentlich die Industriezentren, aus ihrer Betrachtung ausschalte, ferner daß gerade in diesen Städten jene Kräfte der nachbarschaftlichen Bindungen fehlen, weil die wenigsten Städter sich gegenseitig kennen und die Gemeinschaftsbindungen deshalb sehr lose sind. Darauf ist zu erwidern, daß eine ständische Gliederung in den Städten wohl schwieriger, aber insofern nicht unmöglich ist, als die korporative Gliederung ziemlich einheitlich sein wird. Im übrigen ist noch in keinem Land der korporative Aufbau in das entscheidende Stadium eingetreten, so daß sich aus der folgenden Darstellung einer rein wirtschaftspolitischen Feststellung gewichtige Blickpunkte eröffnen, die auch für einen ständischen Aufbau — und besonders auch hinsichtlich der industriellen Großstädte von Bedeutung sein können. Vgl. S. 104 ff.

119) Zum Beispiel die Weidenutzung und die Allmenden; ferner die Ein- und Verkaufsgenossenschaften.

120) Vgl. I. Kapitel, Ziffer II.

121) *E. Salin*, Geschichte, Seite 55.

122) Theologie als Ausdruck der Einheit und Ganzheit des menschlichen Geistes, der immer auch vor der Gottes- und Wahrheitsfrage steht.

123) *A. Smith* ist in seiner Haltung zweifellos stark von *Hutcheson* und *Bentham* beeinflußt; selbst Moralphilosoph utilitaristischer Schau, verrät der Titel seines Werkes: „Eine Untersuchung über die Natur und die Ursachen des Reichtums *der* Nationen" seine kosmopolitische Haltung.

D. Ricardo (a. a. O. Seite 105 ff.) sagt: „Diese Verfolgung des eigenen Vorteils steht in wunderbarem (!) Zusammenhang mit dem allgemeinen Wohle der Gesamtheit"; und zweifellos denkt er hierbei an die Gesamtheit der Ökumene des 19. Jahrhunderts.

Zu *F. List* vgl. a. a. O., Seite 165, ganz besonders aber seine Anmerkung 1).

124) Vgl. hierzu auch *L. Brocard*, Weltwirtschaftliches Archiv, 31. Band, Seite 43.

125) *L. Brocard*, ebenda, Seite 43.

126) *L. Brocard*, ebenda, Seite 43.

127) *G. Briefs*, a. a. O., Seite 62.

Lebenslauf.

Am 1. Mai 1908 wurde ich, *Hans Artur Huber*, als Sohn des Friseurmeisters *Albert Huber* und dessen erster Ehefrau *Berta*, geb. *Kaiser*, zu Atzenbach (Baden) geboren.

Nach vierjährigem Volksschulbesuch kam ich in die Bürgerschule zu Schönau, anschließend daran in die Oberrealschule Schopfheim, die ich als Tertianer Weihnachten 1922 verließ, um in einem Industrieunternehmen (Cellulosefabrik) die Kaufmannschaft zu erlernen. Nach fünfjähriger Tätigkeit als Kaufmann und $1\,^1/_4$ Jahren Praxis als Textilvolontär bereitete ich mich durch Selbststudium zur Aufnahmeprüfung in die Prima der Oberrealschule Schopfheim vor. Ostern 1931 erhielt ich an dieser Anstalt das Zeugnis der Reife. Von Ostern 1923 bis Ostern 1926 war ich Schüler der Handelsschule in Zell i. W.

Als Student der Staatswissenschaften war ich dann eingeschrieben an der Universität in Basel von Ostern 1931 bis 28. 4. 1933, in Freiburg i. Br. vom 3. 5. 1933 bis 27. 9. 1933 und wieder in Basel vom 28. 10. 1933 bis 26. 4. 1935. Vorlesungen hörte ich bei folgenden Dozenten: In Basel: *H. Bächtold, St. Bauer, L. Furlan, O. Germann, R. Haab, P. Häberlin, K. Joel, F. Mangold, H. Ritschl, E. Ruck, E. Salin, A. Simonius, J. Wackernagel* und *K. Wieland*. In Freiburg i. Br.: Geh.Rat *K. Diehl, Großmann-Doerth, K. Keller, A. Lampe,* Dr. *Schroeder*. An Seminarien habe ich teilgenommen in Basel bei den Professoren *F. Mangold, E. Salin* und *H. Ritschl;* in Freiburg i. Br. bei Geh.Rat Prof. *K. Diehl.*

Zum Studium der Sprache und der wirtschaftlichen Verhältnisse hielt ich mich von Juli bis November 1932 in England auf.

Die vorliegende Dissertation ist unter der Leitung des Herrn Prof. Dr. *E. Salin* entstanden. — Seit 1. 1. 1936 bin ich bei der Industrie- und Handelskammer Schopfheim als Sachbearbeiter und Stellvertreter des Geschäftsführers tätig.